IM LANDE DER GALGEN

Bezirk Hilfe
Tirol u.
Vorarlberg

VON KOLAROFF

Wichtige Berichtigung!

Wir bitten den geehrten Leser, zu berücksichtigen, daß in der vorliegenden Broschüre Bilder und Unterschriften dreier Bilderseiten (vor Textseite 49, vor Textseite 57 und nach Textseite 72) miteinander verwechselt wurden.

Bildseite vor Textseite 49 stellt folgende ermordeten Revolutionäre dar:

(oben): D. Atzew, Ch. Milew, Waltscho Iwanow,
(mitten): D. Blijew, Elena Gitschewa, S. Welinow,
(unten): St. Schachbasjan, St. Kiradschiew, A. Lissitschew.

Bildseite vor Textseite 57 gibt folgende Bilder:

(oben links): T. Petrow, Mitglied des ZK. der KPB.,
(oben mitten): D. N. Blagojew, gew. Vorsitzender des ZK. der KPB.,
(oben rechts): Petko Petkow, ermordeter Abgeordneter,
(unten links): Charlampi Stojanow, ermordeter, Abgeordneter,
(unten rechts): A. Iwanow, Mitglied der ZK. der KPB.

Bildseite nach Textseite 72:

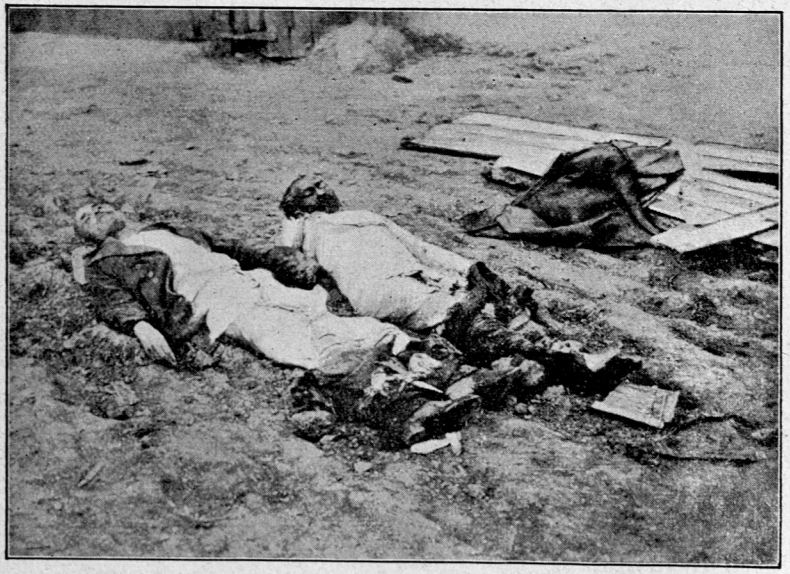
(oben): Ch. Dymow, Ch. Sotirow, T. Straschimirow, ermordete Abgeordnete,
(mitten): N. Penjew, T. Kirkowa, G. Dimitrow,
(unten): T. Likanow, W. Kolarow, Chr. Kabatschiew,
die sechs letzteren: Mitglieder des gewesenen ZK. der KPB.

gen, Aufnahmen und Auskünfte
statt.

Oben die Sofioter Kathedrale.
Unten Iwan Minkow und Kosta Jankow, führende Kommunisten, die nach dem Bombenattentat von der bulgarischen Polizei ermordet wurden.

Österreichische Rote Hilfe
Bezirk Tirol u. Vorarlberg

Das Haus, wo sich die Genossen Jankow und Minkow verborgen hielten, wurde in Brand geschossen.



Die verkohlten Leichen der beiden Genossen, aus dem Keller, nach dem Kampf auf die Straße geworfen.

W. Kolaroff

Im Lande der Galgen

„Der Balkan hat sich barbarisiert"
(Aus dem Manifest des III. Kongresses
der Kommunistischen Internationale)

1926

Herausgegeben vom
Exekutivkomitee der Internationalen Roten Hilfe

(Kolarov, Vasilij Petrovič)

Verantwortlich für den Inhalt: Stolt, M. d. L. Preußischer Landtag

Gedruckt von der Unionsdruckerei Zürich (Schweiz)

Inhaltsverzeichnis

		Seite
Kapitel I.	Die Sprengung in der Sofioter Kathedrale	5
„ II.	Der Umsturz vom 9. Juni und die konstitutionelle Schurkerei	11
„ III.	Juni-Verbrechen	13
„ IV.	Die Regierung der „Ordnung, Gesetzlichkeit und Freiheit“	15
„ V.	Das September-Gemetzel	21
„ VI.	Auflösung der Arbeiter-Organisationen	35
„ VII.	Professoren-„Demokratie“	39
„ VIII.	Die Ermordung von Abgeordneten	47
„ IX.	Mit Feuer und Schwert	53
„ X.	Zankoffs Söldner	61
„ XI.	Die Entrüstung der Volksmassen und die Kommunisten	69
„ XII.	Schlußwort	80

I.

Die Sprengung in der Sofioter Kathedrale

Während sich am 16. April 1925 in der Kathedrale des „Heiligen Karl" in Sofia alle Minister, Abgeordneten und anderer militärischer und bürgerlicher Anhang der Regierung Zankoff um die Leiche des Generals Georgjeff, eines bekannten Regierungsabgeordneten und Mitgliedes des Kriegskonvents, der zwei Tage vorher getötet worden war, versammelten, zerriß eine fürchterliche Sprengung die Kirchenwölbung. Unter den Trümmern wurden 150 Menschen zerschmettert und einige Hundert schwer verwundet. Unter den Toten befanden sich einige Abgeordnete, gewesene Minister, viele Generäle und höhere Offiziere. Vier jetzige Minister, unter ihnen der Ministerpräsident Zankoff und der Innenminister, General Rusjeff, kamen mit leichten Wunden davon.

Dieses grandiose Attentat, dem kein Wagnis der neueren Geschichte gleichkommt, diente der Regierung als Vorwand für eine Massenhinschlachtung alles Lebendigen im Lande, all' derer, die mit dem Regime Zankoff nicht zufrieden sind oder im Verdachte stehen, daß sie direkt oder indirekt am Kampfe gegen Zankoff teilnehmen. Ein blutiger Sturmwind stob über ganz Bulgarien hinweg, ähnlich dem, der nach der Niederknüppelung der September-Rebellion von 1923 gerast hatte, oder womöglich noch schrecklicher als jener. Fünf Tage lang wurden alle Eisenbahn- und Telegraphenverbindungen eingestellt. Bulgarien war völlig von der Außenwelt abgeschnitten und in dieser Zeit wütete die von der Regierung mobilisierte Horde, bestehend aus „treuen" Offizieren und Unteroffizieren der Reserve, aus verwilderten, sich als Mazedonier ausgebenden Banditen, aus Wrangel-Gardisten usw.; erschoß ohne Gericht, mordete und säte Entsetzen unter der arbeitenden Bevölkerung. Armee, Gendarmerie und eine Kohorte von Spionen half kräftig mit.

Diese Taten der Regierungsgarde sind einer Tschingiskan-Epoche wert. Ja, sie übertreffen sogar die blutigen Bachanalien Tschingiskans noch, denn sie wurden an der eigenen Bevölkerung verübt — und darin besteht ja der Vorzug der gegenwärtigen kapitalistischen „Zivilisation" vor der Grausamkeit der Hunnen. — Sie ergossen sich von Sofia in die Provinz, von den Städten in die Dörfer und brachen so mit blutiger Welle über das ganze Land herein.

Die Massaker währen unausgesetzt fort. Tausende Verhaftete hat man grausam umgebracht oder erschossen, mehr als tausend anderen droht das gleiche Geschick. Die Welt wird sich entsetzen über die „patriotische" Heldentat der Generäle und Professoren, wenn sich endlich der blutige Nebel zerstreut, der heute noch über Dörfern und Städten des unglücklichen Landes liegt.

Als Beweggrund für die beispiellosen Verbrechen diente der Obrigkeit das Attentat in der Sofioter Kathedrale. Aber die Regierung mußte dennoch irgend eine Rechtfertigung dafür finden und da keine genügenden Beweisstücke vorhanden

waren, so blieb ihr nichts anderes übrig, als folgendes zu erfinden: Die Minister erklärten — und die Presse griff unverzüglich deren Aeußerungen auf —, die Sprengung der Kathedrale hätte das Signal für die bolschewistische Revolution in Bulgarien werden sollen. Sie wäre von „Moskauer Agenten" inspiriert und organisiert worden, die beschlossen hätten, ein Feuer in Bulgarien zu entfachen und so alle Balkanländer, ja ganz Europa anzustecken. Die bulgarische Regierung hätte also, indem sie ihre greulichen Maßnahmen traf, nicht nur sich, nicht nur Bulgarien gegen die „verbrecherischen Angriffe" der Komintern und Sowjetrußlands verteidigt, sondern die ganze kapitalistische Welt, die von der Moskauer roten Gefahr bedroht werde. — Ihr Beschützer der alleuropäischen „Zivilisation und Kultur", schließt also die Augen beim Anblick der Greueltaten, die sich zu beiden Seiten des alten Balkan abspielen! Und helft den Blutsaugern von Sofia, ihren wackeligen Tron zu befestigen; umgebt sie, beehrt sie mit eurer Sympathie, denn sie haben das Schwert gezogen und versinken in Blut für eure „gemeinsame Sache."

Als Beweis für seine Behauptungen wies Zankoff darauf hin, daß illegale Organisationen im Lande existieren. Da sich natürlicherweise, wo die Regierung alle Massen- und Arbeiter-Organisationen aufgelöst, die Arbeiter und Bauern in Städten und Dörfern jeglicher Rechte entäußert und alle Auswege verrammelt hat, so daß sie weder um ihre Freiheit kämpfen, noch ihre Interessen verteidigen können, illegale Organisationen gebildet haben, so benützt das jetzt die Regierung zu der Ausflucht, illegale Elemente bereiteten terroristische Attentate vor, bewaffneten sich und bildeten Partisanengruppen zum Kampfe gegen die Regierung.

Weil aber bei dem bestehenden terroristischen Regime, bei den Massenverhaftungen von Arbeitern und Bauern, Frauen, Greisen und Kindern, bei den teuflischen Martern, denen die Eingekerkerten unterworfen werden, und bei den alltäglichen Ermordungen und Selbstmorden der Besten von ihnen, nichts natürlicher erscheinen kann, als daß sich „Partisanengruppen" in den Wäldern sammeln, um sich gegen die sich vergessenden, rasenden Agenten der Obrigkeit zur Wehr zu setzen, so hat die Regierung, gestützt auf diese nur allzu verständliche Erscheinung, eine von der Komintern und von Sowjetrußland organisierte Verschwörung gegen Bulgarien erfunden.

Es ist nicht das erste Mal, daß die Machthaber von Sofia sich derartiger Erfindungen bedienen. Schon während der Vorbereitung der September-Provokation von 1923 gelang es ihnen, mit Hilfe solcher „Sachverständiger", wie es die russischen Monarchisten und ehemaligen Leibgardisten des Zaren sind, mit gefälschten Kominterndokumenten aufzutreten, als es notwendig wurde, zu „beweisen", der Kooperativverband der Arbeiter — „Befreiung" — habe den Kommunisten Waffen und Munition geliefert für ihren revolutionären Kampf, und um auf diese Art und Weise die öffentliche Meinung vorzubereiten, hat die Regierung dumm und gewissenlos einen Aufruf der Komintern an die Kooperativ-Sektion gefälscht, der zum Schutze der bulgarischen Kooperative herausgegeben worden war. Seitdem unterhält sie ununterbrochen die Neugierde der Welt mit immer neuen „Dokumenten", welche jedesmal beweisen, daß die Defensive von Sofia nötig ist, welche aber immer im richtigen Augenblick bloßgestellt werden.

Aber natürlich für die Sofioter Retter aller „Menschenkultur" und für die Soldaten „der gegenwärtigen Demokratie" ist „der Befehl aus Moskau", der in den Regierungszeitungen am Vorabende der letzten Ereignisse zu Anfang April 1925 gedruckt und später auch in der bolschewistischen Presse der ganzen Welt veröffentlicht wurde, ein höchst erwünschtes Ereignis.

Hier steht das „musterhaft" verfaßte Schriftstück, das dazu bestimmt war, die Hindernisse für die machthabende Bande zu beseitigen und ganz Bulgarien in Blut zu ertränken:

E. K. K. J.

(Abbildung Sichel und Hammer)
Zentrale Sektion der Abteilung
für auswärtige Beziehungen.
12. März 1925
No. 2960
Moskau.

Proletarier aller Länder,
vereinigt euch!
Ganz geheim!

Nach Durchführung vernichten!

Hiermit teilen wir laut Beschluß der Kommunistischen Balkanföderation des EKKJ. vom 12. März dieses Jahres mit, daß Sie sofort nach Erhalt dieses Briefes sich unmittelbar mit dem Genossen Vorsitzenden der Kontrolle Ihrer Sektion bei dem makedonischen „Quena Ojuka Taueb" in Verbindung zu setzen haben und ihm mitzuteilen haben, daß die Kommunistische Balkanföderation durch den oben erwähnten Beschluß den Beschluß des makedonischen „Quena Ojuka Taueb" bezüglich der Vollstreckung des Urteils an Bussinow und Garschitsch bestätigt hat und damit einverstanden ist, mit der Durchführung des Beschlusses die Genossen Motjko und Kaschemirow als erprobte Funktionäre der operativ-terroristischen Abteilung zu betrauen.

Außerdem müssen Sie auf Grund des gleichen Beschlusses alle zu Ihrer unmittelbaren Verfügung stehenden Genossen der Kontrolle des Balkanzentrums in folgendes einweihen:

1. Vom 15. April dieses Jahres an werden alle Funktionäre der Kontrolle des Balkanzentrums als mobilisiert betrachtet.

2. Jene von ihnen, die in Dreier-, Fünfer- und Zehnergruppen organisiert sind, müssen bis zum 15. April, 12 Uhr mittags, den unter ihrer Führung stehenden Genossen den Mobilisierungsbefehl mitteilen und ihnen den Befehl über die Verteilung der Arbeit laut Instruktion No. 27 001 des EKKJ. vom 10. Mai 1924 übergeben.

3. Die Leiter der Waffenverteilungsstellen müssen bis 1 Uhr mittags des 15. April die Munitionsverteilung in der für jeden Bezirk nach Angabe der Bezirksleitung erforderlichen Menge vorbereiten.

4. Die Waffen werden in der Nacht vom 15. zum 16. April verteilt und müssen bei den Zehnerführern unter ihrer persönlichen Verantwortung aufbewahrt werden.

(Im 5., 6., 7. und 8. Punkt werden ausführliche Weisungen über die Aufgaben der einzelnen Kampfunterabteilungen bei der Durchführung dieses Planes erteilt.)

9. Den Mitgliedern der Arbeiter- und Bauernorganisationen, mit deren Aktion auch die Aktion des makedonischen „Quena Ojuka Taueb" in Einklang gebracht wird, ist mitzuteilen, daß die geringste Verletzung der Kampfbefehle mit Hinrichtung an Ort und Stelle bestraft wird.

(Der Punkt 10 ist der Verbindung der einzelnen Truppenteile gewidmet.)

Diese Verfügung muß sofort den Provinzabteilungen mitgeteilt werden, und zwar unter Benützung des Code Al. 1 und mit dem Hinweis, daß die Mitteilung nach Einsichtnahme zu vernichten sei.

Im Auftrage der Exekutive der Komintern,

A. Dorot,

Generalsekretär der Abteilung für auswärtige Beziehungen."

Die Entlarvung eines solch wichtigen „Moskauer Planes" allein verriet schon die wirklichen Absichten der Zankoff-Regierung, deren Durchführung systematisch vorbereitet wurde. Man verschärfte das Ausnahmegesetz zum Schutze der Regierung durch neue ungeheuerliche Paragraphen, welche allen und allem mit dem Tode drohten. In Sofia wurde eine Anzahl von Banditen, die sich als Mazedonier

ausgaben, zur Erledigung „besonderer Aufträge" mobilisiert. In den Straßen Sofias fielen am hellen Tage zwei hervorragende, sich aufopfernde kommunistische Abgeordnete. Selbst „Unabhängige Kommunisten", welche im Laufe eines Jahres dreimal von der Kommunistischen Internationale abgefallen waren, hat man aus dem Parlament verjagt. Für die Durchführung des Gesetzes assignierte man die unumgänglich nötigen Kredite usw. Alles übrige wurde in den Stäben der Kriegsliga erledigt.

Der neue Plan hat den vom September 1923 übertroffen. Der September hatte der Regierung einen Sieg verschafft, insofern, als er den erhofften Erfolg bei den Wahlen brachte, hat aber die kommunistische Gefahr nicht beseitigt. Jetzt mußte der „Fehler" verbessert werden! Wenn es schon nötig ist, die Hände mit Blut zu besudeln, so muß man auch alles Gefährliche, Unzuverlässige und Verdächtige derart ausrotten, daß die Operation nicht zum zweiten Male wiederholt zu werden braucht.

Die „öffentliche" Meinung Bulgariens und auch des Auslandes war durch Veröffentlichung des „Moskauer Befehls" genügend vorbereitet. Nur noch ein Vorwand mußte sich finden lassen und das fiel nicht allzu schwer. Die Regierung war selber davon überzeugt, daß unter dem Drucke ihres unmenschlichen Terrors die Arbeiter und Bauern bis aufs Aeußerste gereizt würden und daß sich die Empörung darüber in irgend einem verzweifelten Akt Luft machen werde.

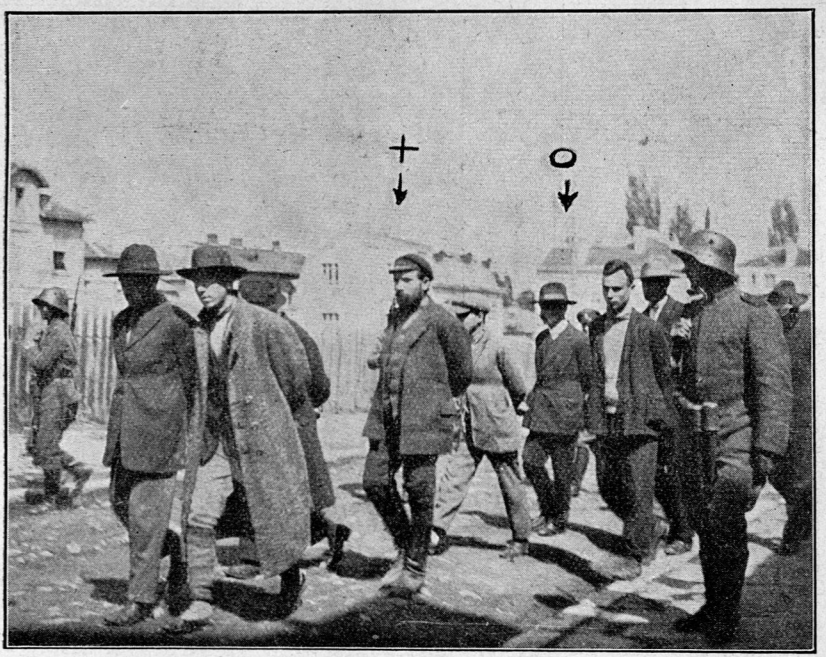
Und tatsächlich ereignete sich denn auch die Sprengung in der Kathedrale des „Heiligen Karl".

Wenn aber nicht dort, so wäre anderswo etwas Aehnliches zu erwarten gewesen. Es hätte ja an Stelle des Dynamits eine Bombe sein können und wenn nicht eine Bombe, so doch eine Kugel. Die nötige Veranlassung zum Blutbad hätte sich unbedingt eingestellt. Der Regierung fiel die „Chance" zu, daß die Sprengung genügend groß war und so konnte man den Blutstrom, den sie entfesselte, nach außen hin rechtfertigen.

Das Ungeheuerliche und Idiotische des publizierten „Dokuments" der Komintern, welches gleichzeitig Todesurteile und einen „Befehl zum Angriff" enthielt, sprechen selbst zur Genüge von seiner Herkunft. Kein vernünftiger Mensch wird glauben, das Exekutivkomitee der Komintern, welches darnach strebt, zum allgemeinen politischen Führer der Kommunistischen Parteien zu werden, beschäftige sich mit der Herausgabe von „Befehlen" zum Angriff oder mit der Anordnung von Todesurteilen und gar damit, die Vollstrecker solcher Urteile zu ernennen.

Und das alles in welchem Augenblicke! Gerade am Vorabende der Sitzungen der Erweiterten Exekutive zu Anfang April 1925, wo sie erklärte, die durch den imperialistischen Krieg hervorgerufene revolutionäre Woge habe sich gelegt und der kapitalistischen Welt sei es gelungen, ihre zerrüttete Position von neuem auf eine Zeitlang zu befestigen; wo sie erklärte, die Kommunistischen Parteien müßten sich auf eine längere oder kürzere Periode der Stagnation einrichten, bis von neuem in der kapitalistischen Welt Widersprüche heranreiften, die weitere revolutionäre Wogen erzeugen würden. Gerade in einem Augenblick, als die Bourgeoisie des Westens frohlockte über diese Kursänderungen der Komintern, worin sie gewissermaßen eine Abweichung vom kommunistischen revolutionären Standpunkt zu sehen glaubte, überraschten die Kopfabschneider von Sofia, diese stumpfsinnigen Politikanten, — obwohl sich nicht wenig Professoren unter ihnen befinden — die Welt mit einem „Befehl zum Angriff" von seiten der Komintern.

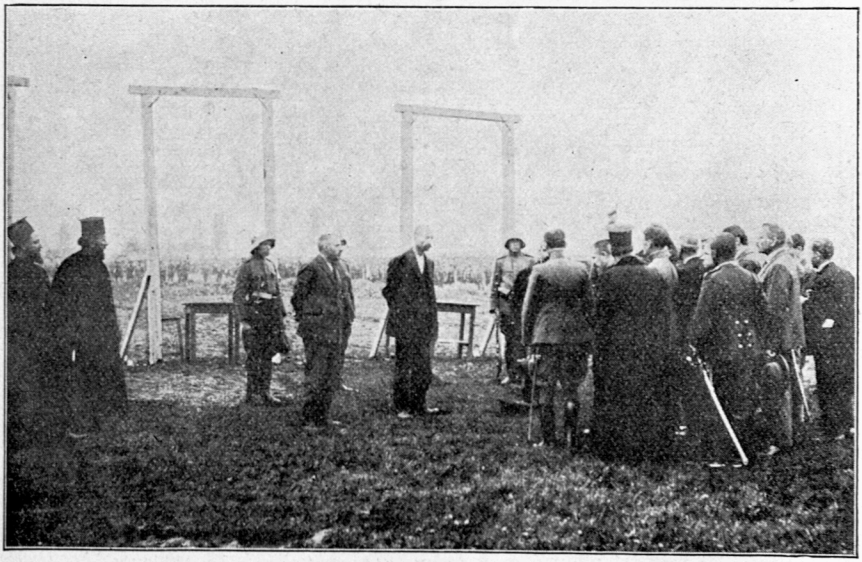
Die Revolution in Bulgarien hätte am 15. April beginnen und damit der ganze Balkan entflammt werden sollen; ferner hätte dann ganz Europa und schließlich die übrige Welt Feuer gefangen. Wer nur eine winzige Dosis Gehirn im Kopfe oder den leisesten Begriff davon hat, was die Organisation der Komintern überhaupt bedeutet, der kann niemals an die Echtheit dieses „Moskauer Befehls" glauben. Was ist das für eine „Sektion für Außenverkehr" beim Exekutivkomitee? Sie hat nicht nur niemals existiert, sondern konnte gar nicht bestehen, denn die



Der Todesmarsch. Die Genossen Zadgorski (+) und Friedmann (o) werden vor das Gericht geführt.

Der Todesmarsch. Nach dem Urteil werden die Genossen Koew (+) Sadgorski und Friedmann ins Gefängnis zurückbegleitet.

Links die drei Zigeuner, die gedungen werden mußten, um die Massenhinrichtungen nach der Sofioter Explosion durchführen lassen zu können.
Rechts die wirklichen Henker: König Boris und Zankow.



Das „Urteil" wird den Genossen Koew, Zadgorski und Friedmann vorgelesen. Im Hintergrund die schaulustige Bourgeoisie, die zu Zehntausenden bei der Hinrichtung erschien.

Komintern ist eine internationale Organisation, deren Komparteien samt und sonders ihre eigenen Sektionen und nicht die irgendwelcher fremder, abseits stehender Organisationen darstellen, mit welchen eine „Sektion für Außenverkehr" korrespondiert, wie das Blanko des „Dokumentes" anzeigt. Zum Leidwesen der Fälscher kennen wir sehr genau die Fabrik, in der dieser „Befehl" zusammengepfuscht worden ist. Im Februar teilte das Organ der Deutschen Kommunistischen Partei, die „Rote Fahne", mit, daß in einer Berliner Druckerei, auf Befehl des russischen Monarchisten Druschelowski tausend gefälschte Komintern-Blankos gedruckt wurden und es ist klar, zu welchem Zwecke. Ein Exemplar dieser Blankos hat man in der Kommunistischen Presse der U. d. S. S. R. und anderer Länder veröffentlicht.

Man hätte glauben können, daß nach der Entlarvung der dunklen Geschäftchen dieser oben erwähnten monarchistischen Bande, die internationale Konterrevolution abgelehnt hätte, fernerhin solche Fälschungen zu verwenden. Selig ist, der da glaubt. Es gibt Winkel in dieser Welt, wo selbst eine entlarvte Schurkerei von Wert ist, und es gibt Regierungen, die derart moralisch verkommen sind, daß sie selbst bei der offenkundigsten und absurdesten Fälschung nicht mit den Augen zwinkern.

Heute ist einwandfrei nachgewiesen, daß der von Zankoff veröffentlichte „Moskauer Befehl", welcher die „höllischen Pläne" der Bolschewiki dokumentarisch erhärten sollte, auf einem der in Berlin entdeckten gefälschten Blankos geschrieben war. Aber das ist noch nicht alles. Monate darauf entdeckte die Berliner Polizei auch die Werkstatt dieses wertvollsten Mitarbeiters aller antibolschewistischen Regierungen und fand dort gefälschte Komintern- und Sowjetblankos, Siegel usw. Dieser überrumpelte Schurke gestand unumwunden ein, „Dokumente" fabriziert zu haben und zwar im Auftrage der Regierung von Sofia.

Aber was kümmern sich Zankoff und seine Spießgesellen um soche Enthüllungen? Die gefälschten Dokumente haben die September-Provokation vorbereitet, den Mord von tausenden von Arbeitern und Bauern, die Zerstörung der Organisationen des Proletariats und systematische Folterungen und Raubzüge „gerechtfertigt". Und indem sich die Regierung auf dergleichen „Dokumente" berief, hat sie auch ihr letztes ungeheuerliches Verbrechen begangen: sie hat massenhaft die Führer des Proletariats hingeschlachtet, den besten Teil der bulgarischen Bauernschaft und der arbeitenden Intelligenz.

Boshaft zischend steht die bulgarische Plutokratie auf einem Berg von Leichen, umgeben von blutgierigen Hunden und niederträchtigen Sozialkakaien und meint, sie habe endlich das Gespenst des Kommunismus gebannt und den Arbeitermassen das Knie auf die Brust gesetzt. Teuflisch reiben sie sich die Hände und die faschistische Bourgeoisie der ganzen Welt, welche hofft, daß die bulgarischen Geschehnisse das internationale Proletariat zurückschrecken werden, ihr aber die Möglichkeit gebe zu höhnen, fletscht die Zähne gegen Sowjetrußland. — Die sadistische Blutgier der Henker von Sofia und die ihnen von Seiten der Reaktionäre anderer Länder offen dargebrachte Sympathie bezeugen nur den tödlichen Schrecken der herrschenden Klassen vor den Riesenkräften, die aus den Tiefen der kapitalistischen Gesellschaft herenreifen, den Schrecken vor den unabwendbaren Ausbrüchen, welche ihren nahen Fall vorausverkünden.

II.

Der Umsturz vom 9. Juni und die konstitutionelle Schurkerei

Nach der schrecklichen Katastrophe, womit der letzte Krieg in Bulgarien endigte, ging die Herrschaft in die Hände des „Bauernbundes" über. Die Bourgeoisie, eingeschüchtert durch die unheimlich anwachsende Entwicklung des Kommunismus, zog die Bauernregierung als das kleinere Uebel vor. Sie hoffte, die Unruhen unter den Volksmassen würden sich in einiger Zeit legen und sie selbst könnte dann wieder zur Herrschaft gelangen.

Und wirklich, als die Gefahr der internationalen Revolution sich legte und, wie es schien, vorüber war, verstärkte sie ihren Kampf gegen das Kabinett Stambuliski. Aber mit jedem Tage überzeugte sie sich mehr und mehr, daß es ihr auf legalem Wege nicht gelingen werde, die Regierungsmacht wieder zu erobern. Die Volksmassen ließen sie allmählich vollständig im Stiche. Im Jahre 1919 erhielten alle bürgerlichen Parteien, zusammen mit den Sozialdemokraten 48,5 Prozent aller abgegebenen Stimmen, im folgenden Jahre 30 Prozent und im April des Jahres 1923 nur noch 26 Prozent. Dafür aber wuchsen die Stimmen für den „Bauern-Bund" und für die Kommunistische Partei rasch an. Von 51 auf 62 und schließlich auf 74 Prozent.

Nun versuchte die Bourgeoisie durch die Mithilfe des Hofes zu ihrem Ziele zu gelangen, aber der König Boris, eingeschüchtert von Stambuliski, vermochte sich nicht dazu zu entschließen, offen gegen denselben aufzutreten. Unter solchen Umständen blieb der Bourgeoisie nichts anderes übrig, als den legalen Weg zu verlassen und zu einem gewaltsamen Umsturz zu schreiten. Das Beispiel Mussolinis in Italien ermunterte sie dazu und so kommen wir schließlich zum „Pronunziamento" (Hofumwälzung), welches am 9. Juni 1923 von der Kriegsliga unter der politischen Leitung der konspirativen Organisation „Volksgelöbnis" vollzogen wurde. Alle bürgerlichen Parteien, die sozialdemokratische mitgerechnet, verkündeten diesen Tag als den glorreichsten in der ganzen bulgarischen Geschichte und erhoben die Organisatoren dieses nächtlichen Umsturzes zu Nationalhelden.

Es ist nicht unsere Sache, das Regime Stambuliskis zu verteidigen. Wir kennen sehr gut seine schwachen und seine starken Seiten. Seine starke Seite war, daß er in weiten Bauernkreisen das Interesse am politischen und Staatsleben erweckte und stärkte und die Bauern aufrief, aktiv daran teilzunehmen. Seine schwache Seite bestand im Wankelmut, im Doppelwesen und in der Unentschiedenheit der von ihm geführten Politik, einer Politik zwischen zwei Stühlen, begleitet von hohlklingenden Phrasen und großzügigen Gesetzen, die nie durch ernste Taten bestätigt wurde. Gerade eine derart unbestimmte Politik, die die Rückständigkeit und die Beschränktheit der kleinen und mittleren Bourgeoisie wiederspiegelt, hat die Wehrlosigkeit der Arbeitermassen herbeigeführt und es zugelassen, daß die Armee auf die Seite der Großbourgeoisie überging, um sich dort zu organisieren und zu bewaffnen für den bevorstehenden Staatsstreich. Was den Terror Stambuliskis anbelangt, so ist die Kommunistische Partei in erster Linie berechtigt, das Wort zu nehmen, denn sie hatte vom Herbst 1919 bis zum vollzogenen Umsturz, mit

nur kurzen Unterbrechungen, fortwährend unter der Bedrückung durch ländliche Ausbeuter und Blutsauger zu leiden. Die Bourgeoisie, welche die Bauernregierung dauernd zu Repressalien gegen die Arbeiter hetzte, verspürte den Druck kaum am eigenen Fleisch und wurde nur in Ausnahmefällen davon betroffen.

Der Juni-Umsturz war nichts anderes, als die Auflehnung einer kleinen Klique der Großbourgeoisie dagegen, daß der Bauer das Land regiere, und weist auf eine neue Etappe in der politischen Geschichte des Landes hin.

Während die Bourgeoisie in der Vergangenheit die Macht in Händen zu halten vermochte, dank ihrer beherrschenden wirtschaftlichen Lage und ihrer umfangreichen politischen Erfahrung, kann sie in Zukunft nur mehr mit offener und maskenloser Gewalt herrschen. Am 9. Juni „übernahmen" die faschistischen Empörer die Macht.

Zuerst bemühten sich bürgerliche Professoren und gelehrte Advokaten, den bewaffneten Umsturz mit der konstitutionellen Verfassung zu verschleiern. Sie erließen im Namen des Königs Befehle für einen Regierungswechsel. In Uebereinstimmung mit dem ersten Befehl forderte die Regierung Stambuliskis nach den Bestimmungen der Verfassung und nach allgemeinem Parlamentsgebrauch ihren Abschied; da aber Stambulinski durchaus nicht damit einverstanden war, so unterschrieb — — — Zankoff die eingereichte Bittschrift und nachdem die Regierung Zankoffs durch dieses geniale Verfahren alle verfassungsmäßigen Schwierigkeiten beseitigt hatte, konnte sie schon mit dem zweiten Befehl herausrücken, durch den die neue Regierung ernannt wurde. Faktisch wurde dann die alte Regierung gewaltsam gestürzt und ihre Minister verhaftet, worauf die neue Regierung die Herrschaft antrat. Nur so konnte diese konstitutionelle Schurkerei vor sich gehen. Die Bourgeoisie hat den verfassungswidrigen Charakter der Umwälzung vom 9. Juni öffentlich zugegeben, sich aber mit deren Unumgänglichkeit herausgeredet, das heißt damit, daß ihr, „der einzig dazu Berufenen", keine andere Möglichkeit geblieben sei, als sich gewalttätig selbst zur Obrigkeit zu ernennen, weil die Volksmassen nicht gutwillig einverstanden waren, ihr die Herrschaft über das Land anzuvertrauen. In der ersten Zeit ihrer neuen Regierungsherrlichkeit aber bedurfte sie noch einer konstitutionellen Scharlanterie, um die Verbrechen, die sie nach dem Umsturz beging, zu beschönigen.

III.

Juni-Verbrechen

Nach dem erfolgreichen Putsch der Großbourgeoisie, schlossen sich an vielen Orten die Massen zum Schutze der Bauernregierung zusammen, die auch jetzt noch als die gesetzmäßige Obrigkeit galt und demnach mit vollem Rechte gegen die Verschwörer verteidigt werden durfte. Die Usurpatoren aber betrachteten alle Teilnehmer der Volksbewegung als Rebellen und nachdem es ihnen gelungen war, diese niederzuschlagen, begannen sie die grausamste Verfolgung. Sie sandten Strafexpeditionen in alle rebellierenden Dörfer, viele Tausende von Bauern und Arbeitern wurden verhaftet, erschlagen, ohne Gericht erschossen oder als Empörer den Behörden überliefert. Die Justiz verwandelte sich unverzüglich in ein gehorsames Werkzeug der Usurpatoren und in den erbittertsten Feind des schaffenden Volkes. Da die gewöhnlichen Gerichte ihre völlige Bereitwilligkeit zeigten, den Gewalthabern zu dienen, war ein spezielles Kriegsgericht gar nicht nötig. Während zweier Jahre überschüttete man die Eingekerkerten mit unzähligen grausamen Urteilssprüchen, über viele von ihnen verhängte man die Todesstrafe.

Die Prozesse konnten immerhin als „legale Repressalien" gelten, da sie von einigen Formalitäten abhingen und gewissermaßen doch der öffentlichen Kontrolle unterworfen waren. Und diese Repressalien waren nicht die schrecklichsten. Die in Gestalt der Kriegsliga wiedererstandene Macht der Großbourgeoisie charakterisierte sich selbst durch Meuchelmorde an führenden Arbeitern und Bauern, durch ein systematisches Enthaupten der arbeitenden Massen.

Natürlich ergriffen sie in erster Linie Stambuliski, den populärsten unter den Bauern, der sich der größten Autorität rühmen konnte. Die bulgarische Justiz hat es bis jetzt noch nicht gewagt, die Wahrheit über den Mord an diesem ehemaligen Ministerpräsidenten festzustellen. Offiziell wurde gesagt, man habe ihn während eines „Fluchtversuches" getötet und in seinem Buch über die Umwälzung wiederholt ein hervorragender Anhänger der Regierungspartei und nunmehriger Abgeordneter der Oberst Slawejko Wassiljeff, dasselbe Märchen. Dabei weiß ganz Bulgarien, daß Stambuliski, nachdem man ihn gefangen genommen und der Offizierskliqué überantwortet hatte, in einem Automobil vom Leutnant Charlakoff grausam gemeuchelt und im Ufersand der Mariza verscharrt wurde, wo ihn Hunde herauswühlten und seine Leiche auffraßen. Auch der Oberst Wassiljeff, der damals als Kommandant in der Stadt Pazardschik anwesend war, zählt zu den Urhebern dieses Mordes.

Am Tage des Umsturzes hat man in Sofia die hervorragendsten Persönlichkeiten des „Bauernbundes" verhaftet: Krum Papoff, das Haupt der Stadt Sofia und Stephan Kalitscheff, den Abgeordneten und Redakteur des Regierungsorgans „Die Bauernfahne". Kurz darauf wurden sie von einigen Offizieren aus dem Gefängnis geschleppt und auf einem Automobil entführt, niemand weiß wohin. In die Presse aber stahl sich die Mitteilung, sie seien geflüchtet — aber am andern Tage hat man das blutbespritzte Auto einer Reinigung unterzogen. Bis heute ist unbekannt geblieben, wo die Leichen der Ermordeten vergraben wurden.

Den Minister Duparinoff, der auf der Flucht nach der Türkei ergriffen wurde, hat das Gericht in Philippopel zu drei Jahren Kerkerhaft verurteilt; aber während

beschworen. „Unter dem Einfluß der kommunistischen Rebellion" — so schrieb ihre Zeitung — „hat sich in der Psychologie der Arbeiter ein eigenartiger anarchistischer Kommunismus eingenistet, und herrscht darin vor, obwohl er den Arbeitern doch nur Schaden bringt, indem er zur Vernichtung aller Arbeitertugenden führt."

Dem Streike in der Zuckerfabrik von Gorna Orechowitz wurde mit Kanonen ein Ende gemacht. Auch der allgemeine Streik der Textilarbeiter in der Stadt Slimewa endete infolge der Einmischung der Polizei und zahlreicher Verhaftungen von Arbeitern, mit einer Niederlage.

Auf dem flachen Lande aber herrschten die unglaublichsten Zustände. Jede Gesetzlichkeit war beseitigt. Eine unbegrenzte Willkür der Großgrundbesitzer, welche die Bevölkerung unter dem Schutze der das Land durchstreifenden Regierungsbanden terrorisierten, nahm überhand. Alle Gemeinderäte, die der kommunistischen Partei und dem Bauernbunde angehörten, wurden verjagt und durch der Regierung treu ergebene Persönlichkeiten ersetzt. Die Großgrundbesitzer überfielen die Dörfer, mordeten und verhafteten Bauern und Kommunisten, brandschatzten und raubten. So glaubten sie die Bevölkerung zwingen zu können sich mit der Regierung der Verschwörer auszusöhnen.

Trotz der strengen Zensur brachte die Arbeiterpresse doch täglich Schilderungen, welche die Willkür und Gewissenlosigkeit der neuen Machthaber an den Pranger stellten.

Hier einige der charakteristischsten Beschreibungen:

1. Barbarei.

(Korrespondenz aus dem Dorfe Kilifareno.)

Nach der Provokation, zur Zeit des Umsturzes und während des an unserem Dorfe durch die faschistischen Banden verübten Vandalismus, hat man gegen 390 Bauern verhaftet, 138 von ihnen ins Gefängnis nach Tirnowa befördert und die übrigen wieder in Freiheit gesetzt. Viele der Verhafteten hat man schon unterwegs grausam geschlagen und den verschiedenartigsten Folterungen unterzogen. Mögen alle Arbeiter und Armen diese Grausamkeiten erfahren:

Die einen hat man gezwungen, eine ganze Stunde lang unter den Strahlen der heißen Sommersonne mit emporgehobenen Armen zu stehen, und den Befehl gegeben, denjenigen, der mit den Augen zwinkere oder auch nur Hände und Füße rege, zu erschießen. Anderen wurden die Hände mit nassen Schnüren zusammengebunden, was zur Folge hatte, daß sie rasch anschwollen, und in solchem Zustande ließ man die Unglücklichen während der ganzen Nacht, bis man sie nach Tirnowa weiterbeförderte. Die dritten wurden der Reihe nach mit Kolben geschlagen, dann gezwungen, zu Fuß bis nach Deberletz zu laufen und denjenigen, die diese Marter nicht aushalten konnten, sondern vor Schmerzen hinfielen, half die Bedeckungsmannschaft mit Kolbenschlägen „neue Kräfte zu schöpfen" und so den Weg fortzusetzen. In der Station von Deberletz lud man sie, einen auf den anderen geschichtet, in einen Viehwagen und schickte sie so nach Tirnowa. Dort wurden sie von den jubelnden Anhängern Zankoffs mit Musik empfangen. Die Genossen wurden mit Schmutz und faulen Eiern beworfen und von der sie umgebenden Menge gemästeter Bourgeois und ihren parfümierten „Damen" bespuckt. Alle Beschimpfungen ließen die Revolutionäre stolz über sich ergehen und mit festem Schritte betraten sie die Gefängnisse.

Drei Monate sind bereits verflossen aber 74 Verhaftete schmachten noch immer elendiglich im feuchten schmutzigen Gefängnis zu Tirnowa, denn die Untersuchungen ziehen sich endlos in die Länge. Andere hat man gegen eine Kaution von 10,000 bis 15,000 Levas freigelassen.

2. Das Dorf Adschar im Bezirk Karlowa.

Hohn und Grausamkeit gegen die Verhafteten.

Am 19. Juni traf in Begleitung von 40 Soldaten der Bezirkspolizeivorsteher in unserem Dorfe ein und machte sich sogleich daran, die Wohnungen unserer Genossen zu durchsuchen und diese selbst zu verhaften. In einem finsteren, feuchten Keller hat man 17 Menschen, darunter auch Frauen, eingekerkert und dort ohne Nahrung und ohne Betten übernachten lassen. Die Genossen Lala Georgjeff und Stojana Radeff aber stellte man auf dem Dorfplatz vor das Gebäude des Gemeinderates hin, an einem Telegraphenpfosten mit auf dem Rücken zusammengebundenen Händen. Am Morgen des 20. Juni drang der Bezirksvorsteher mit einer Anzahl von Soldaten in den Klub ein, eignete sich das ganze Archiv und die Möbel im Werte von beinahe 2000 Lewas an und verbrannte das Archiv auf dem Dorfplatz. Am selben Tage wurden noch 16 Genossen verhaftet und zusammen mit dem Genossen Lala Georgjeff unter verstärkter Bedeckung und in Begleitung des Unterleutnants Dragijeff und des Bezirksvorstehers Karbljeschkoff in das Gefängnis von Karlowa gebracht. Spät abends langten sie dort an. Sie wurden in ein unterirdisches Gewölbe geworfen, um sie dann nachts 12 Uhr, einen nach dem anderen, ins Freie zu führen und die grausamsten Prügeleien an ihnen vorzunehmen. Damit sie aber nicht schreien sollten, wurde ihnen der Mund mit Pferdemist verstopft. Darnach warf man sie wieder ins Erdgeschoß und ließ sie dort zwei Tage ohne Nahrung und ohne Wasser schmachten. Als man sie, 16 Tage später, aus dem Kellergewölbe herausschleppte, hatten die völlig Abgezehrten das Aussehen von Leichen.

Am 27. Juni stellte sich der Bezirksvorsteher von neuem ein, mit zwei Kavalleristen und einem Wächter, verhaftete weitere Genossen und wütete mit furchtbaren Terrormethoden unter der armen, schutzlosen Bevölkerung. Die Frau des Genossen Stephan Radijeff die Genossin Stewna Radijeff wurde ergriffen, geschlagen und mit der Drohung geschreckt, man werde alle Verhafteten für vogelfrei erklären. Sodann zwang man sie, Männerkleidung anzuziehen und führte sie so, der Bevölkerung zur Schau, durch die Straßen des Dorfes weil sie es gewagt hatte, sich als Kommunistin zu bekennen. Das An- und Ausziehen der Männerkleider mußte sie in Gegenwart des Bezirksvorstehers und seiner Soldaten vollziehen. Nachts schleppte man sie auf die Grabhügel des Dorfes und forderte von ihr, sie solle schreien und die enteilenden Genossen zurückrufen. Der Bezirksvorsteher verkündete mit Hilfe von Trommelschlägen, daß die Genossen Stephan Radijeff, Spaß und Badju Papoff vogelfrei gelten und das derjenige eine hohe Belohnung erhält, der ihre Köpfe bringe. Die Genossinnen Radijeff, Papoff und Runa Spaß zwang man, eine vom Bezirksvorsteher Kabljeschkoff verfaßte Anzeige, sie hätten sich von ihren Männern losgesagt, zu unterzeichnen.

Einen vollen Monat lebten die mobilisierten Soldaten, gegen 100 Menschen, im Dorfe auf Kosten der Arbeiter und Bauern. Der Bezirksvorsteher schaltete und waltete solange die Blockade dauerte, nach Gutdünken und konfiszierte Brot und andere Lebensmittel in den Häusern von Kommunisten und Anhängern des Bauernbundes. Er requirierte Vieh, Pferde und Esel ausschließlich bei unseren Genossen.

3. Die Inquisition in der Stadt Tirnowa.

Ein Genosse aus der Stadt Tirnowa schreibt uns:

„Am 24. Juli, nachts 1 Uhr, rissen der Unterleutnant Kiroff und seine Soldaten unsere Genossen Nikolo Gabrowski, Sotir Brankoff (Advokat), Nikolo Barbanoff, St. Denitscheff, T. Kukumjakoff (Advokat), Milan Iwanoff und andere aus ihren Betten und führten sie in die Kaserne, wo sie unerhörten Mißhandlungen mittels

ſandgefüllter Säcke unterzogen wurden. Die Soldaten ſtießen ihre Opfer durch eine offene Türe in das Innere des Raumes, wo einige verkleidete und maskierte Henker ihrer warteten und die Folter mit den Säcken begann. In einer Ecke des Raumes ſtand ein Schatten in der Dunkelheit und kommandierte. Gleich einem Hagel ſauſten die Sandſäcke auf die Opfer nieder, auf Rücken, Schultern, Knie und Beine. Selbſt als die Unglücklichen völlig erſchöpft zuſammenbrachen, hörte die Folter nicht auf. Die tieriſchen Soldaten warfen ſich mit noch wilderer Grauſamkeit auf ihre Opfer und ſchlugen ohne Unterlaß mit Sandſäcken auf ſie ein. „Genug!" ſchrie endlich der Kommandierende.

„Hebt ihn auf!" — befahl er den Henkern und begann ſein Opfer auszuforſchen: „Du biſt Kommuniſt. Sag dich auf immer vom Kommunismus los! Erkläre dich bereit, dem Hauptmann der Garniſon und in die Zeitung eine Deklaration zu geben, daß du auf immer von der Kommuniſtiſchen Partei abſchwörſt!"

Nach einem Schweigen oder einer verneinenden Antwort befahl der wutentbrannte Henker von neuem mit donnernder Stimme:

„Fahrt fort! Prügelt!"

Und von neuem regneten die Sandſäcke auf die Opfer nieder. Viele Schläge trafen den Kopf, andere die Bruſt und wenn ſich dem Gemarterten ein herzerſchütternder Schrei entrang, wie: „Mein Kopf!" oder: „Man hat mir das Knie gebrochen!", dann rief die Stimme des entſetzlichen Henkers: „Vorſichtig!" Das ſollte heißen: Schlagt nicht auf die Stellen, deren Verletzung den augenblicklichen Tod herbeiführen könnte.

Und wieder wurden Fragen an das Opfer geſtellt: „Wirſt du dich vom Kommunismus losſagen?" und wieder warf man den Unglückſeligen zu Boden, und die Schläge hagelten ſolange nieder, bis das Opfer bewußtlos niederfiel.

Derart erlitten ſie, einer nach dem anderen, dieſes teufliſche Experiment: Gabrowski, S. Wrangkoff, R. Barbanoff, St. Denſcheff, Kukumjakoff, der Schuſter Milan und andere.

Schließlich ſchleppte man die Gefolterten mit gebrochenen Gelenken in das Arreſtantenzimmer und ließ ſie dort halbtot liegen. Zufällig trat der Major Koleff ein und blieb beim Anblick der entſetzlich zugerichteten Gefangenen überraſcht ſtehen.

„Wer hat das erlaubt? Welche Schlägerei! Auf weſſen Befehl geſchah ſie?" fragte er erregt.

Aber niemand „wußte darum".

Koleff rief ſofort den Sanitätsarzt herbei, der die Spuren der Folterungen feſtſtellte. Der Major befahl, die Opfer in Militärautos einzeln nach Hauſe zu transportieren. In dieſem Augenblick erſcheint der Major Bruſeff, der Kommandant der Stadt Tirnowa, und hält den Opfern eine Strafpredigt, daß, wenn ſie nochmals verſuchen, einen Umſturz herbeizuführen und ihm wieder in die Hände geraten, ſie nicht am Leben bleiben werden.

„Die Kommuniſtiſche Partei wird nicht beſtehen bleiben!" — ſchrie er ganz außer ſich. — „Alle werden wir euch vernichten!"

Als man einſah, daß die wüſten Schlägereien ſelbſt manchen Soldaten empörten, ſetzte man einige Gefangene in Freiheit, ohne ſie der Tortur zu unterziehen. Der Unterleutnant Kiroff brachte Gabrowski nach Hauſe und bat ihn unterwegs wegen des Geſchehenen um Entſchuldigung.

Der Genoſſe Gabrowski iſt überdeckt von Verletzungen und ſeine Wäſche hat ſich tief in Körper und Wunden eingeſogen. Dem Arzt iſt es nur mit großer Mühe gelungen, die Wäſche in Stücken aus dem Fleiſche zu reißen. Auch der Körper des Genoſſen Brankoff iſt fürchterlich entſtellt, ſein Knie gebrochen worden. Die übrigen Opfer befinden ſich in einem ähnlichen Zuſtande.

Genoſſe Gabrowski iſt eine angeſehene Perſönlichkeit des geſellſchaftlichen und politiſchen Lebens, einer der Gründer der alten bulgariſchen Sozialdemokratie und ſeit 30 Jahren Parlamentsmitglied. Vor mehr als 30 Jahren ſaß er unter dem

Tyrannenregime Stambuloffs im Gefängnis. Er ist Verfolgungen von Seiten aller Regierungen ausgesetzt gewesen, hat aber noch niemals eine derart schändliche Behandlung erfahren. Seine beim Gericht eingereichte Klage wurde abgewiesen und der stürmische Protest aller Arbeiter und Bauern blieb erfolglos.

4. Nach Tirnowa: Berkowiza.

Am 12. August 1923, um 7 Uhr abends, erschienen in der Buchhandlung des Parlamentsmitgliedes, Genossen Kamen Toscheff, zwei ihm unbekannte Leute, bewaffnet mit Dolchen, Revolvern und Karabinern und verhafteten ihn nebst dem Genossen D. Perwanoff. Die beiden Genossen protestierten und verlangten zu wissen, weshalb man sie festnehme.

— Wir führen euch zum „zarbrodischen Chan" vors Komitee. Dort wird man euch sagen, wer ihr seid und weshalb ihr verhaftet worden. — So antworteten die Beamten und richteten die Gewehrläufe auf die Genossen.

Weil aber erst vor wenigen Tagen einige Regierungssubjekte geprahlt hatten, sie werden „Mazedonier" herbeirufen, um mit den Kommunisten fertig zu werden, begriffen die Genossen, mit wem sie es zu tun hatten und machten sich davon, unter dem Vorwande, den Bücherladen schließen zu wollen. Als es zu dunkeln begann, erschienen zehn Bewaffnete im Hause des Genossen Toscheff, überfielen seine Frau und seine Kinder mit Revolvern und Dolchen und warfen alle Hausgeräte, Bücher usw. zum Fenster hinaus. Durch das Geschrei der Frau und der Kinder aufmerksam gemacht, eilten ihnen die Nachbarn zu Hilfe, wurden aber durch den Vorsteher „von Ordnung und Gesetzlichkeit" verjagt. Nach dieser Heldentat im Hause des Genossen Toscheff, trennten sich fünf Leute von der Gruppe los und begaben sich nach der Wohnung des Genossen Perwanoff, wo sie dasselbe verübten und die Frau des Genossen schreckten, indem sie ihr drohten, sie umzubringen. Hierauf gingen sie von Haus zu Haus der angesehensten Genossen, warfen alles über den Haufen, brandschatzten und raubten.

Jeden, der protestierte, drohten sie mit Erschießung. Ein Entsetzen ging durch die ganze Stadt; niemand wußte, wer diese Leute waren. Nur die Obrigkeit und die Gewalthaber des Ortes rieben sich die Hände vor Vergnügen und erwarteten ungeduldig den Morgen, um die verhaßten Kommunisten ruiniert zu sehen. Tagsüber betrank sich die Bande in den Schenken.

Die in Mitleidenschaft Gezogenen beklagten sich beim Bezirksvorstand, der sich aber so stellte, als wüßte er nichts von der ganzen Geschichte.

In der darauffolgenden Nacht spielte sich genau dasselbe ab. Zum dritten Male wurde das Haus des Genossen Toscheff aufgesucht und seine Familie mißhandelt. Diesmal biß sogar einer die Frau des Genossen. Es war ein Befehl erlassen worden, daß, wenn der Genosse Toscheff sich nicht bis spätestens 11 Uhr dieses Tages stellte, sein Haus in Brand gesteckt würde. Da der Genosse natürlich nicht erschien, zogen die Banditen Zündhölzer aus der Tasche, um Feuer anzulegen. Die ganze Familie begann vor Schrecken laut um Hilfe zu rufen. So wurde der Brand verschoben und eine neue Frist gegeben.

Der Unfug aber währte fort. Die Verfolger erklärten, daß sie ihr Standquartier auf das Land verlegen würden, sobald sie mit der Stadt fertig seien, um auch dort alle Kommunisten und Anhänger des Bauernbundes zu vernichten. Die Behörden und die ortsansäßige Bourgeoisie waren ihnen bei allen ihren Schandtaten behilflich.

Die Orts- und Bezirkskomitees der Partei protestierten bei dem Minister des Innern und dem Staatsanwalt und forderten gesetzliche Zustände, aber umsonst. Die Verfolger handelten nach Instruktionen aus Sofia. Die Anhänger der Zankoff-

Regierung aber prahlten, es ſeien mazedoniſche „Autonomiſten". Die Empörung über dieſe Verbrecherſippe war in Stadt und Land eine große. Die Bevölkerung drohte, ſich ſelbſt zu helfen, wenn die Regierung dieſer Ungeſetzlichkeit nicht Einhalt gebiete.

5. Maſſenterror. Der Kasanlisk-Bezirk.

Am 9. Juni verſuchten ſich die Bauern der Dörfer Tarnitſcheni und Boriſowo der Organiſation des Zankoff-Umſturzes zu erwehren, gingen aber ſehr bald wieder auseinander, ohne die Ordnung in irgend einer Hinſicht geſtört zu haben. Dennoch diente dieſer Vorfall als Vorwand für Gewalttaten an der Bevölkerung. Mehr als 63 arme Bauern wurden verhaftet und grauſamen Mißhandlungen unterzogen, worauf man ſie wegen „Aufruhr und Verrat an der geſetzgebenden Obrigkeit" vor Gericht ſtellte.

Am 4. und 5. Juli machten ſich Truppen — Infanterie, Artillerie und Kavallerie — aus der Stadt Kaſanliſk nach den Dörfern Enina, Kran, Schipka, Scheinowo und Sekertſchewo auf, richteten Gewehrfeuer auf dieſe Siedlungen, warfen Bomben uſw. Der Zweck, den ſie verfolgten, beſtand darin, die „Bevölkerung zu ſchrecken", um ihr die Waffen, über die ſie noch verfügte, zu entreißen. Im Dorfe Schipka wurden alle mehr oder weniger angeſehenen Bauern verhaftet und einige von ihnen, wie zum Beiſpiel Arnaudoff, und andere in den Wald geſchleppt und den unerhörteſten Folterungen unterzogen. Zehn Einwohner des Dorfes Sekertſchewo, darunter auch Greiſe und Kinder, ſchlug man fürchterlich. Der Bauer Dulantſchieff verlor infolge von Kolbenſchlägen auf die Bruſt das Bewußtſein. Dasſelbe ging in den Dörfern Schejowa, Enina und andern vor ſich.

6. Der beſchimpfte und mißhandelte Abgeordnete.

Nach dem 9. Juni verhaftete man den dem Kommunismus ergebenen heldenmütigen Kämpfer des Bezirkes Karlowo, Nentſcho Dworjanoff, geweſenes Parlamentsmitglied und beliebteſter Führer in der weiteſten Umgebung. Er wurde nach Philippopel und von dort nach der Stadt Karlowa befördert, wo man ihn ſchauderhaft quälte und mißhandelte. Man ſetzte ſeinen Körper 150 Geißelſchlägen aus. Zehn Tage ſchwebte er zwiſchen Leben und Tod, ſich in ſchrecklichen Schmerzen windend. Nicht lange darnach zwang man ihn, einen Sack mit Brot in der Stadt herumzufahren. Man ſpannte ihn wie ein Pferd vor einen Wagen und zwang ihn, denſelben durch die Straßen zu ſchleppen. Nach vielen derartigen Gemeinheiten, die die Menſchenwürde mit Füßen traten, wurde er freigelaſſen.

V.

Das September-Gemetzel

Dergleichen Gewaltiaten, Willkür, Meuchelmorde, Martern und moraliſche Erniedrigungen brachten dem Lande raſch den September-Aufſtand. Heute weiß jeder, daß derſelbe von der Regierung provoziert wurde, um der Bourgeoiſie den Sieg bei den bevorſtehenden Parlamentswahlen zu ſichern. Es war gelungen, den Bauernbund auseinanderzuſprengen, aber die Kommuniſtiſche Partei hatte noch immer ihre Kraft und ihren Einfluß. Außerdem warf ſie die Loſung der Verbrüderung zwiſchen Arbeitern und Bauern unter die Maſſen, die mit großer Begeiſterung aufgenommen wurde. Unter ſolchen Umſtänden war die Niederlage der Regierung nicht zu vermeiden, aber: hatte man denn dazu einen derart riskanten Regierungsumſturz unternommen, um nach den Wahlen die Macht an die Arbeiter- und Bauernkoalition wieder abzutreten? Solchen Möglichkeiten mußte man um jeden Preis vorbeugen. Dafür gab es aber nur ein Mittel: auch die Kommuniſtiſche Partei mußte vernichtet werden! Darin ſtimmten alle Regierungsparteien, die Sozialdemokraten nicht ausgenommen, überein.

Das Regierungsorgan, die Zeitung „Mir" (Welt), ſchrieb in ihrer Ausgabe vom 7. September 1923 folgendes:

„Indem wir darauf beſtehen, daß keine Kommuniſten im Parlament zugelaſſen werden, laſſen wir uns nicht von gewiſſen Gefühlen der Rache leiten, die uns durchaus fremd ſind, ſondern von höheren geſellſchaftlichen und Regierungsintereſſen. Dem Kommunismus in Bulgarien muß ein Ende gemacht werden, und zwar gerade jetzt, im gegenwärtigen Moment, wo er eine Kriſis durchlebt und entwaffnet iſt, wo er ſich nur dazu vorbereitet, ein neues Verbrechen zu begehen. Dieſen geeigneten Augenblick nicht auszunutzen, hieße einen Irrtum begehen, den zu ſühnen, ungeheure Opfer erforderlich ſein werden."

Die ſozialdemokratiſche Zeitung „Epoche" ſchrieb, die Lage erwägend, am 10. September wörtlich folgendes:

„Wer die Obrigkeit und das gegenwärtige Syſtem verteidigen und ſiegen will, muß die Freiheit während der Wahlen begrenzen. Sonſt wird das Einvernehmen zwiſchen dem Bauernbund und den Kommuniſten unſere heutige Regierung ſtürzen."

Der Sinn dieſer Worte iſt leicht zu faſſen: Um ſich den Sieg in den bevorſtehenden Wahlen zu ſichern, muß die Regierung die Kommuniſtiſche Partei für vogelfrei erklären. Genau dasſelbe erklärte der Führer der ſozialdemokratiſchen Partei, Sachiſoff, im Parteiorgan „Narod" (Volk) am 4. September 1923:

„Solange ſich unſere Kommuniſten an bolſchewiſtiſche Begriffe halten, kann von einer gemeinſamen Arbeit mit ihnen keine Rede ſein. Wir erklären hiermit, daß wir, ſolange die Kommuniſten ſolche Anſchauungen vertreten, ihre Partei für illegal halten und ſie der Möglichkeit, an der Geſetzgebung mitzuwirken, entäußern."

Das Organ der Nationalliberalen ſtellte in der Zeitung „Unabhängigkeit“ am 25. September das ganze Septembermanöver bloß:

„Der Miniſter des Innern und der Kriegsminiſter hatten alſo vorausgeſehen, daß ſich eine Rebellion vorbereitete und Maßregeln getroffen! Eine nette Geſellſchaft, das: Es waren keine Beweiſe dafür vorhanden. Die Faksimile zweier kommuniſtiſcher Briefe genügten nicht. Auch im Archiv der Führer der Kommuniſtiſchen Partei fanden ſich, inſofern man ſie durchſucht hatte, nicht genügend zufriedenſtellende Beſtätigungen dafür, daß ein Aufruhr vorbereitet worden war. Es drängt ſich einem ganz von ſelbſt die Schlußfolgerung auf, daß durch die an den kommuniſtiſchen Führern verübten Verfolgungen, welche einen Erfolg für die Wahlkampagne bezwecken ſollten und durch die ſozialdemokratiſche Partei und ihre Zeitung „Narod“ ſelbſt vorbereitet waren, um ſich mittels der Stimmen fremder Parteien Parlamentsſitze zu ſichern, der Grund für die gegenwärtige kommuniſtiſche Rebellion gelegt wurde.“

In ihrer Nummer vom 21. November 1923 ſchreibt dieſelbe Zeitung genau dasſelbe, nur viel deutlicher:

„Die Maßnahmen, die gegen die Kommuniſten getroffen wurden, ſtanden in unmittelbarem Zuſammenhang mit dem vorauszuſehenden Kampf um die Wahlen. Wenn letztere noch nicht angekündigt waren, ſo bereitete man ſie doch auf den 12. September vor und gerade um ſie erfolgreicher durchzuführen, hatte man einen Zuſammenſtoß mit den Kommuniſten — der nach dem 9. Juni ſtärkſten und gefährlichſten Partei im Lande — provoziert. Sie mußte zertrümmert werden und erſt dann ließen ſich, je nach den Reſultaten, „freie Wahlen“ vollziehen.“

Die um das große Datum des 12. September geſcharte Kampagne artete in einen, gegen die in den bevorſtehenden Wahlen gefährlichen Konkurrenten, mit Kugeln, Gewehren und Kanonen geführten Feldzug aus. Derart alſo war der von der Regierung des 12. September 1923 gegen die Kommuniſtiſche Partei geführte Anſchlag, der einen bewaffneten Aufſtand hervorrief, von der ganzen Regierungskoalition vorbereitet geweſen. Allem Anſchein nach hatten die Anſtifter nicht die Folgen vorauszuſehen vermocht, was aber ihre Verantwortlichkeit für das Septembergemetzel nicht vermindert.

Des Aufſtandes ſelbſt wollen wir hier keine Erwähnung tun. Wir bemerken nur, daß ſeine Leiter das Möglichſte getan haben, um keinen Unfug zuzulaſſen und ſelbſt wiederholt hohe Geiſtesgegenwart und eine ſeltene revolutionäre Diſziplin bewieſen. Nirgends Unordnung, nirgends Rachetaten! Um ihre Bande zu ermuntern und deren Grauſamkeit zu rechtfertigen, verbreitete die Regierung Gerüchte über die angeblichen Ungeheuerlichkeiten und Untaten der Aufrührer. Aber ſofort nach der Unterdrückung des Aufſtandes verſtummte ſie und die Regierungspreſſe war genötigt, die Wahrheit einzugeſtehen. So ſchreibt denn die Zeitung „Epoche“ über den Aufruhr in der Umgebung von Ferdinandoff am 4. Oktober 1923 folgendes:

„Es wurden in den Dörfern und auch in den Eiſenbahnſtationen keinerlei Gewalttaten oder Grauſamkeiten verübt.“

Und dieſelbe Zeitung ſchrieb am 12. November, als ſie über die Filiale der Bulgariſchen Nationalbank in Ferdinandoff ſprach, wo ſich der „Hauptſtab“ der Kommuniſten befand:

„Die Kaſſen der Bank ſind völlig unbeſchädigt geblieben. Wenn auch Gerüchte umgingen, man habe die Bank um 70,000 Lewa beſtohlen: dieſe Gerüchte haben ſich nicht beſtätigt. Ueberhaupt ſind keinerlei Gewalttaten oder Räubereien vorgekommen, die Requiſitionen ausgenommen, die ungefähr 500,000 Lewas betragen.“

Auch die vielen aus dem Zuſammenhang mit dem Aufſtande hervorgehenden Gerichtsverhandlungen erwieſen keinerlei Morde, Gewaltakte oder Räubereien von Seiten des ſich auflehnenden Volkes.

Ganz anders aber war das Verhalten der Regierung und ihrer Bande. Wie Raubtiere warfen ſie ſich, nach der Unterdrückung des Aufruhrs, auf die ſchutzloſe Bevölkerung und richteten ein unbeſchreibliches Gemetzel an. Ganze Dörfer wurden verwüſtet und mit Blut getränkt. „Schlimmer als es die Türken vermöchten, hat man das eigene Volk hingemetzelt," — ſo ſchrieb in einem Aufruf der bulgariſche Schriftſteller Anton Straſchimiroff. Kein Winkel des Landes iſt von dem Blutmeer der faſchiſtiſchen Rache verſchont geblieben. Vanderwelde, der ein Jahr ſpäter Bulgarien bereiſte, ſchrieb, daß man in den diplomatiſchen Kreiſen die Zahl der Ermordeten auf ſechszehnhundert ſchätze während in den Kämpfen ſelbſt nicht mehr als einige Hundert gefallen waren.

1. Blutige Verbrechen in Philippopel.

(Die Mitteilung eines Verhafteten.)

Wie im ganzen Lande überhaupt, ſo ließ die Regierung am 12. September auch in Philippopel alle mehr oder weniger hervorragenden Führer der Partei, der Berufsverbände und der Kooperativen verhaften. Am 12. September waren bereits 300 Menſchen verhaftet worden; bis zum 28. September wuchs ihre Zahl auf 2000. Alle Polizeigebäude der Stadt waren überfüllt, ſogar deren unterirdiſche Kellerräume vollgepropft. In jedem Raume wurden Verhaftete untergebracht, daß ſie in der dumpfen Atmoſphäre zu erſticken drohten und wegen Platzmangels einer auf dem anderen ſchlief.

In beſonders ſchwieriger Lage befanden ſich die Eingekerkerten von Tasch-Kappia. Am Sonntag, den 16. September, um 4 Uhr morgens, fuhren in den Hof des Gefängniſſes von Tasch-Kappia zwei Laſtwagen ein und kurz darauf erſchien bei den Verhafteten ein Offizier mit mehreren Soldaten und Polizeiunteroffizieren. Der Offizier verlas die Namen der Verhafteten. Jeder, deſſen Namen man aufrief, wurde aus dem Gefängnis geführt und in ein Laſtautomobil geſetzt. Grabesſtille: Alle ſchwiegen. In den Augen eines jeden las man die Frage: wohin führt man uns und was wird mit uns geſchehen? Als ſchließlich die Automobile ihren Beſtimmungsort erreichten, ſahen wir, daß wir vor der Gendarmerie-Kaſerne angelangt waren. Alle mehr oder weniger bedeutenden Kommuniſten wurden an dieſen „zuverläſſigen" Ort gebracht.

Am 23 September, 11 Uhr abends, trat in die Gendarmerie-Kaſerne der Leutnant Blagoff, ein Adjutant der Gendarmerie-Abteilung, mit mehreren älteren Unteroffizieren und verlas die Namen folgender Genoſſen:

1. Penſcho Sawoff, Sekretär des Orts- und Bezirks-Komitees von Philippopel, Mitglied der Magiſtrates und der Stadtſchul-Kommiſſion.
2. Nikolo Ch. Galaboff, Mitglied des Orts-Komitees, geweſener Bürgermeiſter von Philippopel.
3. Stephan Schachbaſian, Mitglied des Orts-Komitees und langjähriger Angehöriger des allgemeinen Arbeiterrates in Bulgarien.
3. Angel Schiſchkoff, Mitglied des Orts-Komitees.
5. Konſtantin Getſcheff, Mitglied der Kontroll-Kommiſſion.
6. Triſon Iliſeff, aktiver Partei-Arbeiter.
7. Chriſto Genkoff, leitendes Mitglied der bulgariſchen Kommuniſtiſchen Partei
8. Stojan Bojatſcheff, Sekretär der Wohnungsſektion „Roſa Luxemburg".
9. Cherſchkowitſch, ehemaliges Magiſtratsmitglied.
10. Dr. Nikolo Kowatſcheff, Verwaltungs-Mitglied der Kooperativ-Filiale „Befreiung" in Philippopel.

11. Ignatoff, Organisator des Bauernbundes.
12. Salomon Molchoff, Mitglied der Partei-Kontroll-Kommission und der Kommission jüdischer Schulen.

Ein Entsetzen bemächtigte sich aller Verhafteten. Sie begriffen, daß sich hier etwas abscheuliches vorbereitete. Die aufgerufenen Genossen erhoben sich und kleideten sich an, Haß in den Augen gegen ihre Henker und gleichzeitig ein heißes Gefühl des Unmutes, daß sie mit gebundenen Händen sterben sollen. Einer nach dem anderen wollte sich von den Zurückbleibenden verabschieden, aber auch das ließen die Henker nicht zu, sondern stießen die Genossen hastig aus der Zelle. Darauf drang zu uns der Lärm der abfahrenden Lastautomobile und alles wurde wieder still.

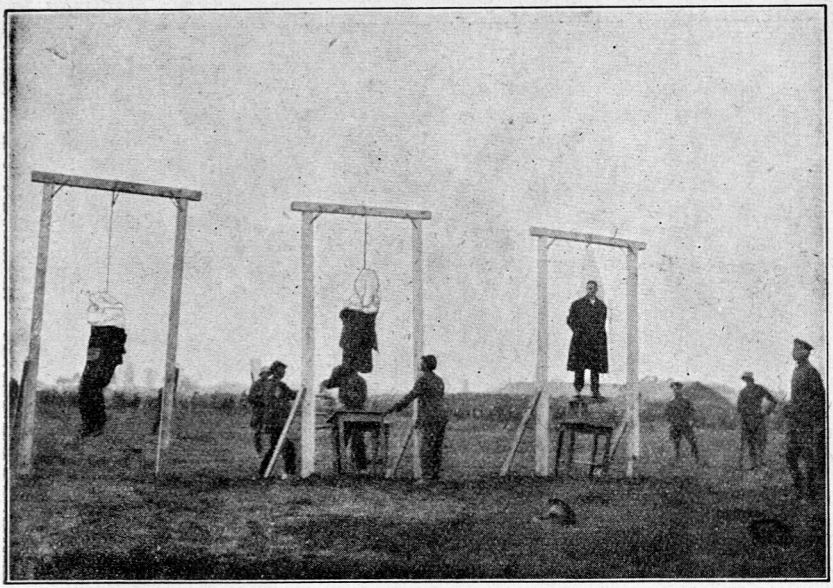
Was wir später darüber erfuhren, war folgendes: Der Gruppe von zwölf Menschen waren noch zwei hinzugefügt worden, deren Namen unbekannt sind. Diese vierzehn Männer teilte man in zwei Gruppen; die eine fuhr man am Abend des 26. September im Automobil auf der städtischen Chaussee nach dem am Flusse Schaja gelegenen Orte Kemar. Bauern aus dem Dorfe Katunsko-Konare, die sich in jenem Augenblicke nicht weit vom Platze der Exekution gesammelt hatten, erzählen:

„Vorne fuhr das Automobil mit den Henkern, welche den Ort wählten und nicht weit davon entfernt Halt machten. Man vernahm eine mächtige Stimme, wahrscheinlich des Genossen Genkoff, die gegen irgend etwas heftig protestierte. Genosse Genkoff verlor den Verstand, begann zu springen und zu schreien und um ihre tierischen Instinkte restlos zu befriedigen, ließen ihn die Henker schreien und brachten ihn zuletzt um."

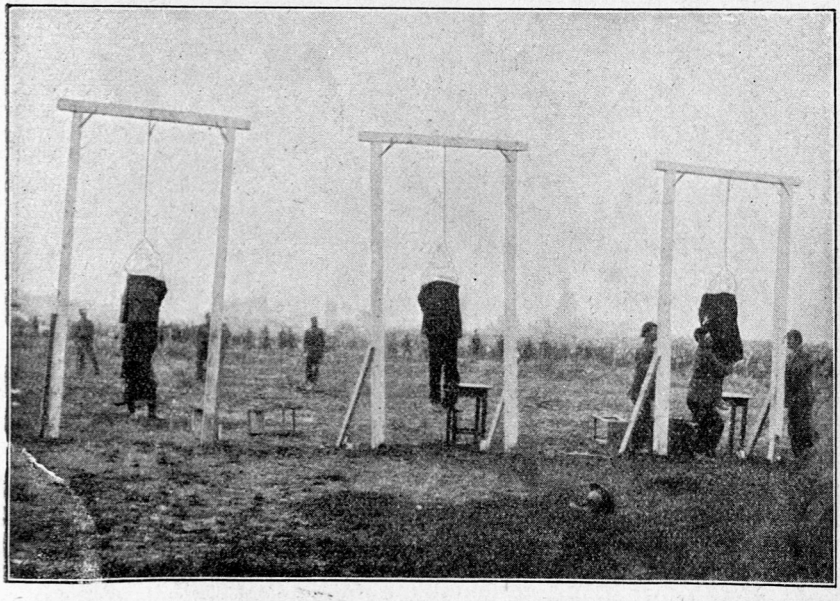
Am nächsten Abend, am 27. September, brachte man auch die anderen sieben Menschen herbei, jene zweite Gruppe, die Genossen Pentscho Sawoff, Angel Schischkoff, Schachbasian und andere. Dem Genossen Angel hatte man vorher die Hände gebrochen, weil es seine Gewohnheit war, mit denselben zu gestikulieren, wenn er in Versammlungen auftrat. Allen hatte man den Mund mit Mist verstopft, damit ihre Schreie nicht gehört werden sollten. Dann begann die Ermordung: man schoß auf sie, stach sie mit Bajonetten und einigen zerschmetterte man den Schädel. Nach vollzogener Arbeit näherte sich einer der Henker, ein Agent der Defensive, dem beiseite stehenden „Stab" und legte seine „Leistungen" dar. Der „Stab" interessierte sich besonders dafür, wie Pentscho Sawoff gestorben sei. „Wie ein Held", teilte der Mörder mit.

Einige Tage später nötigte man die Bauern des Dorfes Katunsko-Konare, die verwesenden, übelriechenden Leichen zu vergraben. Sie erkannten die mächtige Gestalt Pentschos und sammelten Hüte, Kleidungsstücke und Dokumente, die den Toten verblieben waren. Mit Hilfe dieser Ueberbleibsel stellte man später fest, wer die gemordeten Genossen gewesen sind.

Am 22. September wurde der Genosse Mathäus Todoroff (Advokat) verhaftet, einer der Gründer des Vereins der Volksoffiziere und Reserve-Unteroffiziere und der Vorsitzende der konstituierten Versammlung dieses Verbandes. Abends wurde er gräßlich geschlagen und am anderen Tage in Begleitung des Sozialdemokraten Tschernookoff nach dem Dorfe Peruschtschiz im Automobil gefahren, damit er dort die rebellierenden Bauern überrede, sich zu ergeben. Da er sich aber diesem Befehl nicht fügte, brachte man ihn nach Philippopel zurück. In der Nacht des 24. September stieß ihn die militärische Wache mit Gewalt ins Freie. Raufend mit den Wächtern, welche ihn aus der Zelle rissen, die er nicht verlassen wollte, weil er wußte, was ihn erwartete, wurde er von Offizieren aufgespießt, halbtot auf einen Wagen geworfen und in die Kaserne der Kavallerie geschleppt, wo man ihn endgültig umbrachte. Man zerhackte seinen Körper in Stücke und vergrub sie im Ufer-



Genosse Koew schon hingerichtet; die Zigeuner erwürgen eben den Genossen Zadgorski. Genosse Friedmann sieht stolz und ruhig seinem Schicksal entgegen.



Die Zigeuner an der „Arbeit“ beim Genossen Friedmann, dessen Körper nach unten gezerrt wird, damit das Rückenmark der Wirbelsäule entzwei gerissen werde.

Die Gehenkten, Friedmann, Koew und Zadgorski, werden kurz vor der Hinrichtung photographiert.

Die Henker, Zankow und König Boris, werden kurz nach der Hinrichtung voneinander beglückwünscht.

fand der Mariza, wo man sie später auch entdeckte. Dem Staatsanwalt und dem Untersuchungsrichter verwehrte man bei Todesstrafe, irgendwelche Untersuchungen einzuleiten.

Am 24. September wurde der proletarische Schriftsteller F. Gineff in seiner Wohnung vom Reserve-Kapitän Semphir Georgijeff, einem Demokraten und Faschisten, verhaftet, der ihn gleich nach der Festnahme schlug, ihm den Bart auszureißen suchte usw. Man jagte den Gefangenen mit Bajonetten durch die Straßen. Die Bourgeoisie von Philipopel belustigte sich an diesem Schauspiel. Er wurde in der Kaserne des 9. Bataillons untergebracht und unter scheußlichen Quälereien vernommen. Darnach sandte man ihn mit zwei Offizieren und einem Soldaten hinter die Stadtbahn und befahl ihnen, ihn umzubringen. Aber im letzten Augenblick regte sich denn doch das Gewissen der beiden Offiziere und sie weigerten sich, den Genossen zu töten. Man brachte ihn in die Kaserne zurück. Dort meldete sich ein freiwilliger Mörder, Leutnant Stanjeff, welcher ihn zusammen mit noch einem anderen Genossen, dessen Name bis heute nicht bekannt wurde, nicht weit hinter der Eisenbahnlinie ermordete. Beide Leichen verschleppte man in die Nähe des Dorfes Zarazowo mit abgeschlagenen und beiseite geschleuderten Köpfen. Erst einige Tage später fanden Bauern die verstümmelten Leichen und vergruben sie.

In der Nacht vom 24. auf den 25. September schleppte man die Genossen Stephan Kiradscheff, den Sekretär der Tabakarbeiter-Gewerkschaft Bulgariens, welcher der angesehenste Führer der Tabakarbeiter war, aus der Artillerie-Kaserne. Die Tabakfabrikanten hatten sich längst nach einer erwünschten Gelegenheit umgesehen, um ihn zu beseitigen, und diese bot sich endlich. Wahrscheinlich von der Bourgeoisie gedungene, sich für Mazedonier ausgebende Leute, schafften ihn im Automobil in die Weinberge bei dem Dorfe Markowo und meuchelten ihn dort.

Am 24 September nahmen die Massenhinschlachtungen ihren Anfang. Am 25. September führte man folgende Genossen aus dem Gefängnis von Tasch-Kappia:

1. Georgi Russinoff, Advokat, Sekretär des Bezirks-Komitees der Partei, in seinem Heimatsdorfe verhaftet und nach Philippopel gebracht.
2. Georgi Patarschanoff, Ingenieur, Mitglied des Magistrats.
3. Christo Mileff, Partei-Arbeiter, verhaftet wegen Mitwirkung am Aufruhr des 9. Juni im Dorfe Papasili (ermordet, trotzdem sein Prozeß stattfinden sollte).
4. Georgi Sotiroff, Schuster, langjähriges Mitglied des Magistrats.
5. Georgi Tschaplekoff, Arbeiter.
6. Albert Tschaplekoff (sein Bruder), 18 Jahre alt.
7. Kjutschukolu, ein türkischer Genosse, Bauer, wurde gefoltert, um von ihm Geld zu erpressen.
8. Der gewesene Bauernälteste des Dorfes Kuklen.

Auch diese Verhafteten setzte man in ein Lastautomobil; Genosse Russinoff, der sich weigerte, einzusteigen, wurde von Bajonetten durchbohrt und halbtot hineingeworfen. Man entführte sie in die Nähe der Dörfer Kara-Tair und Meischkur, wo man sie hinmeuchelte. Einige von ihnen hat man wie Vieh an Messern aufgespießt.

Am 25. September führte man eine weitere Gruppe ab, wie man vorgab, zur Untersuchung. Darunter befanden sich:

1. Stojan Kresteff, Mitglied der Kontroll-Kommission der Partei.
2. Djanko Najtscheff, Vorsitzender des Kooperativ-Magazins „Befreiung", Mitglied des Stadtmagistrats und langjähriger Parteiarbeiter.
3. Doris Todoroff, Chauffeur, Mitglied der Partei.

buliskis gewesen und zur Zeit des Zankoff-Umsturzes auf die Seite der Konterrevolution übergegangen war. Er hat auch Stamboliski gefangen genommen.

Jetzt herrscht in Pasardschik und Umgebung die tiefste Ruhe, aber das im Ueberfluß unschuldig vergossene Blut schreit zum Himmel und die konterrevolutionäre Regierung wird sich nicht lange über ihren Erfolg zu freuen haben."

3. Die Stimme des bulgarischen Priesters.

(Ein Brief des Priesters Atanas aus dem Dorfe Kritschim an seinen Sohn, der in Oesterreich studiert.)

Lieber Sohn!

Am 1. Oktober dieses Jahres langte im Dorfe ein Student der Medizin, Boris Gentscheff aus Graz (Oesterreich) mit seinem Bruder, einem Offizier der aktiven Armee, Iwan Gentscheff, an. Aus irgend einem „wichtigen Grunde" wurde anstelle des Oriskommandanten, Oberst Todoroff, Iwan Gentscheff eingesetzt. Der neue Kommandant berief aus Philippopel zwölf Kopfabschneider-Polizisten in Soldatenuniform. Am 3. Oktober soffen diese Bande und die Gebrüder Gentscheff den ganzen Tag über im Hause von Pelo Popoff und sagten, jetzt söffen sie Wein, später aber würden sie Blut trinken.

Und in der Tat lud man um 7 Uhr abends 13 Bauern auf das Lastautomobil, darunter auch deinen Bruder Petko und führte sie nach Philippopel ab. Wir hatten darauf bestanden, die Fahrt solle am Tage unternommen werden, aber man wies uns die Bajonette, um uns zum Schweigen zu bringen. Der Kommandant weigerte sich, die Pässe zu untersuchen, ohne welche es verboten ist, das Dorf zu verlassen. Unter dem Jammer und Klagegeschrei der Frauen und Kinder fuhr das Lastautomobil ab. Der Kommandant verbot jede Ansammlung von Menschen und das Verlassen des Dorfes. Er, sein Bruder und noch zwei oder drei ländliche Blutsauger setzten ihr Trinkgelage fort. Drei Tage verstrichen, ohne daß wir etwas vom Schicksal der Verhafteten erfuhren. Am dritten Tage traf Nikoloff aus dem Dorfe Kurtowo bei uns ein und brachte folgende entsetzliche Nachricht:

Als das Lastautomobil sich dem Dorfe Kurtowo näherte, zwischen Kurtowo und dem Dorfe Kara-Tajr, zur rechten Seite der Schanzen, dicht bei der Mühle Kolakurteffs, erklärte der Chauffeur, der Motor sei in Unordnung geraten und die Fahrt könne deshalb nicht fortgesetzt werden. Da schrien die Banditen: „Dicker! Steig ab!" und rissen Deinen Bruder vom Wagen herunter. Sie setzten ihn den teuflischsten Martern und Folterungen aus, entkleideten ihn, durchbohrten ihn mit 50 Stichen und zerschmetterten ihm schließlich den Schädel. Auf dieselbe Art brachte man auch Nikola um; die anderen flohen nach allen Seiten, nur drei von ihnen wurden niedergeschossen.

Diese traurige Mitteilung verbreitete sich rasch und brachte das ganze Dorf in Aufruhr. Wir sind erschüttert und Deine Schwester, die Witwe geworden ist mit ihren kleinen Kinderchen, hat der Schmerz tief gebeugt. Ich finde weder Worte meiner Empörung gegen unsere Raubtier-Regierung, noch Tränen, um meinen Kummer auszuweinen. Ich sehne mich nach dem Tode, der meinen Qualen ein Ende setzen soll, damit ich nicht weiter das Wehklagen und Jammern von Witwen und Waisen zu hören brauche.

Mit äußerster Schwierigkeit haben wir beim Kommandanten Gentscheff die Leichen zweier verhafteter Priester erbeten und zugleich die Erlaubnis, die Toten zu bestatten. Gegen 7 Uhr abends kehrte der Wagen mit den entkleideten und verunstalteten Leichen zurück. Der Kommandant befahl, sie bis 8 Uhr in der Frühe zu bekleiden. Um 3 Uhr nachmittags fand das Begräbnis statt. Wir erwarteten die Untersuchungskommission, die wir gefordert hatten, aber sie blieb aus.

Harte Zeiten haben für unſer Volk begonnen. Weder die Türken noch die Baſchi-Buſuks *) begingen jemals dergleichen Greueltaten.

3. November 1923.

Dein Vater, Prieſter Atanas.

4. Bachanalien der Rache.

Späte, herbſtliche Nacht. Der Himmel iſt mit dunklen Wolken bedeckt. Von Zeit zu Zeit leuchtet ein Stern hinter Wolken auf, als wollte er die Schrecken dieſer Nacht vorauskünden, und verbirgt ſich wieder. Schon iſt es 9 Uhr. Alles ringsum wird von einer ſeltſamen Unruhe ergriffen. Die körperloſen Silhouetten von Genoſſen, die ſich in letzter Nacht vom Leben verabſchiedet haben, tauchen auf.

Ein zweiſtöckiges Gebäude, der Beſitz des Großvaters Dimo. Das ganze zweite Stockwerk — der frühere Raum der Volksbank — iſt von Bauern, von Kommuniſten überfüllt. Jede Nacht werden aus den übrigen fünf Gefängniſſen einige Menſchen geholt und ohne Worte, ohne Gericht oder Unterſuchung, zum Tode geführt. Sobald ſich der Zeiger der Uhr der elften Stunde nähert, wird laut an die Türe gepocht. Der Kommandant tritt mit zwei Soldaten und einem Bürger ein. Letzterer iſt von mittlerer Statur und brünett. Es fällt ſein langer dunkler Bart auf. Der Kommandant nimmt aus ſeinen Händen ein Papier und lieſt: Todor Goranoff, Chriſtaki Goranoff (Brüder), Dmitrj Iljeff, Marko Pennoff, Petro Alekſajoff, Schuſter — — — 17 Menſchen aus der Stadt Ferdinandoff.

Sie fühlen das Ende herannahen, das Ende ihres Lebens. Es regt ſich nur die eine Frage: Iſt „ihnen" denn noch nicht genug Blut gefloſſen? Verlangen ſie wahrhaftig noch mehr? Iſt es möglich, daß all das gefloſſene Blut, das Gewiſſen dieſer Henker noch immer nicht geſättigt, nicht überſättigt hat?

Der Kommandant befiehlt, das Gepäck bereit zu halten. Er ſagt, man werde ſie in die Stadt Lom überführen, aber alle begreifen ſehr wohl, daß ſie bald dort ſein werden, wo ſich ihre anderen Genoſſen befinden.

Sie fahren ab. Am Tore gruppieren ſich Soldaten und in Uniformen geſteckte Bürger, welche die Exekution zu vollziehen haben. Sie umgeben die Verhafteten. Die Fahrt geht in Richtung zum Bahnhof. In der Nähe desſelben bei der Brücke biegen ſie nach links ab und fahren das Ufer des kleinen Fluſſes entlang.

Eine unheimliche Klarheit erfaßt alle: Sie gehen zum Bahnhof...

Da tritt ein Soldat heran und flüſtert einem Kommuniſten ins Ohr: „Macht euch ſchleunigſt aus dem Staube!" und im nächſten Augenblick wirbelt eine Staubwolke um die zum Tode Verurteilten. Der Kommandant begreift, daß er es mit einem Fluchtverſuch zu tun hat. „Feuer!„ kommandiert er. Eine Stimme erſchallt: „Genoſſen flieht! Man führt euch zum Tode!" Neun Genoſſen ſpringen in den Fluß, die anderen laufen nach allen Seiten davon, ins Ungewiſſe. Zwei der Schwimmenden fallen ſchließlich ihren Henkern in die Hände. Sie werden umgebracht. Der eine, der zwanzigjährige Iwan Awramoff, der andere Mojis, ein Blechſchmied. Sieben Menſchen ſind nach Jugoſlawien geflüchtet, alle übrigen ermordet worden.

— „Herr Kommandant," ſagt der verwundete Marko Penjeff, „ich habe vier Kinder."

— „Gut," antwortete der Kommandant, „gebt ihm eine Zigarette und morgen bringt ihn ins Krankenhaus."

Gleichzeitig aber gibt er den Befehl zum ſchießen. Eine Salve kracht und Marko Penjeff fällt.

*) Baſchi-Buſuk war der Name eines türkiſchen Nomadenſtammes, der von Raub und Mord lebte.

Dmitrj Wolkoff bittet einen Soldaten, seinem Vater zu überbringen, er möge für seine zwei Kinder sorgen, da er, Dmitrj selbst, keine Gnade erwartet. Man schlägt ihn von hinten mit einem Kolben nieder.

Jeden Samstag und Sonntag vernimmt man das Jammern und Schluchzen der Angehörigen, die die Verhafteten besuchen wollen. Und im ganzen Umkreis von Ferdinandoff dasselbe Weinen und Elend. Nicht nur hier an diesem einen Ort, liegen die Gräber von Brüdern, sondern allüberall im ganzen Bezirke.

5. „Begräbnisse".*)

— — — Die Hunde fanden es. Genauer: die Hunde fande sie, denn es war nicht einer, es waren drei.

Die Hunde fraßen sie auf.

Warum denn nicht? Laßt ein verrecktes Pferd im Felde liegen und die Hunde werden es auffressen. Ein verrecktes Pferd bedeutet für Hunde ein großes Glück; — frißt Fleisch, soviel ihr nur wünscht.

Aber ins Feld geworfene Menschenleichen — das ist schon ein ganz außergewöhnliches Glück für Hunde... Das ist ein Dessert: Feine Haut, zartes, schmackhaftes Fleisch!

Deshalb jubelten die Hunde, die Hunde unseres Hirten, über die September-Ereignisse...

* * *

Sonntags erfuhr ich Näheres über die Begräbnisse vom vergangenen Sonntag, den 11. dieses Monats. Ich hielt mich in Samokoff auf. Jede Woche fahre ich nach Samokoff. Dort begegnete ich zwei Frauen in Trauer. Es waren meine Bekannten und ich fragte sie: — Nun wie, — hat man die Verschollenen aufgefunden? — Ja. — Wo denn? — Drei Meilen von Samokoff entfernt in der Wiese, auf dem Wege nach Sofia, links von der Chaussee. Sie waren vergraben in der Nähe des Flusses. — Wie aber hat man sie gefunden? — Wir haben mehr als einen Monat nach ihnen gesucht, sind durch Felder, Wiesen und Wälder gestreift, haben Steine beiseite geschafft und die Ufer der Iskara abgelaufen. Wir haben beinahe jeden Meter Erde im Umkreis von Samokoff aufgewühlt und durchfurcht, — aber erfolglos. Wir haben in der Nähe der Kaserne gegraben, in Gärten, unter welken Blättern gesucht, jedoch die Verschollenen nicht aufgefunden. So begannen wir andere Leichen zu untersuchen, in den verunstalteten Gesichtern anderer Ermordeter zu forschen; mein Vater aber und mein Mann blieben verschollen. Endlich nun, am Freitag, den 9. dieses Monats, immer im Felde wühlend, gelangten wir unweit von Sofia an das Ufer eines kleinen Flusses und bemerkten nicht weit von uns einige Hirtenhunde, welche die Erde durchwühlten, Knochen benagten. Und wir wandten uns an die Hirten: Was tun diese Hunde dort? — Dort sind Menschen — antworteten sie — drei Gräber liegen am Flusse.

Wir eilten unverzüglich dahin, besahen die Fetzen gewesener Kleidungsstücke, die in einem halbaufgewühlten Grabe herumlagen und überzeugten uns bald, daß in den Leichnam meines Vaters aufgefunden hatten.

„Andern Tags — erzählte die ältere der beiden Frauen weiter — wandten wir uns in der Stadt an die zuständige Behörde und heute werden wir zusammen mit dem Staatsanwalt und dem Bezirksarzt die Leichen ausgraben und bestatten."

Dieses Gespräch fand mittags um 1 Uhr statt. Um 2 Uhr speiste ich und dann machte ich mich auf den Weg zur Mühle an der Sofierstraße, die drei Kilo-

*) Der Verfasser dieser Beschreibung — Markham — ist Direktor des amerikanischen Kollegiums in Samokoff. Die Beschreibung erschien in der Zeitung „Sarnitza".

meter von Samokoff entfernt liegt. Unterwegs stieß ich auf zwei Gruppen von Frauen, jede ungefähr aus zehn Menschen bestehend. Als ich mich der Mühle näherte und mich nach links wandte, gewahrte ich in einer Entfernung von einem halben Kilometer am Fuße des Hügels einige weiß gekleidete Menschen, welche die Erde aufwarfen. Ich schritt auf sie zu und gewahrte, daß sie ein dreifaches Grab gruben. Unweit davon stand ein Polizist und ich wandte mich an ihn mit der Frage, wo sich die Leichen befänden. Er zeigte nach drei Gräbern in der lockeren Erde, ungefähr 100 Meter von mir, ganz nahe am Flusse. Ich wollte mich dorthin begeben, aber der Polizist gab das nicht zu. So machte ich mich auf, in den Wiesen herumzuschlendern, mit der Hoffnung, doch irgendwie an den gewünschten Ort zu gelangen, was mir auch bald gelang. Ich schloß mich einer Gruppe von bekannten Männern und Frauen an, alles Verwandte und Angehörige der Ermordeten.

Zwei junge Leute rissen ein Grab auf und zogen kurz darauf einen Leichnam hervor. Er war beerdigt mit dem Gesicht nach unten.

Wir Männer standen am hohen Ufer, bei uns der Arzt, der Staatsanwalt und noch acht Bekannte, hinter uns die Frauen, beherrscht und gesammelt. Vor uns flutete der Fluß dahin — hier lagen die drei Gräber.

„Wenn das der Leichnam meines Mannes ist, sagte die ältere Frau, so findet ihr an ihm eine schwarze Halsbinde, graue Hosen, weiße Unterhosen und graue, wollene Socken. Unter der linken Brust muß eine kleine Wunde sein."

Der Arzt machte sich an die Arbeit. Es war in der Tat der Leichnam K. Petrunoffs. An der rechten Schläfe klaffte ein kleines Loch und ein anderes im Nacken. An verschiedenen Stellen war er von Hunden angefressen und benagt. Ueber alles das verfaßte man ein genaues Protokoll.

Dann grub man auch nach dem zweiten Leichnam, der, wie der erste, mit dem Gesichte zur Erde lag und man zog ihn hervor. Einer der Anwesenden versicherte, er erkenne in ihm Koneff. Ich vermochte keine einzige Wunde am Leichnam zu entdecken.

Der dritte Leichnam wurde ausgegraben, hervorgezogen und auf den Rücken gelegt, das Gesicht nach oben.

„Ihr werdet, wenn es unser Vater ist, einen Mantel finden, eine Jacke, einen Sweater, ein langes weißes Hemd, einen weißen wollenen Gürtel und Schuhwerk mit Gummiabsätzen," sagte die junge Frau.

Und es war wirklich ihr Vater. In seiner Tasche befand sich die Quittung über Bezahlung des Zeitungs-Abonnements der „Nachrichten für Arbeiter" pro Monat August auf den Namen B. Ch. Sotiroff. Das war also der Leichnam des Ortsvorstehers. An seiner Schläfe und im Nacken, wie bei Petronoff, große Löcher.

Das Protokoll wurde verfaßt, die umherliegenden Beweisstücke gesammelt und nach Samokoff gebracht. Die bescheidene Gruppe von Männern und Frauen trug die Leichen in die neuen Gräber hinüber; man besprengte die Erde mit Wein und errichtete einen hohen Grabhügel. — In Samokoff läuteten die Vesperglocken. Es wäre gut, zu wissen, was die zu sagen vermögen über das Thema: „Christus ist in uns!"

Die Sonne scheint finster von ihrem Throne herab und verhüllt das Haupt mit dichten, traurigen Nebelschleiern. Kalt senkt sie sich hinter den niederen Hügel „Mussala".

* * *

Die allgemeine Entrüstung, besonders im Auslande, hervorgerufen durch die Barbarei der regierenden Bande, nötigte ihren Oberchef, den Kriegsminister General Wolkoff, nachstehenden Befehl herauszugeben:

„Genug des Blutes! Genug der Unvernunft! Schenkt dem Lande nun auch Frieden und Ruhe!"

Im selben Sinne erließ sogar der größte Henker, General Russeff, einen Aufruf. Das Regierungsorgan „Mir" aber schrieb am 17. Oktober: „Der Aufruf des Mi-

nisters Russeff ist sehr am Platze, nur wissen wir nicht, ob er nicht eher hätte erscheinen sollen."

Um sich, wie Pilatus, die Hände in Unschuld zu waschen, sprachen auch einige der Regierungsparteien von den vollbrachten Grausamkeiten. So schreibt das sozialdemokratische „Narod" am 20. Oktober:

„Viel Blut ist vergossen worden! Tausende von Familien tragen Trauer und unzählige Waisen sind ohne Dach geblieben! Es herrschen Tod und Verzweiflung, Unordnung und Hunger, Terror und Reaktion."

„Radikal", das Organ der Radikalen Partei, veröffentlichte an demselben Tage folgende Bemerkung:

„Es ist wahr, daß während der Unterdrückung des kommunistischen Aufruhrs Grausamkeiten vorgekommen sind. Die unverzeihlichsten Taten spielten sich selbst da ab, wo keine Kämpfe stattgefunden haben, oder auch lange Zeit nach deren Ende. Der Ekel und die Entrüstung über diese durch nichts gerechtfertigten Grausamkeiten sind allgemein."

Selbst die „Mir", Organ des rechten Flügels der Regierungs-Koalition, vermochte die schreckliche Wirklichkeit nicht zu verhehlen. „Wir haben über die Zahl der Ermordeten gestritten," schrieb sie am 13. Oktober. „Die einen zählen 2000, die anderen 3000, die dritten sogar 5000. Das schreckt uns. Ein junger, uns sehr wohl bekannter Mensch, die freiwillig angelegte Uniform abstreifend, äußerte sich dermaßen: „Besser, einige tausend Menschen umbringen, aber dafür Bulgarien retten!" Wir sahen einander an. Es lag viel Wahres in den Worten des temperamentvollen jungen Menschen."

Am schärfsten richtete die Zeitung „Unabhängigkeit" über das Geschehene, das Organ der Nationalliberalen, welche noch vor den September-Ereignissen aus der Regierung ausgeschieden waren. In der Nummer vom 18. Oktober schrieb sie:

„Die Grausamkeiten sind aber nicht etwa von den aktiven Truppen vollbracht worden. Neun Zehntel der Gemordeten fielen nicht im Kampfe. Einzig schuld an diesen Grausamkeiten ist die Regierung."

Und weiter am 20. Oktober:

„Wir protestieren gegen eine Regierung, die das Land dem Raube, der Zerstörung und der Vergewaltigung des Eigentums aussetzt, wie auch die Ehre und das Leben der Bürger eines freien Reiches. Wir finden keine Worte, um die Ehrlosigkeit zu kennzeichnen, daß man unschuldige bulgarische Bürger geschlagen und ohne Gericht und Untersuchung hingerichtet hat."

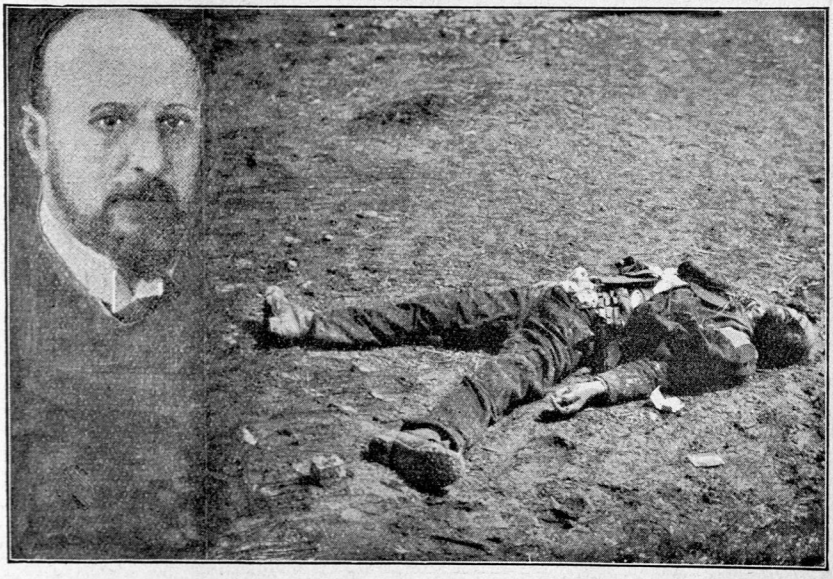
Als man die Sozialdemokraten beschuldigte, sie hätten an den Mißhandlungen teilgehabt, forderte deren Organ eine Untersuchung. Die „Unabhängigkeit" nützte diese Gelegenheit aus und schrieb am 23. Oktober:

„Daß man die Grausamkeiten klarstellen soll, darin sind wir mit den Sozialdemokraten völlig einig. Wir bestehen auf Untersuchung und wissen, kein Barbar wird sie verhindern, und sei es auch ein Sozialdemokrat.

Wir billigen den Vorschlag der Sozialdemokraten. Mögen diejenigen, welche das Ruder der Regierung in der Hand haben und also gewissermaßen dem Auslande moralisch verantwortlich sind, diese Frage im Rat der Minister aufwerfen.

Darnach forschen, wo und auf welche Art Boris Chadschi Sottroff und seine Freunde verhaftet und umgebracht wurden; wo und unter welchen Umständen der Kapitän der Reserve, Jordan Kurteff, der Oberingenieur und Chemiker im Schachte „Piakalniza" und sein Kollegium umgekommen sind!

Ein Mörder, der den hochklingenden Namen „General Lazarow, Oberkommandant der bulgarischen Armee“, trägt, und ein Ermordeter, der namenlos für sein Volk starb.



Zankoff und eines der Ergebnisse seines Regimes: Leiche des Genossen Barinetschkow, der von Gendarmen verfolgt und ermordet wurde.

Wie wilde Tiere hinter Gitter gesteckt....

.... dann unter den Galgen geführt, wo sie im Namen des Zankoffstaates nicht nur der Henker, sondern auch der Pope erwartet

Der Fall betrifft viele hundert Bürger, welche nicht im Kampfe fielen, nicht mit der Waffe in der Hand verhaftet, aber ohne Gericht, wie Hunde, erschlagen wurden. Es ist die Pflicht und Schuldigkeit der Zeitungen „Volk" und „Epoche" und des Ministers Kasasoff, diese „gesetzlichen Morde" zu beleuchten."

Aber dennoch wurde die Frage einer Untersuchung der begangenen Greueltaten von niemanden ernstlich erhoben, da eigentlich alle Parteien daran beteiligt waren. Anderseits fand sich auch gar nicht die Zeit, dergleichen Fragen zu erläutern, gerade in dem Augenblicke, als das Ziel erreicht, die Kommunistische Partei zertrümmert und nur noch die Beute zu verteilen blieb.

Im Gegenteil: Alle Parteien der Regierungs-Koalition bemühten sich eifrigst, die Loyalität und besonderen Verdienste der Regierung zu rühmen, um eine größere Anzahl von Abgeordnetensitzen zu erhalten. Der sozialistische Minister Kasasoff äußerte sich beispielsweise vor dem Korrespondenten der „Neuen Freien Presse" am 4. Oktober folgendermaßen:

„Nicht nur als Mitglied der Regierung, sondern auch als Sozialdemokrat billige ich und billigt die ganze sozialdemokratische Partei, die gegen die Kommunisten getroffenen Maßregeln."

Kurz darauf räumte der Professor Zankoff den Sozialdemokraten, welche bei den vorhergehenden Sessionen des Parlaments nur über zwei Abgeordnete verfügten, mit größter Bereitwilligkeit 33 Plätze in den Regierungswahllisten ein.

VI.

Auflösung der Arbeiter-Organisationen

Das bulgarische Proletariat, wenn es auch nur wenig politisch Organisierte zählte, verfügte doch über solide und vortreffliche Klassenorganisationen, an deren Aufbau es mehrere Jahrzehnte gearbeitet hatte. Sein ganzer Stolz war die vor dreißig Jahren gegründete bulgarische Kommunistische Partei, der es gelungen war, zum bedeutendsten Faktor im Lande zu werden.

Indem sie über 1500 festgeschmiedete örtliche Organisationen mit 40,000 disziplinierten Mitgliedern in Land und Stadt, über einen Stab hervorragender Führer, über zahlreiche weitverbreitete Presseorgane, über eine umfangreiche marxistische Literatur und über einen 15,000 Mitglieder zählenden Jugendverband verfügte, stellte die Kommunistische Partei eine kolossale politische und kulturelle Macht dar. Nach den Kämpfen war es ihr gelungen, den vierten Teil aller das Wahlrecht Ausübenden im Lande (230,000) unter ihrem Banner zu sammeln, 50 Abgeordnete ins Parlament zu schicken, was 25 Prozent der gesamten Abgeordnetenzahl ausmacht, und die Stimmenmehrheit in vielen städtischen Bezirken und Landgemeinden zu erobern, bei deren Verwaltung sie praktischen Sinn und revolutionäre Begeisterung an den Tag zu legen verstanden. Die sozialdemokratische Partei schmolz rasch zusammen im Verhältnis zum Aufschwung der Kommunisten. Die Bourgeoisie stand eine wahre Todesangst aus bei dem Gedanken, die Macht könnte in die Hände der Kommunisten übergehen.

Zusammen mit der Partei aber und unter ihrem politischen und ideologischen Einfluß entstanden und entwickelten sich Klassengewerkschaften, die 40,000 Mitglieder zählten. Eine nicht geringe Zahl bei der geringen Entwicklung der Industrie im Lande. Diese Gewerkschaften, die schon zwanzig Jahre lang existierten, boten den Arbeitern im ökonomischen Leben eine wirkliche Stütze. Unter ihrer geschickten Führung vollzogen sich alle Gewerkschaftsbewegungen. Nicht zu diesen Gewerkschaften gehörten nur einige neutrale und gelbe Verbände von Regierungs-, Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbeamten. Ausschließlich auf die letzteren hatte die Sozialdemokratische Partei einigen Einfluß.

Schließlich, im Jahre 1919, wurde eine Arbeiter-Kooperative „Befreiung" gegründet, welche im Laufe weniger Jahre zur populärsten und mächtigsten Genossenschafts-Organisation wurde. Im Jahre 1923 zählte sie bereits mehr als 70,000 Genossenschafter (das ist ein Drittel aller Genossenschafter im Lande), besaß im ganzen Lande Filialen und wurde zu einem wichtigen Faktor für das wirtschaftliche Leben. Sie nahm einen Teil der aufklärenden Kulturarbeit der Partei und Gewerkschaften auf sich. Sie gab eine Partei- und Professional-Presse, wissenschaftliche und populäre marxistische und andere Literatur heraus. Ueber 20 Arbeiterzeitungen und Journale verlegte sie in 1,500,000 Exemplaren. In Sofia baute sie ein prachtvolles Volkshaus, wo sich alle politische, gewerkschaftliche und kulturelle Arbeit des bulgarischen Proletariats konzentrierte.

Die Kommunistische Partei Bulgariens mit ihren Klassengewerkschaften und ihrer Kooperative, mit ihren Jugendvereinen und Frauenorganisationen, mit ihrem Emigrantenverband und dem Verband der Kriegsopfer, konnte nicht für eine ge-

wöhnliche politische Partei gelten. Sie bildete eine abgeschlossene, alle Gebiete im Leben der Arbeitermassen beherrschende Organisation und nicht nur organisierte Parteimitglieder waren ihre Anhänger, sondern auch die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung mit Frau und Kindern. Es gab ungeheure Kreise, in denen sich die Bevölkerung für kommunistisch hielt und der Kommunistischen Partei in allem folgte.

Aber eben gegen dieses mächtige, gesellschaftlich-kulturelle Werk, gegen dieses Ergebnis einer 25-jährigen Anstrengung und des schöpferischen Genius des Proletariats in einem zurückgebliebenen kleinbürgerlichen Land, gerade gegen dieses Werk verübte die bulgarische Bourgeoisie im September 1923 ihren Anschlag. Aber trotz dem entsetzlichen Blutvergießen, das veranstaltet wurde, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen, ist dieser Anschlag nicht gelungen. So hat denn die bulgarische Bourgeoisie, nachdem sie mit Hilfe des gehorsamen Parlaments ihre Macht befestigt hatte, einen systematischen Kampf gegen diesen ihren Feind organisiert. In erster Linie half sich das weißgardistische Parlament mit drakonischen Gesetzen gegen die Kommunistische Partei und gegen die Klassen- und Arbeiter-Organisation. Mit Hilfe solcher Gesetze fiel es der Regierung äußerst leicht, beim höchsten Gericht die formelle Auflösung der Kommunistischen Partei durchzusetzen, indem man ihr die Schuld an einem bewaffneten Aufruhr zuschrieb. Was für Beweisgründe für ihre Illegalität waren denn noch erforderlich! Eine derartige Entscheidung über die Gewerkschaften hingegen, insbesondere aber über die Kooperative „Befreiung" war viel schwieriger zu treffen. Aber mit Hilfe der juristischen Spitzfindigkeit seiner Professoren und der Erfahrung der diensteifrigen russischen Monarchisten in bezug auf die Fälschung von Dokumenten, gelang es ihr, auch diese Schwierigkeiten zu überwinden. Die Professoren verfaßten ein Gesetz, wonach die Kommunistische Partei mit allen ihren Abteilungen aufgelöst sei; die Wrangelsänger aber versahen es mit einer Reihe von „Dokumenten", welche schwarz auf weiß „den Beweis lieferten", daß die Gewerkschaften und die Kooperative nichts anderes seien, als „Abteilungen" der Kommunistischen Partei. Hier sind die Exemplare solcher Dokumente.

Am 11. März 1924 erschien in allen bulgarischen Zeitungen, aus Regierungsquellen stammend, folgende Mitteilung:

Der Besitzer der Kooperative „Befreiung".
(Ein Aufruf der „Prawda".)

Im Zusammenhange mit der Einführung des Gesetzes zum Schutze der Regierung veröffentlicht das Organ des Zentralkomitees der Russischen Kommunistischen Internationale, die „Prawda", in ihrer Nummer 24 vom 23. Februar dieses Jahres einen Aufruf der Genossenschaftssektion des Exekutivkomitees der Komintern, dem wir folgende, besonders charakteristische Auszüge entnehmen:

„Die Kommunistischen Genossenschafter Bulgariens und der ganzen Welt müssen Massenversammlungen organisieren und in Resolutionen gegen die Verfolgung und Schließung der revolutionären Kooperative in Bulgarien, dieser Intendanten der Arbeiterkampflegionen, protestieren. Diesen spontanenen Protest müssen wir zur Errettung dieses Urquells des Kommunismus auf dem Balkan hinzufügen den Protest der internationalen Kooperativ-Verbandes.

Alle auf in den Kampf! Um jeden Preis und mit allen Mitteln müssen wir die Rote Fahne der bulgarischen Sektion der 3. Internationale zurückerobern, die während des Kampfes unseren Todfeinden, den bulgarischen Faschisten und Sozialverrätern in die Hände gefallen ist. Wir müssen auch weiterhin die Fahne unserer kupferen bulgarischen Genossen zu retten suchen.

Unterschrift: Genossenschafts-Sektion des Exekutivkomitees der Komintern.

Natürlich hat die Sektion unmöglich einen derart dummen und unsinnigen Aufruf erlassen. Allerdings war ein anderer Aufruf in der Nr. 44 der „Prawda" am 23. Februar 1924 abgedruckt und ungefähr folgendes darin geäußert worden:

Die Kommunisten sollen es durchsetzen, daß die Verwaltung der Kooperative unmittelbar oder durch ihre zentrale nationale Organisation vom Internationalen Kooperativ-Verband fordere, Maßnahmen zu ergreifen, um der Zerstörung der revolutionären Kooperative in Bulgarien vorzubeugen.

Vom Geschick der Arbeiter-Organisationen in Bulgarien und Italien werden auch die proletarischen Institutionen anderer Länder bedroht. Nur der einheitliche Kampf der Arbeiter aller Länder vermag diese Gefahr zu beseitigen und dem Proletariat den Sieg zu sichern.

Unterschrift: Genossenschafts-Sektion des Exekutivkomitees der Komintern.

Auf diesem Wege hat also die Regierung die öffentliche Meinung und das Gericht davon überzeugt, daß die „Befreiung" nichts anderes ist, als ein Lieferant für Waffen und Munition an die Kommunistische Partei und „deren Wirt".

Die Internationale Allianz war entrüstet über den frechen Anschlag Zankoffs, des Professors der Nationalökonomie und „Spezialist in Genossenschaftsfragen", gegen die bulgarische Kooperative und unternahm Schritte zu deren Verteidigung. Der Generalsekretär May sandte dem Ministerpräsidenten in Sofia im Namen von 40 Millionen Genossenschaftern folgenden energischen Brief:

„Sehr geehrter Herr!

Während meines unlängst unternommenen Besuches bei allen nationalen genossenschaftlichen Organisationen Mitteleuropas und des angrenzenden Ostens, hörte ich viel von den Hindernissen, denen die Arbeit der Genossenschaften in Bulgarien ausgesetzt sind. Man teilt uns mit, es seien auf Ihre Verordnung hin in einigen Bezirken die Verwaltung der Kooperative „Befreiung" und der Vorsteher der Zentralverwaltung verhaftet und das Mitglied derselben, Boris Ch. Sotiroff, sogar umgebracht worden. Weiter habe man die Typographien geschlossen, das Volkshaus mit Militär besetzt, und außerdem seien viele Genossenschafter während der schrecklichen Ereignisse umgekommen; all das sei mit der Sanktion durch Ihre Regierung geschehen.

Erlauben Sie mir zu bemerken, daß alles bisher Ausgesprochene nur ein kleiner Auszug all der Proteste ist, die uns aus verschiedenen Ländern zugesandt wurden und die ich nicht alle zu zitieren wünsche. Sie sind grauenhaft, insbesondere wenn man in Betracht zieht, daß Sie der Führer Ihres Landes sind und sich bisher des Rufes eines überzeugten Anhängers des Genossenschaftsgedankens erfreut haben.

Erlauben Sie mir zu wiederholen, daß wir unsere Nachrichten nicht aus der Verwaltung des Genossenschafts-Verbandes „Befreiung" erhalten haben, noch von seinen Mitgliedern, die sich in Freiheit befinden. Ich habe sie aus verschiedenen Quellen in den verschiedenartigsten Ländern gesammelt. In zweien dieser Länder wohnte ich persönlich Versammlungen bei, wo dem Mitgefühl für die Leidenden Ausdruck gegeben wurde und wo man Maßregeln forderte, um ihnen zu Hilfe zu kommen. Nach meiner Rückkehr nach London wurde mir von vielen nationalen Genossenschafts-Organisationen der Vorschlag gemacht, für die Kooperative „Befreiung" einzutreten.

Im Namen des Exekutiv-Komitees der Internationalen Genossenschafts-Allianz, im Namen der nationalen Kooperativ-Organisation der 30 Staatssektionen des Verbandes, wende ich mich an Sie, als an den Ministerpräsidenten der bulgarischen Regierung und als an einen Genossenschafter, mit der Aufforderung, möglichst rasch Maßregeln zu treffen, um die gerechten Verbindungen mit der Kooperative

des arbeitenden Bulgariens zu sichern und jene in Freiheit zu setzen, die irgend etwas persönlich erlitten haben, oder der Möglichkeit, ihre Familien zu unterstützen, entäußert sind.

Ich wende mich an Sie in der Hoffnung, daß nicht nur Friede und Gerechtigkeit durch Sie wieder hergestellt werden wird, sondern daß die Handlungs- und Bewegungsfreiheit allen Bürgern Ihres Landes wieder erteilt werden wird.

London Generalsekretär May."

Alles war umsonst. Ende März wurde die Auflösung der Kommunistischen Partei, der Gewerkschaften, des Jugend-Verbandes, der Kooperative „Befreiung" und sogar der neugegründeten Arbeiter-Partei verkündet. Letztere hatte soeben begonnen zu existieren und noch keinerlei Tätigkeit zu äußern vermocht, welche ihren „verbrecherischen" Charakter hätte beweisen können. Dennoch behielt einer der Richter seine eigene Meinung bei; aber eine der ungeheuerlichsten und einzigartigen Erscheinungen in der Justizgeschichte der neueren Zeit ist und bleibt die Tatsache, daß der höchste Gerichtshof in Sofia, in dem er seine Beschlüsse mit den schwächsten Beweggründen motivierte, schriftlich nicht auseinandergesetzt hat, was ihn dazu bewog, Hand an eine Reihe von Organisationen zu legen, deren Schicksal mit den Interessen der Existenz eines bedeutenden Teiles der bulgarischen Bevölkerung verknüpft ist.

Das Gericht in Sofia, dessen Beschluß getragen ist vom Haß gegen die Arbeiterklasse, vermöchte sich wohl nur damit zu rechtfertigen, daß die Sozialdemokraten die verbittertsten Hetzer gegen die aufgelösten Arbeiterorganisationen waren und daß sie mit heller Begeisterung die niederträchtige Sache der Weißgardisten unterstützt haben. Wie niedrig die Sozialdemokraten handelten, läßt sich daraus folgern, daß die von ihnen unterstützte Regierung keinen Augenblick gezögert hat, die große erstklassige marxistische Literatur, die sich im Speicher der Kooperative befand, zu verbrennen und das prächtige Volkshaus in einen Tummelplatz für die Defensive umzuwandeln und in denselben Sälen, wo noch unlängst das organisatorische und geistige Leben des bulgarischen Proletariats gehaust hatte, jetzt jene Bestien einzuquartieren, die Tausenden von Arbeitern Leben und Gesundheit rauben.

Der berühmte Genossenschafter, Professor Charles Guite gab seiner Entrüstung über den genannten Gerichtsbeschluß im folgenden Briefe Ausdruck:

„Ich habe in der Zeitung „La Bulgarie" den Urteilsspruch über eure Kooperative gelesen. Weil diese Zeitung die Konfiszierung des kooperativen Besitzes rechtfertigt, habe ich geschrieben, man möge sie mir nicht wieder zuschicken, selbst nicht unentgeltlich. Daß die Zeitung meinem Brief einen Platz einräumen wird, bezweifle ich, hoffe aber doch, daß er eine gewisse Wirkung hervorgerufen hat.

Ergebenst

Professor Charles Guite.

Der Protest der Internationalen Kooperativen Allianz (Kongreß in Gent) und der Protest des bekannten Professors stellen ein vernichtendes Urteil — bisher leider nur ein moralisches — über die bulgarischen Weißgardisten und deren „sozialistische" Lakaien dar.

Es versteht sich von selbst, daß die bulgarischen Arbeiter nicht auf ihr Recht, sich politisch und wirtschaftlich zu organisieren, verzichten mochten. Und es versteht sich von selbst, daß auch die Kommunistische Partei und die Gewerkschaften sich nicht so leicht einverstanden erklären konnten, sich den ungeheuren Bedingungen zu unterwerfen. Die Regierung aber erklärte alle Mitglieder illegaler Organisationen für „Konspiranten" und „Räuber" und die gräßlichen Verfolgungen nahmen ihren Fortgang. Tausende wurden hingerichtet, ob sie irgendwelche „Verbrechen" begangen hatten oder nicht. Die Zahl der Arbeiter und Bauern, welche dabei ohne Gericht umgebracht wurden, läßt sich absolut nicht feststellen.

VII.

Professoren-„Demokratie"

Die nach dem Staatsſtreich vom 9. Juni 1923 von Zankoff gebildete Regierung benannte die Partei, die ſie durch die Vereinigung einiger früherer bürgerlicher Parteien geſchaffen hatte, „Demokratiſchen Bund". Letzterer ſetzte ein „demokratiſches" Programm auf und ſeine Emiſſäre bereiſten ſodann, mit dieſem Programm in der Hand, ganz Europa, um die weſteuropäiſchen „Demokratien" vom „demokratiſchen Geiſt" der neuen bulgariſchen Regierung zu überzeugen.

Das entſprach nämlich dem Charakter des damaligen Zeitpunktes: in England war die Arbeiterpartei am Ruder, in Frankreich hatte der linke Block ſich emporgeſchwungen. Der „demokratiſche Bund" Zankoffs brachte ſoviel Unverſchämtheit auf, daß er ſeine Vertreter auf dem Internationalen Kongreß der radikalen Parteien nach Boulogne-ſur-Mer entſandte. Nachdem Macdonald zu Fall gebracht worden war und die Konſervativen neuerdings die Herren von England geworden waren, überreichte der bulgariſche Geſandte in London, Chadſchi Miſcheff, im Namen ſeiner Regierung folgende Deklaration: Laut dem ſozialen Charakter jener Volksſchichten, die die Zankoffregierung vertritt, wie auch laut der von ihr beobachteten gemäßigten Politik, iſt ſie am allernächſten den engliſchen Konſervativen. — Allein dies ſtörte die Regierung nicht, ſich „demokratiſch", ſogar „radikal" zu nennen, namentlich in den Ländern, in denen „Demokratismus" noch gangbare Ware war. So fuhr denn der von dieſer Regierung delegierte Grigori Waſſilieff gerade in dem Momente, als dieſelbe in der ſchlimmſten Art und Weiſe das ihr „ſchutzbefohlene" Volk wider Recht und Geſetz peinigte und unterdrückte, nach Kopenhagen — auf den Kongreß der radikalen Parteien.

Die folgenden Tatſachen werden bezeugen, welch „demokratiſcher Geiſt" in Bulgarien herrſcht.

Das Parlament iſt dort zurzeit nichts mehr als „Dekoration". Alle bürgerlichen Abgeordneten, mit ihnen auch die Sozialdemokraten, gleichviel, ob ſie zur Regierungsmehrheit oder zur ſogenannten Oppoſition gehören, ſind Hintermänner, Stützen und Söldlinge der Regierung. Ihre Mandate befinden ſich in ausſchließlicher Abhängigkeit von der Regierung; deshalb iſt ihre „Kritik" der Regierungspolitik hohl und oberflächlich und ihre „Kontrolle" über die Regierung iſt lediglich Fiktion. Noch mehr, der Miniſterrat iſt eigentlich nicht mehr als ein Schattenbild der Militärliga, die, geſtützt auf den Konvent, in Wirklichkeit die Macht ausübt. Das Profeſſorenregime — iſt nichts anderes als ein Mantel der Militärdiktatur. — Das beſtätigen die engliſchen Arbeiterdelegierten Malone, Wedgewood und Mac-Kinder nach ihrem Beſuche Bulgariens. Dasſelbe behauptete auch Vandervelde im vorigen Jahre. Nur die von der Regierung beſtochenen ausländiſchen Zeitungen beteuern das Gegenteil.

Am 12. September 1923 erließ die „demokratiſche" Regierung in geſetzwidriger Weiſe ein Verbot der geſamten kommuniſtiſchen und der Arbeiterpreſſe. So fielen dem Verbot anheim:

1. „Robotnischeski Westnik", offizielle Tageszeitung der kommunistischen Partei, wurde vor 26 Jahren gegründet, erschien in 30,000 Exemplaren, die am meisten verbreitete Tageszeitung Bulgariens

2. „Nowo Wreme" (Neue Zeit), wissenschaftliches Parteiorgan, vor 27 Jahren von dem sozialistischen Veteranen Bulgariens, D. Blagoieff, gegründet, erschien unter seiner Redaktion.

3. „Selsky Westnik", zwecks Propaganda unter der Bauernschaft, erschien drei Jahre lang in Auflagen von je 15,000 Exemplaren.

4. Die Zeitung „Sia" (Licht), die in türkischer Sprache zur Propaganda unter den türkisch sprechenden Arbeitern herausgegeben wurde.

5. Die Zeitung „Bratstwo" (Brüderlichkeit) zur Propaganda unter den jüdischen Arbeitern.

6. Die Zeitung „Rawenstwo" (Gleichheit) zur Propaganda unter den Arbeiterinnen.

7. Die Zeitung „Oswoboschdenie" (Befreiung) zur Propaganda unter den nach Bulgarien Eingewanderten.

8. Die Zeitung „Invalid", das Organ der Invalidenvereinigung.

9. Die Zeitung „Narodna Armia" (Volksarmee).

10. Das humoristische Journal „Tscherwen Smiach".

11. „Syndikats-Bulletin", Vereinsorgan des allgemeinen Arbeitersyndikats, sowie 17 andere Zeitungsorgane der Arbeitergewerkschaften.

Späterhin wurden andere unabhängige Arbeiterzeitungen gegründet, aber die Regierung konfiszierte sie stets und verbot sie schließlich ganz. So wurden denn im Laufe des Jahres 1924 folgende Zeitungen und Preßorgane durch Verbot eingestellt:

Täglich erscheinende Arbeiterzeitungen: „Trud" (Arbeit), „Swesda" (Stern), „Lutsch" (Strahl), „Snamena Truda" ((Arbeitsbanner), „Trudowoj Glas" (Arbeiterstimme), „Narodnaia Prawda" (Volkswahrheit), „Bednias-kaia Duma" (Stimme der Armut), „Naroden Strasch" (Volkswart), „Narodne Slowo" (Volkswort), „Badaschtsche" (Der Wecker), „Rabotniza" (Die Arbeiterin), „Naschi dni" „Unsere Tage), „Westi" (Nachrichten).

Gewerkschaftsorgane: „Transport", Organ der Eisenbahnarbeiter, „Utschitelsko Edinstwo", Organ der Volksschullehrer (diese Zeitung wurde wegen der Veröffentlichung eines Aufrufs der Lehrer-Internationale, der der Verfolgung der Lehrerschaft in Bulgarien gewidmet war, veboten), die Zeitung „Rabotnitschesko Edinstwo" (Arbeitereinheit), Gewerkschaftsorgan, u. v. a..

Desgleichen wurden folgende Bauernzeitungen durch Verbot eingestellt: „Semledeltscheska Saschtschita" (Bauernhort), „Narodna Saschtschita" (Volksschutz), „Narodna Borba" (Volkskampf), „Rodina" (Heimat), „Narodowlastie" (Volksherrschaft), „Schopsky Glas", „Narodne Sname" (Volksbanner) usw.

Zurzeit erscheint in Bulgarien keine einzige Arbeiterzeitung, kein einziges Gewerkschaftsorgan, kein einziges Blatt, das die Interessen der bulgarischen Arbeiter im Klassenkampf gegen seine Feinde verteidigt — Hier sind freilich die beiden Organe der sozial„demokratischen" Partei („Narod" und „Epocha" — in Auflagen von 2000, bezw. 3000 Exemplaren), die die Zankoffregierung unterstützen, nicht einbegriffen. Auch andere Preßorgane der gelben Gewerkschaften einiger Kategorien von Staatsbeamten wurden nicht verboten.

Seitdem die „demokratische" Regierung ans Ruder gelangt war, wurden weder politische noch gewerkschaftliche Versammlungen gestattet. Im Herbste des Jahres 1924 wurde in Sofia die Abhaltung einer Versammlung der Bureauangestellten erlaubt; das benützte aber die Polizei als Lockmittel, um die Anhänger des Klassenkampfes herauszufinden. Alle auf der Versammlung Erschienenen wurden ver-

haftet und registriert. Nach einigen Tagen wandte sich die Polizei an die betreffenden Handelsfirmen und Banken mit der offiziellen Forderung, jene Bureauangestellten, die die Versammlung besucht hatten, zu entlassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in der Provinz auch eine oder zwei solcher Versammlungen stattgefunden haben. Jede bei der Polizei vorher unangemeldete Arbeiterversammlung, mögen auch die belanglosesten Fragen daselbst behandelt worden sein, wurde von den Behörden als „konspirativ" bezeichnet und die Teilnehmer als „Verschwörer" verfolgt. Freilich betrafen diese Beschränkungen nicht die sozialdemokratische Partei, da sie doch die Regierung unterstützte. — In letzterer Zeit begannen auch die Sozialdemokraten des öftern sich über die Willkür der Behörden zu beklagen. Sie erklärten seinerzeit öffentlich, daß sie sich freiwillig von der Feier des 1. Mai lossagten. Die Maifeier wurde von ihnen jedoch in einem neuen, für allgemeinen Zugang gesperrten Lokal abgehalten. In einem Saale, in Sofia, in dem 30 bis 40 Mann, mit den ehemaligen Ministern und jetzigen Parlamentsmitgliedern an der Spitze, sich versammelt hatten, brach plötzlich eine von der Regierung entsandte Bande ein, riß die roten Schleifbändchen der Anwesenden herunter, verprügelte viele von ihnen und trieb die ganze Versammlung auseinander. Um den Ruf der „demokratischen" Regierung nicht zu beeinträchtigen, brachten die wackeren Sozialdemokraten nicht einmal den Mut auf, sich in ihrem Memorandum an die zweite Internationale auf diese Schandtat zu berufen.

In vergangenen Zeiten — noch vor dem letzten Umsturz — führte die organisierte Arbeiterschaft Bulgariens viele Streiks durch, die oft mit einem Siege der Streikenden endeten. Unter dem Regime der „demokratischen" Regierung haben Streiks in Bulgarien fast gänzlich aufgehört. Erstens, weil die Arbeitergewerkschaften und sonstigen Arbeitervereine aufgelöst sind; zweitens, weil jede Streikbewegung gewaltsam durch das Militär, das zuweilen auch Maschinengewehre in Tätigkeit brachte, unterdrückt wird. (Varna, Chaskowo, Gorna-Orechowiza, Rustschuk, Plowdiw.) Die Arbeiter streiken nicht mehr und die Folge davon ist, daß alle früheren Eroberungen verloren gegangen, die Arbeitergesetze mit den Füßen getreten, die Arbeitslöhne bis ins Unglaubliche verringert sind und die Gewaltherrschaft der Arbeitgeber grenzenlos ist. Die Arbeitgeber entlassen ganz willkürlich die klassenbewußten Arbeiter und oft fordert die Polizei die Entlassung jener Arbeiter, die sie des Kommunismus verdächtigt. Die sozialdemokratische Partei, deren 33 Parlamentsabgeordnete auf Grund einer Koalition mit der Regierungspartei gewählt worden waren, erhob nicht nur nie Einspruch gegen die Verfolgung und die Willkür, die die Mehrheit der Arbeiterschaft und der Staatsangestellten erdulden mußten, sondern hetzte die Regierung noch mehr auf. Sie achtete nur darauf, daß unter den Verfolgten sich nicht einer ihrer ganz wenigen Anhänger befinde.

Nach dem Septemberaufstande veranstaltete die seither illegale Kommunistische Partei eine Geldsammlung zwecks Unterstützung der Angehörigen der gefallenen und eingekerkerten Arbeiter und Bauern. Hilfsbereit eilte auch die Organisation der „Roten Hilfe" aus der U. S. S. R, aus England, Frankreich, Deutschland und andern Ländern herbei. Allein die Regierung verfolgte diese Hilfsaktion als eine „konspirative" und beschlagnahmte sämtliche Gelder, die ihr zufällig in die Hände geraten waren. Sie verbot sogar dem berühmten bulgarischen Schriftsteller Anton Straschimiroff, eine Unterstützungsaktion zu organisieren. Es wurden auch 500 Dollar, die die J. R. H. zu gleichen Zwecken geschickt hatte, bei Todor Dmitroff-Michailoff konfisziert. Die Regierung behauptete, daß das Geld zur Organisierung und Vorbereitung von Aufständen geschickt worden war und beschlagnahmte dasselbe. Dmitroff wurde nach unmenschlichen Folterqualen im Kerker der Geheimpolizei erdrosselt.

* * *

Vor nicht allzu langer Zeit hatte Bulgarien sogar gute Gesetze und eine gute Prozeßordnung aufzuweisen und die Gerichtsbarkeit war nicht einmal sehr schlecht. Gewöhnlich wagte nur ein reaktionäres Regierungskabinett, kurz vor seinem Fall, die Preßfreiheit zu schmälern und einigen politischen Druck auf das Gericht auszuüben. Aber zu jener Zeit hatte der Klassenkampf noch nicht so scharfe Formen angenommen und die Bourgeoisie sah die Notwendigkeit nicht ein, die Justiz in so unerhörtem Maße als Mittel zum Kampf gegen die Werktätigen anzuwenden.

Der Krieg eröffnete der bürgerlichen Gerichtsbarkeit ein neues Feld. Gleich bei Eintritt Bulgariens in den Weltkrieg erließ die Regierung eine Reihe drakonischer Gesetze und Prozeßverordnungen. Während des ganzen Krieges zeichneten sich die Kriegsgerichte sowohl an der Front, als auch im Hinterlande, durch ihre rücksichtslose Grausamkeit aus.

Nach Beendigung des Krieges wurde der reaktionäre Ansturm auf die Loyalität der Gerichtsbarkeit nur noch verstärkt. Es klingt geradezu nach Ironie, daß die Bauernregierung, die ihrem Programm sogar die Forderung der Wählbarkeit der Richter hatte, einen entschiedenen Schritt in entgegengesetzter Richtung vollführte. Sie schuf unter dem Vorwande des Kampfes mit dem Banditentum, in politischen Prozessen ein überaus beengendes Verfahren, schaffte die Schöffengerichte ab, verfügte die Aufhebung der zweiten Instanz bei Strafprozessen, dekretierte Beschränkung für die Geschworenen-Justiz usw. Nach erfolgtem Umsturz erklärte die Zankoffregierung, daß sie die „verfassungswidrigen Gesetze" aufheben und die von der Stambuliski-Regierung verletzten „Rechte und Freiheiten" wiederherstellen werde. Unter dem Vorwande der „Wiederherstellung der Verfassung" hob die Regierung tatsächlich jene Gesetze Stambuliskis auf, die direkt oder indirekt das Eigentumsrecht beschränkten. Hingegen wurden seine reaktionären Gesetze und Prozeßverordnungen nicht nur nicht aufgehoben, sondern noch mehr ausgebaut und vertieft. In diesen Gesetzen fand die Konterrevolution ein vorzügliches Kampfmittel gegen die „Störer der innern Ruhe und die unwilligen Arbeiter und Bauern." Der Stein, den Stambuliski ins Rollen gebracht hatte, fiel in erster Linie auf die Bauern. So wurden denn auf Grund außerordentlicher Gesetze Tausende von Bauern als Banditen vor die Gerichte gezerrt und zu den schwersten Strafen verurteilt, ohne Hinzuziehung von Schöffen und ohne die mindeste Verteidigungsmöglichkeit der Angeklagten.

Unaufhaltsam ging die Bourgeoisie den eingeschlagenen Weg weiter. Geleitet vom erbittertsten Klassenhaß, verwandelte sie das Gericht gegen ihre Feinde, soweit sie dieselben nicht ohne jegliches Gerichtsverfahren beseitigte, in eine widerliche Justizkomödie, die nur den Zweck hatte, der grausamen Willkür den Volksmassen gegenüber eine legale Form zu verleihen.

So wurde das Verteidigungsrecht der Arbeiter und Bauern vor Gericht aufgehoben. Die bulgarischen Advokaten, größtenteils Führer bürgerlicher Parteien, übernahmen wohl die Verteidigung der gemeinsten Verbrecher. Sie betrachteten sich in dieser Rolle als Hüter der Gerechtigkeit. (!) Unlängst sogar traten einige angesehene Regierungsmänner, die von Beruf Advokaten sind, als Verteidiger im Prozeß gegen eine Bankierbande auf, die durch ihre verbrecherischen Machenschaften die Valutenpolitik der Regierung zu Schanden machte und sowohl den Staat als auch das Volk auf unerhörte Weise schädigten. In diesem Falle wurde die Tätigkeit der Advokaten als „Recht und Gesetzlichkeit fördernd" betrachtet. Als jedoch nach den Ereignissen vom 9. Juni Tausende ehrlicher Bauern und Arbeiter sich deshalb vor Gericht verantworten mußten, weil sie es gewagt hatten, sich gegen den weißgardistischen Umsturz aufzulehnen und gegen das neue reaktionäre Regime Protest

zu erheben, da fanden sich die „Rechtshelfer" aus dem bürgerlichen Lager und der sozialdemokratischen Partei zusammen und beschlossen: „Die Aufrührer und Rädelsführer" nicht zu verteidigen. — Hätten sie sich nur auf die Ausführung dieses Beschlusses beschränkt, dann wäre dadurch ihre ohnehin zur Genüge bekannte Feindseligkeit den Interessen der Werktätigen gegenüber erneut zum Ausdruck gekommen. Die kommunistische Partei hatte dafür gesorgt, daß die Angeklagten in politischen Prozessen nicht ohne Verteidiger blieben, sie hatte zu diesem Zwecke die ihr nahestehenden und angehörenden Advokaten mobilisiert. Der Zynismus der „Pioniere der Demokratie" beginnt aber gerade erst an dieser Stelle: Gestützt auf das Wohlwollen der Regierung arbeiteten sie darauf hin, mit Hilfe von Drohungen, Zwangsmaßregeln und gesetzwidrigen Handlungen die zur Verteidigung bereiten Advokaten einzuschüchtern und zu verjagen, und dadurch die Angeklagten ohne Rechtsschutz den reaktionären Richtern auszuliefern.

Mit welchen gemeinen Mitteln die regierungstreuen Advokaten ihren Beschluß durchführten, zeigt folgender Fall:

Für den 23. Juli 1923 war in Plevna die Verhandlung gegen 95 Arbeiter, die zusammen mit dem Kommunisten Sonkoff des Aufruhrs beschuldigt wurden, angesetzt. Der Staatsanwalt beantragte für 5 Angeklagte die Todesstrafe und für die übrigen lebenslängliche, bezw. jahrelange Kerkerhaft. Zwei Tage vor der Verhandlung langten in Plevna auf Anordnung des Z. K. der K. P. B. 8 Advokaten an. Sie wurden sogleich „gewarnt, da das Volk ob ihrer Dreistigkeit empört ist" und daß es möglicherweise seinem Zorn gegen sie freien Lauf lassen wird. Die Advokaten erstatteten sofort dem Staatsanwalt als auch dem Gerichtspräsidenten die Meldung von dieser „Warnung". Ersterer entgegnete darauf, daß er nicht imstande sei, sie vor den Wutausbrüchen unverantwortlicher Elemente zu schützen, letzterer versicherte, daß er im Gerichtssaale alle Maßregeln ergreifen werde, damit niemand die Advokaten beunruhigen könne. — Aber trotz dieser Versicherungen stellte sich am nächsten Tage prompt „das aufgebrachte Volk" ein und zwar in der Person einer Delegation der Advokaten, die nicht mehr und nicht weniger forderte, als daß die Rechtsanwälte sich von der Verteidigung der Angeklagten lossagen, widrigenfalls man sie als Mitschuldige betrachten werde. Natürlich fügten sich die also Bedrohten diesem Vorschlag nicht. Das Resultat war, daß sich später ein Trupp von Polizisten und Militärs einstellte, der sie mit Gewalt aus dem Verhandlungssaale und in einen Eisenbahnzug schleppte und sie dann aus unbekannten Gründen auf der Station Mesdra aussetzte. Dort sperrte man sie 32 Stunden lang in einen Speicher. Sodann transportierte man sie nach Sofia, wo man sie endlich wieder auf freien Fuß setzte. Auf dieselbe Art behinderte man drei weitere Advokaten, die aus Vrazza hergekommen waren, um ihre Pflicht als Verteidiger zu erfüllen.

Aus diesem Anlasse richteten die Advokaten an den Gerichtsvorsitzenden folgendes Telegramm:

„Am Sonnabend den 23. Juni erschienen wir persönlich bei Ihnen zwecks Legalisierung unserer Tätigkeit als Verteidiger in dem Prozeß der 95 Aufständischen, deren Verhandlung für den 25. ds. M. anberaumt war. Am Abend desselben Tages benachrichtigten wir telegraphisch den Minister, ebenso meldeten wir auch Ihnen persönlich die geplante gewaltsame Vereitelung unserer Teilnahme an dem Prozeß. Trotz unserer Meldung und unseres Protestes wurden wir abends 10 Uhr desselben Tages — um unser Auftreten vor Gericht unmöglich zu machen — ungesetzlicher Weise in dem Augenblick verhaftet, als wir berieten, welche Rolle ein jeder von uns in der Verteidigung übernehmen sollte. Man schaffte uns bis nach der Eisenbahnstation Mesdra, wo wir 32 Stunden lang in einem Speicher festgehalten wurden. Gestern abend wurden wir unter starker Bewachung nach Sofia transportiert, wo wir auf Verfügung des Innenministers freigelassen wurden.

Wir erklären, daß wir trotzdem von der Verteidigung nicht zurücktreten und vor Gericht erscheinen werden. Wir ersuchen auf Grund der §§ 328 und 329 der Strafprozeßordnung die Verhandlung auf einen anderen Termin zu verlegen und uns die Möglichkeit zu geben, unsere Pflicht als Verteidiger zu erfüllen.

Die Advokaten: B. Ch. Sotiroff, Naiden, Nikoloff, Dr. Linden, Djukmedschieff, Naiden Kiroff, Jordan Radschenoff, Zatscho Siaroff, Stoion Staieff und M. Nakoff."

Das Gericht beachtete aber das Gesuch der Advokaten nicht und der Prozeß fand in ihrer Abwesenheit statt. Andernfalls wäre der Zweck ja auch nicht erreicht worden. Der Staatsanwalt erklärte, daß man den Prozeß nicht aufschieben könne, da „die Advokaten durch ihre Handlungen sich kompromittiert hätten" und vor Gericht nicht erscheinen dürfen. Außerdem hätten sich Leute gefunden, die auch von ihnen Rechenschaft forderten.

Einige Tage darauf erschienen die Advokaten neuerdings zur Verhandlung und trotz allen Drohungen verharrten sie bis zur letzten Minute auf ihren Posten. Für dieses Mal beschränkte die Polizei sich auf eine Warnung an die Hotelbesitzer, den Advokaten keine Zimmer zu vermieten.

Höchst interessant ist noch die Tatsache, daß an der Spitze dieser Verfolgungsaktion der sozialdemokratische Rechtsanwalt Markoff stand, der den Advokaten drohte, daß sie noch lange an ihre Reise nach Plevna denken würden.

Die sozialdemokratische Zeitung „Epocha" versuchte die Angelegenheit dadurch zu entstellen und zu vertuschen, daß sie schrieb, die Advokaten wären im Interesse ihrer persönlichen Sicherheit verhaftet worden, um sie vor der „Wut des Volkes" zu retten, das sie lynchen wollte.

Unter solch ungünstigen Verhältnissen endigte dieser Prozeß. Es ist deshalb kein Wunder, daß die Angeklagten gemäß dem Antrage des Staatsanwaltes verurteilt wurden.

Einige Tage nach dem Prozeß warfen „unbekannte Personen" Bomben in die Wohnungen der Advokaten Chlebaroff, Dr. Dumanoff und Kantardschieff. Diese Advokaten hatten nämlich die Verteidigung der Angeklagten, des Aufstandes beschuldigten Bauern aus dem Plevnaer Kreise, übernommen. Gleichzeitig erhielten sie folgende schriftliche Warnung zugeschickt: „Ueberlegen Sie sich noch einmal, ob Sie die Verteidigung tatsächlich übernehmen wollen, es dürfte Ihnen sonst übel ergehen."

Aus diesem Anlasse schrieben die Rechtsanwälte — die keine Mitglieder der K. P. B. waren — in der Zeitung „Saschtschita" (Notwehr):

„Zu unserem Bedauern wird von kompetenter Stelle die unerhörte Lüge verbreitet, daß der Rechtshelfer (der Advokat) an den Straftaten des von ihm verteidigten Angeklagten moralischen Anteil hat. In den entschwundenen Zeiten der Inquisition wandten die Feinde des Advokatenstandes gegen letztere nicht solche unwürdige, ja geradezu barbarische Mittel an, wie es heutzutage bei uns der Fall ist. Dieses geschieht aber nicht etwa von den „unwissenden und verhetzten" Anhängern des Bauern-Bundes, sondern diese schändliche Kampagne wird geführt von den Vertretern des Advokatenstandes in eigener Person ...."

Im Januar 1925 fand in Lom ein anderer Prozeß gegen ungefähr 40 Bauern und Arbeiter statt, die sämtliche wegen „illegaler Tätigkeit" angeklagt waren. Als Verteidiger der Angeklagten ließen sich die Rechtsanwälte Diukmedschieff, Meforach Antanassoff und Kontscheff registrieren. Bevor sie ihre Heimatstadt verließen, wurden sie von „unbekannten Personen" überfallen und in barbarischer Weise ver-

prügelt. Antanassoff wurde dabei bewußtlos. Von seiten der Regierung wurden selbstverständlich keinerlei Maßregeln zur Ergreifung und Verurteilung der Schuldigen getroffen. Die Regierungspresse verbreitete die niederträchtige Behauptung, wonach der Ueberfall auf die Rechtsanwälte von „unzufriedenen, extremen Kommunisten" verübt wurde.

Fast zu gleicher Zeit fand der Prozeß des kommunistischen Abgeordneten Dr. Maximoff statt. Ihn verteidigte der radikale Dr. Patieff. Der Angeklagte mußte freigesprochen werden. In der darauffolgenden Nacht explodierte eine Bombe in der Wohnung des Advokaten und vor dem Haustore wurde ein Zettel mit folgender Aufschrift aufgefunden: „Tod dem Verräter Dr. Patieff!" Vergebens war die Entrüstung der Zeitung „Radikal". Die Regierung unternahm nichts, um den Verfasser dieser Drohschrift zu ermitteln und setzte ihre terroristische Politik gegenüber den Mitgliedern der Kommunistischen Partei systematisch fort. Anfangs März 1925 begann ein Monstreprozeß gegen Kommunisten. Für einige Angeklagte beantragte der Staatsanwalt die Todesstrafe. Die Verteidigung war von den Rechtsanwälten Todor Straschimiroff und Iwanoff übernommen worden. Straschimiroff wurde jedoch am 17. Februar, als er eben Vorbereitungen zur Abreise traf, in Sofia ermordet. Der andere Verteidiger erhielt eine anonyme Warnung und am 10. März wurde in seine Wohnung eine Bombe geworfen, die glücklicherweise kein Menschenleben schädigte. Um nun den Rechtsanwalt vor dem sicheren Tode zu retten, mit dem ihm Regierungsagenten gedroht hatten, befreiten ihn die Angeklagten aus eigenem Antriebe von seiner Pflicht als Verteidiger. So waren denn die Angeklagten ohne jegliche Verteidigung geblieben. Diese Tatsache hielt das Gericht aber nicht davon ab, einen Angeklagten zum Tode und die anderen zu jahrelanger Kerkerhaft zu verurteilen.

Ende April wurden in Ruschtschuk die Rechtsanwälte Alexander Atanassoff und Naiden Kiroff erschlagen. Sie gehörten früher der Kommunistischen Partei an, gaben jedoch, als die Partei für aufgelöst erklärt wurde, jede Parteitätigkeit auf und erwiesen der Sache lediglich damit große Dienste, daß sie in vielen Prozessen die Verteidigung der Arbeiter und Bauern in unerschrockener Weise führten. Dieses „schwere Verbrechen" konnte die Zankoff-Regierung nicht ungestraft lassen. Während der Bartholomäusnächte des April 1925 fielen sie mit anderen Freunden von Henkershand. Wie zum Hohn schrieb die sozialdemokratische Zeitung „Narod" (das Volk) aus Anlaß der Ermordung dieser beiden Rechtsanwälte, daß die „russischen Kommunisten" sich gegenseitig umbrächten.

So teuer muß man also die Erfüllung der einfachsten moralischen Pflicht als Verteidiger von Angeklagten im Bulgarenlande der Professoren und Generäle bezahlen!

VIII.

Die Ermordung von Abgeordneten

Die folgenden Zeilen sind der Ermordung der Abgeordneten Petko D. Petkoff, Mitglied des Bauernbundes, Dimo Ch. Dimoff, Straschimiroff und Charlampiu Stojanoff gewidmet. Diese vier Abgeordneten wurden in Sofia am hellichten Tage ermordet. — Als die Mordtaten bekannt wurden, wußte jedermann in Sofia, wer die eigentlichen Mörder waren.

Als erstes Opfer fiel Petko Petkoff. Ins Parlament wurde er von seinen Wählern auf Grund einer gemeinsamen Wahlliste mit dem im Sofioter Gefängnis internierten Sekretär der Kommunistischen Partei Bulgariens, Christo Kabaktschieff entsandt. Seiner ursprünglichen politischen Ueberzeugung nach war er ein kleinbürgerlicher Demokrat; allein ein gesunder Menschenverstand und eine gute Beobachtungsgabe ließen ihn die wahren Ursachen der Juni-Niederlage bald erkennen und daraus die einzig richtigen Schlußfolgerungen ziehen. Er war ein überzeugter Anhänger des gemeinsamen Kampfes der Arbeiter und Bauern. In mutigen Worten geißelte er rücksichtslos das Zankoffsche-Mordregime. Das verschaffte ihm alsbald eine bedeutende Popularität, nicht allein unter den Bauern, sondern auch unter den Arbeitern. Durch seinen ehemaligen verantwortlichen politischen Posten im Stambuliski-Kabinett hatte er Verbindung mit ausländischen Diplomaten. Diese Verbindung machten seine persönliche Rolle nur noch bedeutender. So wurde er dann der Führer der parlamentarischen Fraktion des Bauern-Bundes. Damit war aber auch sein Geschick besiegelt . . . Zu wiederholten Malen wurde er im Parlament unzweideutig mit dem Tode bedroht; wiederholt wurden Mordüberfälle an ihm verübt. Schließlich vollstreckte die Militärliga, die eigentliche Regierung Bulgariens, ihr seit langer Zeit gefälltes Urteil: am 14. Juni, dem Jahrestage der Ermordung Stambuliskis, wurde der unerschrockene Bauernführer durch einen Schuß in den Rücken, unweit des königlichen Palais meuchlings ermordet. Gewöhnlich stand an der Stelle, wo der Mord geschah, ein Polizeiposten, jedoch an diesem Tage war er zufälligerweise (?) nicht zur Stelle. Der Mörder entkam glücklich, und wäre er wahrscheinlich auch später nicht verhaftet worden, hätte nicht das ausländische Diplomatenkorps, namentlich der französische Minister Piquot, ein persönlicher Freund des Ermordeten, darauf bestanden. Am nächsten Tage wurde ein gewisser Karkalascheff, ein Agent der politischen Geheimpolizei, den man des Mordes bezichtigte, verhaftet. Jedermann in Bulgarien weiß aber, daß der Mord von der Regierung angestiftet wurde und mit der Urteilsvollstreckung der Oberleutnant Radeff betraut war.

Folgende, die Tat ins rechte Licht stellende Aussagen, machte die Mutter des Ermordeten, Jekatherina Risowa, vor dem Gericht:

„Seit dem 9. Juni begannen die Verfolgungen, Haussuchungen und Verhaftungen meines Sohnes. Selten konnte er sich in der Oeffentlichkeit zeigen, weshalb er sich in Geheimquartieren aufhielt. Als sein Kind an erlittenen Brandwunden gestorben war, wagte er sich wieder in die Oeffentlichkeit und versteckte

sich nicht mehr bis zu der Zeit der Wahlen. Während derselben hätte man ihn wahrscheinlich erschlagen, wenn für ihn nicht der französische Bevollmächtigte, Minister Piquot, eingetreten wäre.

„Seit er Abgeordneter geworden war, bedrohte man ihn unaufhörlich, daß man ihn ermorden würde.

„Aus Anlaß dieser Drohungen, die angeblich aus mazedonischen Kreisen herrührten, verschaffte ich mir ein Zusammentreffen mit Todor Alexandroff durch seinen Sekretär Parlitscheff. Letzterer beteuerte mir, daß gegen meinen Sohn absolut nichts vorliege. Alle Freunde und viele Bekannte warnten uns, daß die Militärliga seine Ermordung beschlossen hatte und drängten darauf, daß Petkoff sich ins Ausland begebe. A. Liabtscheff bestand unbedingt darauf, daß man Petkoff überrede, Bulgarien zu verlassen, da allenthalben im Stillen davon gesprochen wird, daß man seine Ermordung beabsichtige. Einige Tage hierauf begegnete Liabtscheff persönlich meinen Sohn Petkoff und beriet ihn entschieden zur Abreise, wobei er gleichzeitig versprach, für mich und ihn bei Russeff Auslandspässe zu besorgen. Nach einigen Tagen erklärte Liabtscheff mir jedoch, daß die Ausgabe von Pässen an uns nicht bewilligt worden wäre.

„Nun versuchte man ihn unter Mithilfe der Mazedonier, verschiedener Ausländer und Liabtscheffs über die Grenze zu schaffen. Doch alle Bemühungen waren vergebens.

„Mein Sohn weigerte sich, Bulgarien zu verlassen. Er erklärte mir: „Heute beschuldigt man mich des Hochverrats und morgen, wenn ich im Auslande weile, werden sie mich desselben Verbrechens bezichtigen. Ich ziehe es daher vor, in Bulgarien zu bleiben."

„Dieser Unglückselige," sagte die Mutter, auf den angeblichen Mörder, auf Karkalascheff weisend, „ist an dem Morde unbeteiligt, das erkläre ich auf Grund dessen, was mir über diese Angelegenheit bekannt geworden ist. Er befand sich wirklich damals auf dem Mordplatze und schoß auch drei Schüsse in die Luft, aber nur, um die Tat des wirklichen Mörders zu maskieren. Fragen sie kleine Kinder und sie werden ihnen antworten, daß mein Sohn von der Regierung, nicht aber von der Hand dieses Unglückseligen umgebracht wurde.

„Seine Mörder sind, meiner Ueberzeugung nach, die Minister Zankoff, Russeff, Wolkoff und Stontscheff. Eine Durchsicht der stenographischen Protokolle der Parlamentssitzungen beweist, daß sie ihn insgesamt einen Verräter nannten und ihm drohten, ihn „zu Stambuliski zu befördern". Ferner, daß der Abgeordnete Stalijski ihm, zwei Tage vor der Ermordung, im überfüllten Sitzungssaale zurief: „Höre, junger Mann, das hat dich zugrunde gerichtet!" — er wußte also, daß die Ermordung eine bereits beschlossene Sache war."

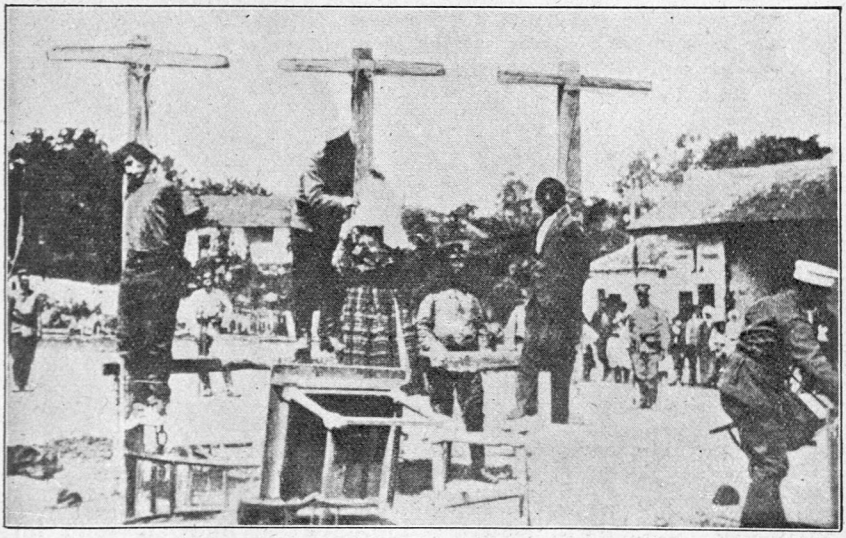
Vorsitzender: „Hatte sich ihr Sohn nie beklagt, daß man ihn brieflich oder mündlich mit der Ermordung bedrohte?"

„Er erhielt einen Brief von der Offiziersliga, welcher später auch veröffentlicht wurde, der die Drohung erhielt, daß man ihn erschlagen werde, wenn er seinen Kampf nicht einstelle."

Vorsitzender: „Hat ihnen vielleicht irgend ein Offizier gesagt, daß man ihren Sohn töten wird?"

„Mir persönlich sagte kein Mensch etwas davon, aber eines Tages besuchte ein mit meinem Sohne befreundeter Offizier, der der Militärliga angehörte, die Frau meines Sohnes und teilte ihr mit, daß man beschlossen habe, ihren Mann spätestens im September zu töten und daß er eigens gekommen sei, um ihn zur Abreise aus Bulgarien zu bewegen."

Drei ermordete Führer nach den Juni- und September-Aufständen 1923. Der Kommunist Angel Popow, der Bauer Pentscho Dworjanow und der Geistliche Andrej Ignatow.



Nach dem Aufstand: es wird gehenkt.... In der Mitte erwürgt der Militärhenker eine Bauernfrau.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Bulgariens, zur Zeit des Septemberaufstandes 1923, teils ermordet, teils im Zuchthaus, teils geflüchtet.
Erste Reihe: D. N. Blagoew, A. Iwanow, T. Petrow.
Zweite Reihe: N. Penjew, Genossin T. Kirkowa, G. Dimitrow.
Dritte Reihe: T. Likanow, W. Kolarow, Chr. Kabaktschiew.

„Können Sie seinen Namen nicht angeben?"

„Nein, das werde ich nicht. Er war ein guter Freund meines Sohnes und ich will nicht, daß man ihm Böses zufüge. Denn ich bin überzeugt, daß er die Warnung, würde sein Name bekannt, mit dem Leben bezahlen müßte.

„Wir versuchten immer wieder, ihn zur Abreise zu bewegen. Er entgegnete uns aber, daß er niemanden ein Leid zugefügt, nicht gestohlen und nicht gemordet habe, weshalb denn auch kein Grund zu seiner Flucht vorläge.

Nachdem wir uns überzeugt hatten, daß unsere Bemühungen vergeblich waren, lud ich Liabtscheff zu einer Unterredung ein. Ich teilte ihm den Beschluß der Offiziersliga mit, den acht Offiziere unter Wolkoffs Vorsitz gefaßt hatten, ebenso den des Konvents unter Vorsitz Russeffs, an dem sich Major Porkoff und Oberleutnant Radeff beteiligten, und bat ihn, mit Radeff zu sprechen und ihn zu bewegen, meinen Sohn nicht zu töten. Heutzutage weiß jeder, daß dieser Radeff der Mörder meines Sohnes und Gennadieffs ist.

„Liabtscheff erwiderte, daß diese Leute gemeine und gewissenlose Individuen seien, die er persönlich nicht kenne und auf die man schwerlich im Guten zu wirken vermag und daß er deshalb im Ministerium nichts unternehmen werde. Er versprach, sein Möglichstes zu tun, glaubte aber selbst an keinen Erfolg."

Weitere Aussagen der Mutter.

„Ungefähr einen Monat vor der Ermordung traf mein Sohn mit Professor Stojanoff zusammen. Nach einiger Zeit begegneten sie einen Offizier, der meinem Sohn erklärte, daß er erschlagen werden wird, da er ein Verräter sei. Petkoff teilte dies dem Professor Stojanoff mit und dieser erzählte es mir dann wieder.

Am Wahltage wurde mein Sohn verhaftet. Später wurden alle Verhafteten, bis auf meinen Sohn, wieder befreit.

Ein Polizist, dessen Namen ich nicht mitteilen kann, berichtete mir, daß er das Gespräch einer Gruppe belauscht hatte, die um 8 Uhr Petko nach seiner Befreiung auf der Straße erwarten und töten wollte. Ich konnte mich an keinen andern Menschen wenden, als an den achtbaren Vertreter Frankreichs, den Minister Piquot. Ich bat ihn, für die Sicherheit meines Sohnes etwas zu unternehmen. Sogleich wandte sich Piquot an Herrn Zankoff und bat um die Befreiung Petkoffs, ebenso um die Anordnung von Maßregeln zur Erhaltung des Lebens meines Sohnes, widrigenfalls er ihn selbst befreien wolle.

Solche Verhaftungen wiederholten sich in der nächsten Zeit sehr oft. Man verhaftete meinen Sohn und steckte ihn in schmutzige Gefängnislöcher, erniedrigte und beleidigte ihn. Oft sogar schickte man mir die Nahrungsmittel zurück, die ich ihm gebracht hatte, ohne daß man sie ihm überreicht hätte. Mir kommt es nicht darauf an, zu wissen, wer der physische Mörder meines Sohnes ist, Hauptsache ist, wer den Mord inszeniert hat und da kann ich mit ruhigem Gewissen sagen, daß die Ermordung meines Sohnes von der Regierung bewerkstelligt wurde."

Trotz der kategorischen Erklärungen der Mutter des Ermordeten unternahmen die Gerichtsbehörden keinen Schritt gegen die von ihr als des Mordes beschuldigten Personen. Die von ihr angeklagten Minister unternahmen auch nichts, um sie wegen Verleumdung vor Gericht zur Verantwortung zu ziehen, trotzdem die Frau es ausdrücklich forderte. Man versuchte nur, sie aus Bulgarien auszuweisen. Allein dank ihrer Verbindungen mit ausländischen Diplomaten blieben diese Versuche erfolglos. Diese Enthüllungen und Blosstellungen hatten absolut keinen Einfluß auf das bulgarische „demokratische" Parlament und nach wie vor sprach es seiner Regierung das Vertrauen aus, obwohl Regierungsmitglieder sich der Organisierung

gemeiner Meuchelmorde schuldig gemacht hatten. Ja, daß sogar die bürgerlich-oppositionellen Parteien, darunter die sozial-demokratische Partei, nicht nur den bloßgestellten Mördern den Rücken nicht kehrten, sondern Hand in Hand mit diesen Mördern weiter an der blutigen Unterdrückung des werktätigen bulgarischen Volkes mitwirkten.

Am 13. September 1924 fiel der verräterischen Kugel eines Meuchelmörders der kommunistische Abgeordnete Dimo Ch. Dimoff, der Ersatzmann des ermordeten Petkoff, zum Opfer. Eine bescheidene, aber bedeutende Persönlichkeit. Nicht einmal volle drei Monate vertrat er die kommunistisch gesinnten Arbeitermassen im weißgardistischen bulgarischen Parlament und schon schuf er sich durch seine unerschrockenes Auftreten ein unsterbliches Andenken. Er war einer der wenigen Abgeordneten, die den Mut aufbrachten, offen für die Sache des Kommunismus aufzutreten und der faszistischen Regierung die Beschuldigung unzähliger Verbrechen ins Gesicht zu schleudern. Seine klaren, einfachen Reden erregten stets ein Wutgeheul der bis auf äußerste betroffenen parlamentarischen Mehrheit. Mehrerer Male schleppte man ihn gewaltsam von der Rednertribüne. So oft er das Wort ergriff, wurde er von der Sitzung wegen „Beleidigung" der den Regierungsparteien angehörigen Abgeordneten ausgeschlossen. Sein mutiges Auftreten wurde ihm zum Verhängnis. Seine Ermordung wurde tatsächlich von der mazedonischen Partei (J. M. R. O.) ausgeführt. Wer jedoch die Beziehungen zwischen der Zankoff-Regierung und dieser Partei kennt, der wird sich nicht darob verwundern, daß der Mörder des Genossen Dimoff aus den Reihen der mazedonischen Pseudorevolutionäre hervorgegangen ist. Genosse Dimoff widmete sein ganzes Leben der revolutionären Bewegung Mazedoniens und war einer der tatkräftigsten, überzeugtesten und unerschrockensten Mitglieder derselben. In deren Reihen war ihm jedermann ergeben.

Da der Mörder davon überzeugt war, daß ihm wegen seiner Tat nichts Unangenehmes widerfahren werde, stellte er sich selbst der Gerichtsbehörde. Wußte er doch, daß seine Gönner und Hintermänner ihn nicht im Stiche lassen werden, zumal unter den herrschenden Verhältnissen das Leben eines Kommunisten weniger wertvoll als das eines Hundes war.

Sodann fielen zwei andere kommunistische Abgeordnete dieser rasenden Mordbestie zum Opfer: die Genossen Straschimiroff und Stojanoff.

Ersterer wurde am 17. Februar, letzterer im März 1925 ermordet.

Genosse Straschimiroff wurde um 6 Uhr abends in der belebtesten Straße durch einen Schuß in den Rücken von der Hand eines Meuchelmörders niedergemacht. Die erregte Volksmenge schickte sich an, den Mörder zu ergreifen. Jedoch durch Einmischung der Polizei wurde dies vereitelt. Der Mörder entkam und bis auf den heutigen Tag haben die Behörden nichts getan, um seiner habhaft zu werden.

Stojanoff wurde, nachdem er gerade das Parlamentsgebäude verlassen hatte und vor dem Militärklub eine Zeitung kaufen wollte, durch einen Kopfschuß getötet. Diesmal wurde der Mörder von der Menge festgehalten. Aber bis zu dieser Stunde haben die Behörden nichts getan, um den Verhafteten wegen Mord zu verurteilen.

Stojanoff stand an leitender Stelle der Transportarbeitergewerkschaft. Im Parlament trat er mutig auf und bekannte sich offen zur kommunistischen Partei, selbst nachdem sie als „außerhalb des Gesetzes stehend" erklärt wurde und alle ihre leitenden Persönlichkeiten mit dem Tode bedroht waren.

Später kam noch der Genosse Straschimiroff hinzu. Die beiden Kämpfer legten unerschütterlichen Mut und selbstlose Hingabe für die Befreiung des schaffenden Volkes an den Tag. Sie waren gleichsam Geiseln in den Händen jener weißgardistischen Clique, die jedesmal ein wahres Gebrüll anstimmten, wenn die

beiden unerſchrockenen Volksvertreter ihre Taten bloßgeſtellt, und ihnen öffentlich das nahe Ende ihrer Herrſchaft verkündeten.

Bezeichnend iſt folgender Vorfall: Petkoffs Mutter erklärte vor Gericht, daß das Parlament ihrem Sohne gegenüber die elementarſte Pflicht nicht erfüllt hätte, indem ſie ſein Andenken nicht durch Aufſtehen ehrten, wie es ſonſt aus Anlaß des Todes eines jeden Abgeordneten Brauch iſt. Dieſes „Verſehen" enthüllt, wie es mit der Gewiſſensreinheit der Abgeordneten der Regierungsparteien beſtellt iſt.

Anläßlich der Ermordung der Genoſſen Straſchimiroff und Stojanoff ſagten ſie dieſen Abgeordneten, deren Tod ſie ſelbſt mit verſchuldet hatten, ein „Gott verzeih ihnen!" nach. — Ein unerhörter Zynismus!

Bezüglich der Ermordung von Petkoff und Dimo Dimoff wurde eine Interpellation im Parlament eingebracht. Nach Straſchimiroff und Stojanoffs Ermordung verlangte aber keiner mehr Rechenſchaft von der Regierung: die einzigen, die es hätten tun können lebten nun ſelbſt nicht mehr. Einem Abgeordneten entſchlüpfte der Ausſpruch: „Es iſt etwas faul im Staate Bulgarien". Aber dieſe Worte verhallten ungehört in dem Wonnegeheul der zur Beſtie gewordenen Regierungsclique und verloren ſich endgültig in dem Sumpf der kriecheriſch-feigen bürgerlichen Oppoſition.

IX.

Mit Feuer und Schwert

Professor Zankoff prahlte zu wiederholten Malen vor der ganzen Welt, ob seiner außergewöhnlichen „Großmut". Drei Amnestien hatte er bereits diesem undankbaren Volke Bulgariens geschenkt und noch immer gebärdet es sich rebellisch.

Wahr ist, daß das weißgardistische Parlament drei Amnestiegesetze durchführte. Allein, ein reaktionäres Parlament schafft reaktionäre Gesetze. Erstens erhielten volle und uneingeschränkte Amnestie alle Amts- und Zivilpersonen, die während der Juni- und September-Ereignisse das bulgarische Volk henkten, niederschossen und in der Donau ertränkten. Für die gemeinsten und grausamsten Verbrechen wurde in diesem Falle keine Ausnahme gemacht, ja, die Amnestie wurde sogar solchen Auswürfen der Menschheit erteilt, die vor ihrem eigenen verlierten Gewissen nicht einmal Stand halten konnten und späterhin, unter dem Eindruck der von ihnen verübten Gewalttaten, irrsinnig wurden. Zweitens wurde die Amnestie jenen durch das Gericht verurteilten Ministern zuteil, die Bulgariens Kriegsunglück verschuldet hatten und deren Ueberlieferung dem Strafgericht durch eine Abstimmung, die das Resultat von 760,000 gegen 250,000 Stimmen hatte, gefordert wurde. Die dritte Amnestie galt den Teilnehmern der Juni- und September-Unruhen. Aber diese Amnestie war so professorenmäßig ausgeklügelt, daß das Gros der bulgarischen Emigranten mit Recht ein tükisches Lockmittel für sich darin erblickte und deshalb die meisten von ihnen nicht nach Bulgarien zurückkehrten. Jene hingegen, die an Zankoffs Großmut glaubten, mußten gewöhnlich ihre Leichtgläubigkeit teuer bezahlen. Denn diese Amnestie hatte lediglich den Zweck, den breiten Massen etwas vorzugaukeln. Das erhellt allein schon die Tatsache, daß bereits nach der Amnestie Tausende von Aufwieglern in mehr als 100 Prozessen zu schweren Strafen verurteilt wurden. Noch heute sind sämtliche Kerker Bulgariens überfüllt mit politischen Gefangenen, die schon vor der Amnestie inhaftiert wurden.

Professor Zankoff war freilich überaus großmütig. Das hinderte ihn aber nicht, ab und zu im Parlament und auf öffentlichen Versammlungen zu erklären: „Wir werden weiter Blut vergießen und weiter sengen und brennen." Ja, die Großmut der Regierung kann am sichersten wohl noch dadurch bewiesen werden, daß sie drei drakonische, außerordentliche Gesetze erließ: Die Gesetze zum Schutze der Staatsordnung. Mit diesem Gesetz erreichte die Gerichtsbarkeit Bulgariens den Gipfel der Grausamkeit: es wurden mit Todesstrafe belegt diejenigen Frauen und Mütter, die nahe Verwandte den Behörden nicht ausliefern, sobald sie wegen konspirativer Tätigkeit angeklagt sind.

So stellte denn Zankoff das Morden und Brennen nicht ein. Die unbeschreiblichen Greueltaten der Regierung hatte dann das Attentat in der Kathedrale zur Folge. Seit dem Umsturz vom 9. Juni 1923 begann in Bulgarien eine furchtbare Schreckensherrschaft. Es verging seither kein Tag, an dem die „Hüter" des „Rechts und Gesetzes" nicht eine Bluttat vollbrachten.

Im Folgenden seien einige Tatsachen angeführt, die ein klares Bild von dem Professoren-Regime geben:

1. Laut Berichten der bürgerlich-reaktionären Zeitung „Unabhängigkeit" traten an einem Morgen des Februar im Jahre 1924 zwei unbekannte Personen in ein Haus der Dorostollstraße in Sofia. Die übereifrige Polizei schöpfte hieraus den Verdacht, daß dort eine „illegale Versammlung" stattfinde und traf Vorkehrungen, die „Verschwörer" zu verhaften. Sofort wurde auch die Militärbehörde von dem Vorgehen verständigt. Einen Vorschlag zur Uebergabe beantworteten die Verschwörer mit Schüssen. Die Polizisten wurden dabei verwundet. Sogleich wurden neue, schärfere Maßregeln ergriffen. Eine Feuerwehrabteilung erschien auf dem Platze. Die gesamte Wohnungseinrichtung dieses Hauses wurde auf die Straße geschleppt und das Haus in Brand gesteckt. Der Eigentümer des Hauses war ein Anhänger des Bauernbundes. Er und seine Frau erklärten nach ihrer Verhaftung, daß sie keine Ahnung von einer Versammlung, die in ihrem Hause stattfinden sollte, hatten. In dem Momente, da diese Zeilen niedergeschrieben werden, steht das Haus in Flammen und sind Vorkehrungen getroffen, daß Unschuldige nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Man vermutet, daß in dem Hause sich der bekannte Anarchist Schaitanoff aufhält. Aus dem Hause hört man Schüsse und das Singen von revolutionären Liedern.

Einige Regierungsagenten fielen im Kampfe. Die Anarchisten versuchten das Haus zu verlassen, aber die Polizei verhinderte sie daran und sie mußten sich wieder in den Keller zurückziehen. Das Haus wurde nun mit Geschützen und Maschinengewehren beschossen. Auch zahlreiche Bomben wurden geworfen. Die Feuerwehrabteilung des Kriegsarsenals wurde gleichfalls aufgeboten.

Um 11 50 Minuten stand das Haus bereits vollständig in Flammen und um diese Zeit wurde das Schießen beiderseits eingestellt.

Unter den Trümmern des eingestürzten Hauses fand man drei vollständig verkohlte Leichen. Keiner der verfolgten Anarchisten konnte entfliehen.

Die Russeff-Polizei ist also stets auf der Hut. Auf Grund einer bloßen Vermutung, daß in einem bestimmten Hause eine Versammlung „staatsgefährlicher Leute" stattfinde, ergreifen sie entschiedene Maßregeln: Setzen die ganze Sofioter Garnison in Bewegung, umzingeln ein ganzes Stadtviertel, holen Maschinengewehre und Feuerwehr-Abteilungen herbei und bereiten sich zu einer regelrechten Schlacht vor. Zum Schlusse wird das Haus vollständig eingeäschert. — Gerüchte besagen, daß der Minister Russeff die Attacke persönlich geleitet habe.

Zwei Gäste betreten ein Haus: vielleicht sind es Anarchisten, aber auf keinen Fall liegt eine Beschuldigung gegen sie vor. Und das bringt die hitzköpfigen Machtshabergen von Sofia in eine solche don-quichotische Kampfesstimmung, daß sie das Leben einiger Unschuldiger, das Haus eines völlig schuldlosen Bürgers vernichten.

Aber die Aera der Professoren hat noch so manche „Heldentaten" aufzuweisen. So wurde am 18. Januar 1925 in einem ähnlichen Falle sogar Artillerie aufgeboten.

2. Am 15. August 1924 wurde in Samokoff, um 12 Uhr mittags, der ehemalige Bürgermeister Daschin ermordet. Es war dies der einzige Führer der Arbeiterbewegung dieser Stadt, der nach der Massenermordung von Arbeiterführern im Herbste 1923 am Leben geblieben war. Die Polizei erschien nicht auf dem Tatorte, trotzdem der Kampf zwischen dem Schwerverwundeten und seinen hinterlistigen Mördern längere Zeit dauerte. Zufällig des Weges kommende Passanten bemerkten einen der Mörder, der fliehen wollte und hielten ihn fest. Wie sich herausstellte, war dies ein den Einwohnern dieser Stadt unbekannter

Mensch. Es ward also zur Verübung dieser Untat ein besoldeter Mörder aus einer anderen Ortschaft gestellt. Es ging darum, die letzte leitende Persönlichkeit der Arbeiterbewegung von Samakoff zu beseitigen. Genosse Daschin hatte seit 15 Jahren die Leitung der Stadt in seinen Händen gehabt. Später wurde es allgemein bekannt, wer diesen Mord organisiert hat, da der Mörder einige Tage nach seiner Festnahme aus dem Polizeigefängnis, wo er in „Haft" gehalten wurde, entsprungen ist. Allem Anscheine nach verhalf ihm dieselbe Gesellschaft, die den Mord organisierte, auch zur „Flucht aus dem Gefängnis".

Ueber diesen Mord schrieb die bürgerliche Zeitung „Znamia" (das Banner) am 22. August 1924 folgendes:

„Wir behaupten, daß dieser Mord das Resultat einer systematischen Hetze ist. Die moralische Verantwortung dieser Tat fällt auf die Regierung. Diese Behauptung wird umso klarer, wenn man in die Enthüllungen der Zeitung „Otjow" (Echo) Einblick nimmt. Daschin wußte nämlich schon vorher, daß man ihn ermorden wollte und er bat deshalb um die Erlaubnis, nach der Hauptstadt übersiedeln zu dürfen. Seine Bitte wurde aber abgeschlagen. Die Verantwortung der Regierung für diese Tat wird aber noch einleuchtender durch den Umstand, daß der Mörder aus seinem Gefängnis glücklich entkam. Dieser unerhörte Polizeiskandal berechtigt zu dem Verdachte, daß die Polizei dem Mörder zur Flucht verholfen hat."

An einer anderen Stelle lesen wir in derselben Zeitung:

„In den letzten Tagen fiel diesem unheimlichen Rachegeist der Samokoffer Kommunist Daschin zum Opfer. Verantwortlich für seine Ermordung, ebenso wie für die Petroffs, ist nicht nur der faktische Mörder. Vor allem fällt die Verantwortung auf das im Lande herrschende Regime, dank dessen der Haß in den breitesten Schichten des Volkes und der Intelligenz direkt gezüchtet wird."

3. Das Zankoffregime kann am besten durch folgende, wenn auch nicht vollständige Chronik polizeilicher „Heldentaten" illustriert werden, die in der Zeit vom 1. Januar bis zum 30. März 1925 verübt wurden:

Die Einwohner des Dorfes Graditz (Bezirk Sliwan) bemerkten am 2. Januar morgens, daß sie umzingelt wurden. Die ganze Garnison der Stadt Sliwan belagerte das Dorf und gestattete niemanden sich auf der Straße zu zeigen. Ueberall wurden Haussuchungen vorgenommen: Man suchte Kommunisten, unangemeldete Personen, Waffen und illegale Literatur. Obwohl nichts vorgefunden wurde, verhaftete man 60 Bauern, die in der Nacht furchtbar verprügelt wurden. Zwei verhaftete Bauern, Stara Stantscheff und Daniel Dimitroff, wurden in der Nähe des Dorfes „bei einem Fluchtversuche" erschossen.

Zwei Tage später ereilte dasselbe Geschick auch die Stadt Sliwan. Die Einwohner dieser fast nur von Proletariern bewohnten Stadt wurden schon zum dritten Mal das Opfer unerhörter Grausamkeiten seitens der Polizei. Militär und Polizei umringten ein Haus, in dem angeblich staatsgefährliche Personen sich aufhielten, und man begann auf die Fenster zu schießen. Zwei von den verfolgten Personen, die in diesem Hause sich befanden, wehrten sich, indem sie die Schüsse erwiderten. Das Haus wurde darauf von der Feuerwehr in Brand gesteckt. Einer der Bewohner flüchtete sich in das Nachbarhaus. Die Feuerwehr zündete auch dieses Haus an und das Militär beschoß das Haus solange die Gegenschüsse andauerten. Beide illegale Personen wurden schließlich hervorgeholt. Einer von ihnen war fast vollständig verkohlt und der Leichnam wies zahlreiche Schußwunden auf, der andere war schwerverwundet. Er wurde sogleich durch

einen Kopfschuß getötet. In Verbindung mit dieser Attacke wurden 30 Arbeiter verhaftet, barbarisch mißhandelt und sodann ins Gefängnis abgeführt.

Fast zu derselben Zeit wurde in der Umgebung von Sofia der Leichnam eines 18-jährigen Mädchens aufgefunden. An einer Schnur, die um den Hals gelegt war, hing ein Zettel mit folgender Aufschrift: „Vaterlandsverräterin, wer an ihr vorbeikommt, spucke sie an."

Am 11. Januar wurden im Dorfe Debar (Bezirk Borisoffgrad) folgende Personen verhaftet: Theodor Karaslowoff, Angel Atanas Gerwasoff, Stoitscho Karamanoff, Jurdan Geniff und Nikola Christosoff; alle wurden mit einem Stricke zusammengebunden und nach Sofia transportiert, ohne daß die Angehörigen den Grund der Verhaftung erfuhren.

Die gesamte Bevölkerung der Bezirke Chaskoff und Borisofgrad wurden als Beteiligte an Partisanengruppen beschuldigt. Sämtliche Hirtenhütten und Schafhürden dieser Bezirke wurden zusammen mit den Futtervorräten für das Vieh niedergebrannt. Beide Bezirke wurden mit Polizeispitzeln und Militärs überflutet, die die Dörfer weit mehr verwüsteten, als es der Feind getan hatte. Die Bauern waren unter anderem verpflichtet, ihnen alltäglich eine bestimmte Anzahl Hühner, Eier, eine gewisse Menge Butter, Käse und dergleichen zu liefern. Die Bauern mußten außerdem unter dem Kommando der Polizei Nachtdienst im Dorfe leisten. Die ganze ländliche Umgebung war in ein Kriegslager verwandelt, in dem die Militärs die Herren und Gebieter waren. Viele Bauern wurden auf Grund von verleumderischen Anzeigen verhaftet und bei „Fluchtversuchen" erschossen.

Am 18. Januar wollte die Polizei in Sofia zwei Anarchisten in Haft nehmen. Die Anarchisten entkamen und verschanzten sich in einem Hause. Dasselbe wurde von Polizei umzingelt und in Brand gesteckt; gleichzeitig wurde es von Soldaten beschossen. Später zog man unter den Trümmern des niedergebrannten Hauses die verkohlten Leichname beider Anarchisten hervor. Dies ist schon der zweite Fall, daß die Sofioter Polizei Häuser in Flammen setzt, in denen sich Revolutionäre versteckt hielten.

Am 19. Januar wurden in Wrazza 10 Mitglieder der aufgelösten Kommunistischen Partei verhaftet.

Am 20. Januar wurde im Dorfe Florosch (Bezirk Dubniza) ein Bauer „bei einem Fluchtversuch" erschossen.

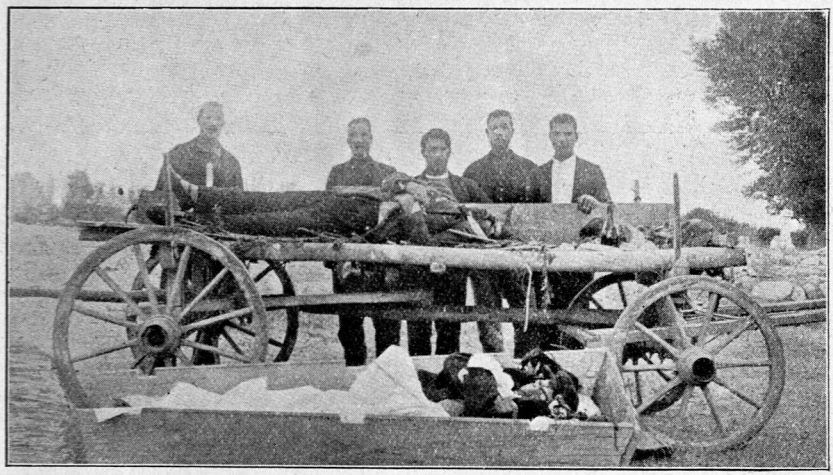
Am 21. Januar drang die Polizei in die Hochschule von Sestieff ein und verhaftete dort acht Hörer, die der Zugehörigkeit zu einer Geheimorganisation beschuldigt wurden.

Am 22. Januar wurde in der Umgebung von Pirdon der Leichnam eines Jünglings aufgefunden, an dessen Brust ein Zettel mit der Aufschrift „Vaterlandsverräter" befestigt war.

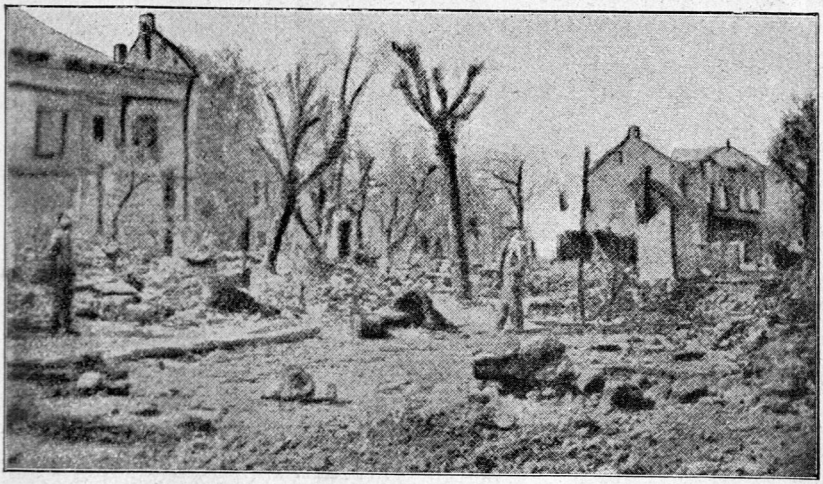
Am 23. Januar töteten Polizeiagenten in Sofia den Tischler Teodoroff. Am gleichen Tage wurden drei Arbeiter verhaftet. Nach furchtbaren Martern überführte man sie in das Gefängnishospital.

Am 24. Januar wurde der Schriftsteller Georg Mileff verhaftet und im Gefängnis interniert. Es wurde ihm zur Last gelegt, in einem Gedichte den Dezemberaufstand verherrlicht und die Grausamkeit der Regierung gegeißelt zu haben.

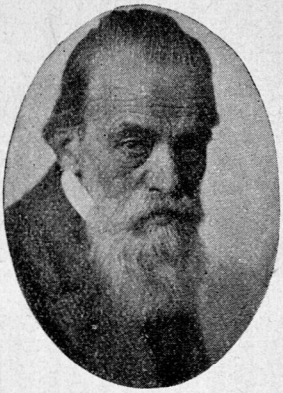
An demselben Tage wurden in den Straßen von Belogradschik meh-



Der ermordete Sohn Petko des Pfarrers Athanas aus Kritschin, mit einem anderen Ermordeten.



Ein vom Militär gänzlich zerstörtes Dorf nach dem Aufstand.



Das bulgarische Parlament

Die Immunität der bulgarischen kommunistischen Abgeordneten unter dem Zankowregime: Oben Genosse Dimo Ch. Dimow, Genosse Chadschi Sotirow, Genosse Todor Straschimirow, Abgeordnete, ermordet. Unten Genosse Petko Petkow, Genosse Charlampi Stoianow, Abgeordnete, ermordet.

rere Schüsse gewechselt: Einige Menschen fielen dem Schießen zum Opfer. Die politische Geheimpolizei wollte nämlich einige „illegale Personen" verhaften.

Am 25. Januar töteten Agenten der politischen Geheimpolizei auf offener Straße in Philippopel den Arbeiter W. Arnautoff.

Am selben Tage wurden in Slievengrad zwei Arbeiter aufgefunden, die man auf offener Straße an Bäumen erhängt hatte.

Am gleichen Tage wurden in Varna der ehemalige Vizebürgermeister Kaltscheff (Kommunist) und das Stadtratsmitglied Mitoff verhaftet, in Ketten gelegt und nach Sofia abtransportiert.

Zu derselben Zeit verhaftete man in Dovetsch ein kommunistisches Stadtratsmitglied und zwei Mitglieder des Landwirtschaftlichen Bundes.

Weiter wurde am 25. Januar im Dorfe Belo-Konar ein 60-jähriger Greis, namens Pawel Nikoloff, verhaftet. Man mißhandelte ihn so sehr, daß er nach wenigen Stunden im Polizeigefängnis starb.

Am 27. Januar wurden ein Rechtsanwalt und 2 Arbeiter, namens Deotscheff und Dschekoff verhaftet. Man überführte sie nach Sofia, ohne ihnen oder ihren Angehörigen den Grund der Verhaftung mitzuteilen.

Am gleichen Tage wurden im Dorfe Masloff (einem Vorort von Sofia) 7 Bauern eingezogen und nach Sofia befördert. Man legte ihnen Verbindung mit bulgarischen Emigranten zur Last, die sich in Jugoslavien aufhielten.

Als Verteidiger im Prozesse gegen die Teilnehmer des September-Aufstandes erschienen in Lom die Rechtsanwälte Dr. Dukmedschieff, Dr. Meforach, Dr. Atanassoff und Dr. Koltscheff. Sie wurden von Faschisten, die durch Polizei verstärkt waren, überfallen und furchtbar verprügelt. Protesttelegramme an den Innen- und Justiz-Minister blieben unbeantwortet.

Gleichzeitig wurde ein Attentat auf den Verteidiger des kommunistischen Parlamentsabgeordneten Dr. Maximoff verübt. In sein Haus wurde eine Bombe geschleudert, die einen beträchtlichen Sachschaden verursachte, aber glücklicherweise keine Menschenopfer forderte. Am Eingangstor des Hauses fand man einen Zettel mit der Aufschrift: „Tod dem Verräter Dr. Patieff."

Am 28. Januar wurden in Kirnobat im Schulgebäude 6 Mittelschüler verhaftet und 5 Tage lang im Gefängnis festgehalten. Während dieser Zeit wurden sie den schrecklichsten Foltern unterworfen, um ihnen die Aussage zu erpressen, wer der Führer einer angeblichen Geheimorganisation der Kommunistischen Jugend sei.

Am 3. Februar umzingelte die Polizei das Dorf Divdedovo (Bezirk Schumen), man suchte nach Waffen. Allein Waffen wurden nur in den Häusern gefunden, in denen Regierungsanhänger wohnhaft waren. Des ungeachtet wurden 5 Bauern, ehemalige Mitglieder der kommunistischen Partei, verhaftet.

An demselben Tage wurde in der Stadt Ruß ein Anarchist von einem Polizei-Offizier auf offener Straße niedergeschlagen.

Am 11. Februar wurde in Sofia der Lehrer Iwanoff — Kommunist, Mitglied des Stadtrates — verhaftet. Bis um die Mitternachtsstunde folterte man ihn und erdrosselte ihn sodann. Seinen Leichnam führte man in einem Auto fort und warf ihn in einer Seitengasse ab. Hände und Füße waren zusammengebunden und der Körper vollständig mit Wunden bedeckt.

Am 14. Februar wurde in Chaskoff auf offener Straße das kommunistische Gemeinderatsmitglied Sacharieff von Agenten der politischen Geheimpolizei erschlagen.

Am 17. Februar erschoß man im Zentrum der Stadt Sofia, auf einer der verkehrsreichsten Straßen, den kommunistischen Parlamentsabgeordneten Straschimiroff. Die Polizei traf keine Maßregeln, um den Mörder zu verhaften. Im Gegenteil, sie verhinderte, daß Passanten ihn festhielten.

Am 19. Februar wurde die Frau des Architekten Gitscheff verhaftet und im Polizeigefängnis getötet. Einer polizeilichen Meldung nach soll sie sich selbst erhängt haben. Es ist aber sicher, daß sie entweder von Polizisten erhängt wurde, oder aber, daß sie die schrecklichen Folterqualen nicht mehr ertragen konnte und es vorzog, selbst Hand an sich zu legen. Auf jeden Fall trägt die Regierung die Schuld an dem Tode dieser unschuldigen Frau. Sie wurde lediglich deswegen verhaftet, weil sie verdächtigt war, einem „Illegalen" Obdach gewährt zu haben.

Am 20. Februar fanden in Sofia und Schumen Massenverhaftungen statt, unter dem Vorwande, daß man Geheimorganisationen und Tscheka-Gruppen auf die Spur gekommen wäre.

Am 23. Februar wurde in Philippopel der Volksschullehrer Daskalow (Kommunist) von Faschisten erschlagen.

Am 26. Februar fanden in Ferdinand Massenverhaftungen statt. Unter den Verhafteten befanden sich viele Gymnasiasten, die verdächtigt wurden, Mitglieder von Geheimorganisationen zu sein.

Am 27. Februar wurde die Stadt Chaskoff von Polizei und Militär belagert. Man nahm Haussuchungen vor: suchte nach Waffen und illegalen Personen. Viele wurden verhaftet und ins Gefängnis überführt. Unter den Verhafteten befand sich auch der Rechtsanwalt Keriakoff.

In einem Kaffeehaus der Stadt Harmanly wurde am 28. Februar der Kommunist Skrischofsky von Faschisten ermordet.

Am gleichen Tage wurde in Swilegrad das kommunistische Stadtratsmitglied Strinoffsky, ein alter revolutionärer Kämpfer, ermordet.

Am 2. März wurde unweit des Dorfes Winarovo der Leichnam des Schneiders Georgi Peieff aus Stara-Sagora aufgefunden. Er war kurz zuvor verhaftet worden.

Am 6. März wurde von Söldlingen der Regierung der kommunistische Abgeordnete Th. Stojanoff meuchlings ermordet. Die Tat geschah auf einer der belebtesten Straßen Sofias.

In Varna begann am 10. März ein Monstreprozeß gegen Kommunisten. Faschisten warfen Handgranaten in die Wohnungen zweier Verteidiger. Menschen wurden bei diesem Attentat nicht verwundet. Nach diesem Vorfalle beschlossen die Kommunisten, ihre Verteidiger der Pflicht zu entbinden, um sie nicht weiteren Ueberfällen auszuliefern.

Am 12. März nahm man in Berkowitza 40 und in Ferdinand 20 Verhaftungen vor; unter den Verhafteten befanden sich 12 Frauen.

Am 16. März wurde in Philippopel ein Attentat auf den Bruder des Bauernbündlers Dr. Atanassoff verübt.

Am 18. März ermordete man in Berkowitza den Gymnasialschüler Tscherneff.

Am 20. März fanden Massenverhaftungen statt in: Schumen — 300 Personen, Stara-Sagora — 150 Personen, Ruß — 60 Personen, Selvilieff — 50 Personen, Philippopel — 40 Personen, Plewna — 12 Gymnasialschüler, Sofia — 30 Personen, Samokoff — 60 Personen, Varna — 40 Personen usw.

In Elen wurde am 22. März ein Mitglied der Kommunistischen Partei ermordet.

Am 23. März erschlug man in Samokoff den Chrastieff.

Am gleichen Tag wurde in Sofia, während eines Zusammenstoßes mit der Polizei, der ehemalige Lehrer Dorosieff getötet.

Am 27. März töteten Polizeiagenten in Sofia den Studenten A. Simeonoff.

Am 28. März fielen im Kampfe mit der Polizei Gauganoff und Piskowa

Am 29. März wurden in Sofia zwei Kommunisten erschossen und viele Verhaftungen vorgenommen.

Am 30. März erreichten die Verhaftungen in ganz Bulgarien einen geradezu katastrophalen Umfang.

4. Im folgenden bringen wir ein typisches Dokument des Zankoff-Regimes. Es ist dies der Befehl der Militärbehörde, der in allen Städten und Siedlungen des Reiches im Jahre 1924 aus Anlaß der Ermordung des Bauernabgeordneten Petkoff stattgefundenen Demonstration, veröffentlicht wurde. Er lautet:

„Die Militärbehörde gibt hiermit der Bevölkerung bekannt, daß Infanterie- und Kavallerie-Patrouillen, ebenso größere Militärabteilungen, die den Auftrag haben, selbständig oder in Fühlung mit den Zivilbehörden zu operieren, sowohl bei der Festnahme und Verfolgungen von Banditen, als auch im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, ferner auch zwecks Unterdrückung des Aufstandes den Befehl erhalten haben, gegen alle Personen, die auf offenen Plätzen oder in geschlossenen Lokalen sich versammeln . . ., ohne vorherige Warnung von der Waffe Gebrauch zu machen. Ebenso werden die Militärabteilungen gegen alle Aufwiegler und Aufstandsteilnehmer, sogleich nach ihrer Ankunft auf dem Tatorte, ohne vorherige Warnung oder Ermahnung handeln.

Obiger Befehl gilt hiermit als verlautbart und werden keine weiteren Warnungen erlassen, sintemalen das Militär gegen jedermann sogleich von der Waffe Gebrauch machen wird."

Bemerkenswert ist, daß dieser haarsträubende Befehl, der das bulgarische Volk gleich einem wilden Negerstamme auf heimatlichen Boden terrorisierte, zu einer Zeit erlassen wurde, da der Kriegszustand über Bulgarien noch nicht verhängt war und die Freunde und Verehrer Zankoffs die Nachricht von der bulgarischen Demokratie in der ganzen Welt ausposaunten.

„Beim Lesen dieses Dokumentes," schrieb Vandervelde anläßlich seines Besuches in Bulgarien im vorigen Jahre, „das jede vorherige Warnung im Friedenszustande als aufgehoben erklärt, erinnert man sich sogleich an ein ähnliches Zirkular, das deutsche Generäle im okkupierten Belgien erließen."

5. In der ausländischen Presse wurde folgender Geheimbefehl des bulgarischen Kriegsministeriums veröffentlicht:

„Alle Garnisonen und Militärabteilungen müssen sogleich mit den örtlichen Organisationsleitern der Regierungspartei in Fühlung treten, zwecks Organisierung des Kampfes gegen den Bauernbund und die Kommunistische Partei. Es müssen gegen sie die strengsten Maßregeln ergriffen werden, und ist namentlich die Intelligenz, wie auch die begabten und eifrigen Anhänger radikaler Anschauungen zu vernichten. Man sollte schon rechtzeitig ein Verzeichnis dieser Leute zusammenstellen, damit man im gegebenen Augenblick alle Rädelsführer, ganz gleich, ob schuldig oder unschuldig, beseitigen kann.

Sollten irgendwo Unruhen ausbrechen, so sind alle verhafteten Verschwörer und ihre Mithelfer rücksichtslos zu erschießen. Genau so muß mit ihren Angehörigen verfahren werden. Ihre Häuser sollen in Brand gesteckt und vernichtet werden.

Wenn sich in einem Hause aufständische oder illegale Personen aufhalten, so ist dasselbe in Brand zu legen und zu zerstören, wobei aber darauf zu achten ist, daß die Regierungstruppen keine Opfer zu tragen haben. Die Militärabteilungen sollen mit Feuerwehrspritzen ausgerüstet sein, um die Häuser leichter mit Petroleum übergießen zu können.

Vorzubereiten sind Wegtafeln mit folgenden Aufschriften: General . . . . rückt auf Sofia zu (oder einem anderen strategischen Punkte) mit (Anzahl) Infanterie, Kavallerie und Artillerie. — Von (Ort) rückt der (Name) gegen (Ort) vor, usw."

Diese Tafeln haben den Zweck, den Geist der Regierungstruppen zu heben, andererseits die feindlichen Kräfte zu demoralisieren. Die gefangenen Aufständischen müssen vor den Augen ihrer Gesinnungsgenossen auf öffentlichen Plätzen hingerichtet werden.

In besonderen Fällen müssen die zu lösenden Fragen zusammen mit den Offizieren beraten werden.

Den Garnisonskommandanten steht das Recht zu, nach eigenem Ermessen den Belagerungszustand zu verhängen und regierungstreue Männer zu mobilisieren. — Jeder gefangene Gegner ist innerhalb 24 Stunden zu erschießen. Für Gehorsamsverweigerung unterliegen Offiziere und Mannschaften der Todesstrafe. Derselben Strafe verfällt, wer dieses Dokument, in Auszügen oder vollständig, veröffentlicht oder Gegnern mitteilt."

Dieser Befehl offenbart einen unerhörten Zynismus und es war natürlich angezeigt, zu beteuern, daß er überhaupt nicht erlassen wurde. Aber was dann in den Monaten April und Mai folgte, löste alle Zweifel an der Echtheit dieses Befehls. Die offiziellen Behörden, namentlich die sogenannten „außer Verantwortung stehenden Faktoren" befolgten buchstäblich diesen Befehl. Auf Grund sorgfältig, umfangreich aufgestellter Listen wurden alle revolutionären Führer — „gleichviel ob schuldig oder unschuldig" — ermordet. „Die verhafteten Verschwörer, ihre Mithelfer und die ihnen Zuflucht Gewährenden" wurden rücksichtslos niedergemacht. Genau so wurde auch mit ihren Angehörigen verfahren. Ihre Wohnhäuser wurden zerstört.

So sieht das demokratische Recht und Gesetz in Bulgarien aus!

X.

Zankoffs Söldner

1. Mazedonische Pseudorevolutionäre.

Die Führer der sogenannten „Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation" (I. M. R. O.), der verstorbene Theodor Alexandroff und General Protogeroff, verleugneten entschieden stets ihre Teilnahme an dem grauenhaften Blutvergießen, das in Zankoff-Bulgarien gang und gäbe war und ist.

Da aber die das Gegenteil beweisenden Tatsachen so zahlreich waren, daß diese Pseudo-Revolutionäre sie nicht mehr hinwegleugnen konnten, versuchten sie nun durch einige Manipulationen die Verantwortung von sich und ihrer Organisation abzuwälzen. So brachten sie denn die Theorie in Umlauf, wonach ihre Partei nur für diejenigen Handlungen ihrer Mitglieder verantwortlich wäre, die letztere in Mazedonien verübten; hingegen wäre es denselben in Bulgarien — als bulgarischen Staatsbürgern — anheimgestellt, nach Gutdünken zu handeln, ohne von der Partei eine diesbezügliche Erlaubnis einholen zu müssen und ohne vor ihr dafür verantwortlich zu sein. In bezug auf eine Organisation wie die I. M. R. O., deren Wirksamkeit in den letzten Jahren leider nicht weniger auf bulgarischem Boden, denn in Mazedonien selbst sich entfaltet hat, klingt eine solche Behauptung wenigstens absurd. Die Zankoff-Kamarilla ihrerseits leugnet auch, daß die Mazedonier ein willfähriges Werkzeug für ihr blutiges Gewerbe abgegeben haben. Die Juni- und September-„Heldentaten" will sie als ihre eigene heilige Sache betrachtet wissen, die sie ohne Hilfe anderweitiger Körperschaften, Parteien oder Personen durchgeführt hat. Zuweilen aber geschieht es, daß die Machthaber sich selbst verraten. Sobald sie nämlich in die Enge getrieben werden, wälzen sie die Verantwortung auf die das Prestige der die Regierung schmälernden „unverantwortlichen Faktoren". Und natürlich gilt die I. M. R. O. als einer dieser unverantwortlichen Faktoren.

Heute aber steht es schon unleugbar fest, daß die Führer der mazedonischen Organisation an allen Geheimaktionen der bulgarischen Wucherer- und Schieberbourgeoisie, die gegen die werktätigen Massen gerichtet waren, teilgenommen haben und ihnen dabei die schändlichste Rolle überantwortet wurde, nämlich die des Henkers. Das unterdrückte mazedonische Volk hatte während der schweren, langjährigen Knechtschaft vielfach die Sympathie und Hilfe des bulgarischen Volkes erfahren. In den steinigen und felsigen Gefilden Mazedoniens brachte das bulgarische Volk Hunderttausende seiner besten Söhne für die Freiheit des mazedonischen Volkes zum Opfer. Ueber die Hoffnungen der Mazedonier, über das vergossene Blut bulgarischer Arbeiter und Bauern hohnlachte grausam die heimtückische, hinterlistige bulgarische Bourgeoisie. Für ihre einzig in der Geschichte dastehenden Greueltaten ward sie den bulgarischen Volksmassen ebenso verhaßt als den mazedonischen. Das hinderte aber die Führer der I. M. R. O. nicht daran, eine mazedonische revolutionäre Organisation in den Dienst dieser Bourgeoisie zu stellen, um ihr in dem Kampf gegen das bulgarische Volk aktiv Hilfe zu leisten. So schufen sie dann

einen bluttriefenden Abgrund zwischen beiden nachbarlichen und verwandten Völkerschaften und wurden gleichzeitig zu Verrätern an dem Befreiungswerke Mazedoniens. Gebrochenen Herzens schrieb diesbezüglich der alte Führer der mazedonischen Bewegung, Wlachoff, in der Zeitung „Federation Balcanique", Nr. 7 und 8 vom 15. November 1924, unter anderm folgendes:

„Nach der Auffassung aller ehrlichen Bürger Bulgariens; nach der Auffassung der bulgarischen Bauern und Arbeiter sind die Begriffe „mazedonischer Funktionär aus dem Nationalkomitee" und „mazedonischer Revolutionär aus der J. M. R. O." identisch mit „Blutsauger und Mörder". Das geht freilich die Parteigänger Mileffs und Protogeroffs nichts an... Sie betrachten sich eben als bulgarische Patrioten und nützen die mazedonische Bewegung für ihre Dienste aus, die sie der bulgarisch-faschistischen Reaktion erweisen."

Der ehemalige langjährige Führer und Mitglied des Zentralkomitees der J. M. R. O., Tschauleff, pflegte stets mit Ekel und Verachtung der „Räuber und Mörder" von Sofia, Petritsch, Gorna-Dschumai, zu gedenken, die dann schließlich auch ihn ermordeten. In einer Nummer der Zeitung „Federation Balcanique" äußerte er folgende Meinung über die J. M. R. O.:

„Diese Organisation wird eines — vielleicht nicht allzu fernen — Tages für die an Hunderten mazedonischer und Tausenden bulgarischer Bauern und Kommunisten verübten Mordtaten sich zu verantworten haben."

Betreffs der Teilnahme mazedonischer Führer an den Geheimaktionen der bulgarischen Bourgeoisie teilt Dr. F. Atanasoff, Mitglied des Z.-K. der Mazedonischen Föderalistischen Partei, folgendes mit:

„Noch in den Jahren 1919—1920 veranstalteten Todor Alexandroff und Protogeroff aus eigenem Antriebe und ohne vorher ihren Kameraden Petro Tschauleff benachrichtigt zu haben, ferner im Widerspruch zum Statut der von ihm geleiteten Organisation, eine Reihe von Sitzungen in der Wohnung des gegenwärtigen Justiz-Ministers Bulgariens, Paschko Madscharoff. An diesen Sitzungen waren Professor N. Mileff und einige höhere Offizier-Mitglieder der Militärliga zugegen, die alle insgesamt die Verpflichtung vor dem bürgerlichen Block auf sich nahmen, demselben bei der Niederringung der Bauernregierung weitgehende Mithilfe zu erweisen. Fast gleichzeitig wurde dem Auftrage desselben bürgerlichen Blockes gemäß, eine Reihe von Attentaten auf leitende Persönlichkeiten des Bauernbundes verübt." (Siehe „Federation Balcanique" Nr. 7/8.)

Ohne die Unterstützung der mazedonischen Führer hätte sich die Bourgeoisie Bulgariens schwerlich zu einem Entscheidungskampfe gegen die Stambulisky-Regierung entschlossen. Sie rechnete hauptsächlich auf die gut bewaffnete mazedonische Organisation. Unter dem Deckmantel der mazedonischen Freiheitsbewegung vollführte letztere, um den Mut der Bourgeoisie anzufeuern, zwei bewaffnete Aktionen; sie besetzten in regelrechter Kampfordnung die Städte Newrokop und Küstendil. Ueber dieses Ereignis schreibt Dr. F. Attanasoff im selben Aufsatz:

„In der unbedingten Absicht, den Umsturz vom 9. Juni ins Werk zu setzen, hatten die Führer der J. M. R. O. in fieberhafter Eile den ganzen Petritscher Kreis auf die Beine gemacht. Zu diesem Zwecke wurde der Ueberfall auf Newrokop und Küstendil vollzogen. Zu diesem Zwecke verteilten sie Waffen fast an die gesamte Bevölkerung dieser Gegend. Wer weiß es nicht, was diese saubern Gesellen während des Umsturzes und während der September-Ereignisse vollführt haben? Sie wüteten, sengten und mordeten. Philippopel, Saramben,

Gornaia-Dschumaia u. a. werden für alle Zeiten dieser Schandtaten eingedenk sein, die unter dem Deckmantel der mazedonischen Freiheitsbewegung verübt worden sind."

Daß die Mazedonier nicht nur am Umsturze teilgenommen haben, sondern auch an der Gründung der neuen Regierungspartei, des „Demokratischen Bundes", Professor Zankoff an der Spitze, beweist folgender, eigenhändig geschriebener Brief von Todor Alexandroff:

I. M. R. O.
„Tod oder Freiheit"
Nr. 500
24. Juli 1923.

Vertraulich.
An das Zentralbureau der
Demokratischen Partei, Sofia.

Bewegt von dem Gefühle einer angenehmen Pflicht, erlaube ich mir, im Namen meiner Kameraden, wie auch in meinem eigenen Namen, Sie aus Anlaß der Gründung des „Demokratischen Bundes", einer zu bedeutender Rolle im gesellschaftlichen Leben berufenen Organisation, zu beglückwünschen.

Gestatten Sie mir, gleichzeitig unserer gemeinsamen Freude Ausdruck zu verleihen, aus Anlaß des bedeutenden innern und äußern Erfolges, der durch diese ausgezeichnete Kombination, die trotz qualvollster Hindernisse zustande kam, unter bescheidener Mithilfe der I. M. R. O. erreicht worden ist.

Gestützt auf diese bedeutende Kraft, wie auch auf die Unterstützung und Mitwirkung der nunmehr gesäuberten Nationalliberalen und der dem Vaterlande ergebenen Sozialisten, wird die revolutionäre Regierung Bulgarien von den innern und äußern Gefahren erretten, von der im Laufe langer Jahre immer tiefer gewordenen innerpolitischen Zerrüttung entledigen, dasselbe in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht kräftigen und seine innere Autorität und militärische Macht zu neuer Blüte aufrichten — um, zur Selbstverteidigung vorbereitet, jenen Platz unter der Sonne zu erobern, der ihm von rechtswegen gebührt.

Ich glaube fest, daß die Regierung des 9. Juni der Unterstützung aller vaterlandsliebenden Bürger des gesamten bulgarischen Volkes sich erfreuen wird.

Vorwärts denn auf dem nun angetretenen Weg! Immer vorwärts, mit Eifer und Hingebung!

Empfangen Sie die allerbesten Wünsche und herzlichsten Grüße.

Hochachtungsvoll

T. Alexandroff, Mitglied des Z. K. der I. M. R. O.
(Unterschrift und Siegel.)

Die „bescheidene Mithilfe der I. M. R. O." zur Bildung des Demokratischen Bundes bestand, wie zu wiederholtem Male Malikoff und Kosturkoff, die Führer der demokratischen bezw. der liberalen Partei erklärten, darin, daß T. Alexandroffs Leute mit vorgehaltenem Revolver von diesen beiden Führern die Zustimmung zur Auflösung ihrer Parteien und zum Uebertritte derselben unter Professor Zankoffs Fahne erpreßten.

Sogar Kinder wissen es, daß bei der Unterdrückung des Septemberaufstandes Todor Alexandroffs Leute die Henkerrolle übernommen hatten. So leitete die Massenhinrichtungen in Philippopel ein angesehener Führer der mazedonischen Organisation, namens Skender. Arbeiter- und Bauernführer wurden dort aus dem Gefängnis herausgeholt und ermordet. In Gornaia-Dschumaia erfüllte diese Mission ein gewisser Moneff u. v. a. Daß diese Massenmorde im Auftrage dieser Organisation verübt worden sind,

beweist folgender Auszug aus dem Berichte eines Augenzeugen über die Ereignisse von Gornaia-Dschumaia, der in Nr. 7 des „Rabotnitscheski Westnik" vom 12. Dezember 1923 erschienen ist:

„Am 12. September ließen die Autonomisten des Petritscher Kreises, insbesondere die Autonomisten von Gornaia-Dschumaia, in ihrer Gegend keine Verhaftungen von Kommunisten vornehmen. Im Anfange des von der Regierung provozierten Aufstandes erklärten die Vertreter der Autonomisten von Gornaia-Dschumaia der dortigen kommunistischen Organisation, daß ihre Organisation an dem Kampfe in den Reihen der Regierung nicht teilnehmen werde und daß die Autonomisten sich der neuen Regierung unterwerfen würden, sollte der Aufstand von Erfolg begleitet sein. — Als aber späterhin der Aufruhr in vollem Gange war, änderten sie von Grund aus ihr Verhalten: sie blieben nicht nur nicht neutral, sondern gingen öffentlich auf die Seite der Regierung über. Dabei ist zu bemerken, daß, wo immer die autonomistischen bewaffneten Scharen an der Unterdrückung des Aufstandes teilgenommen hatten, von ihnen die grausamsten und unerhörtesten Greueltaten verübt wurden. Diesem veränderten Verhalten der Autonomisten waren langwierige Verhandlungen zwischen dem Innenminister General Russef und dem Stabe der Autonomisten vorangegangen. Ueber den Gegenstand der Verhandlungen fehlten genaue Angaben, es waren jedoch Gerüchte im Umlauf, wonach Russeff die Autonomisten bewegen wollte, der Regierung gegen eine Prämie von 30 Millionen Lewa bei der Unterdrückung des Aufstandes behilflich zu sein. Diese Summe soll ihnen auch späterhin ausbezahlt worden sein.

„In der Nacht vor dem 22. September brach eine 160 Mann starke Abteilung Aufständischer von Gornaia-Dschumaia auf, die in Begleitung von Autonomisten sich gegen Kotcherinowo begab, um einen eventuellen Ueberfall der autonomistischen bewaffneten Abteilungen, die in dieser Gegend einquartiert waren und dieselbe durchstreiften, zu vereiteln. Vor Kotscherinowo angelangt, teilten sich die Aufständischen in vier Gruppen: das Aktionskomitee blieb in einer dieser Gruppen und bewegte sich in voller Kampfrüstung nach Dubnitza hin. Eine halbe Stunde nach Abzug der Aufständischen schlugen die Autonomisten Alarm und ihre Leute sammelten sich. Sie erklärten die Mobilisierung, entsandten eiligst bewaffnete Kampftruppen zur Verfolgung der Aufständischen und in der Stadt nahmen sie unausgesetzt Verhaftungen und Haussuchungen vor. Tagsdarauf setzten sie die Verhaftungen, Haussuchungen und Mobilisierung fort.

„Auf solch tückische Weise, durch Betrug und Hinterlist, wurden die Aufständischen überrumpelt: der Ueberfall kam hinterrücks, wo sie ihn am wenigsten erwartet hatten. Ein Teil der Aufständischen wurde gewaltsam auseinandergetrieben, ein anderer Teil wurde gefangen genommen und blutig mißhandelt, die übrigen leisteten hartnäckigen, verzweifelten Widerstand und zogen sich auf Petritsch zurück, wo sie in der Umgebung des Dorfes Bistritza den Autonomisten eine blutige Schlacht lieferten.

„Am Sonntag den 7. Oktober fand in Mechomia eine Sitzung des Autonomistenstabes statt. An derselben nahmen außer anderen auch der speziell für diese Sitzung aus Sofia hergeeilte G. Samkoff, Aleko Wassilieff Pascha, Argir Manasfieff aus Gornaia-Dschumai und Todor Alexandroff teil. — In dieser Sitzung wurde der Beschluß gefaßt, auf dem Marktplatze in Gornaia-Dschumai folgende Kommunisten zu henken: Lissitscheff, D. Azeff, Iwan Ilieff und Stamen Welinoff. Dabei sollte die Hinrichtung Dienstag nachts stattfinden und die Leichen der Erhenkten sollten bis zur Mittagsstunde am Mittwoch, dem wöchentlichen Markttage, an den Galgen zur Schau aufgehängt bleiben."

Das beredteste Zeugnis ist wohl der Brief, den ein abtrünnig gewordener, ehemaliger Anhänger Todor Alexandroffs, ein gewisser Kara Petschenko Stefticheto,

der nach Amerika ausgewandert war, in die Redaktion der Zeitung „Makedonsko Sosnanie" einsandte:

„Als Freischärler aus dem Gefolge T. Alexandroffs kenne ich persönlich Protogeroff und meinen ehemaligen Woiwoden Alexandroff. Am 28. September 1923 wurden 50 Mann aus dem Gefolge Alexandroffs den als Strafexpedition in der Umgebung von Ferdinand und Berkowitza seinerzeit operierenden Truppenabteilungen zur Verstärkung entsandt. Ich wurde zufälligerweise der Abteilung des Oberleutnants T., der durch seine Grausamkeit eine gewisse „Berühmtheit" erlangt hatte, zugeteilt. In den Weingärten des Dorfes Gorno Zerowene stachen wir mit den Bajonetten drei Bauern nieder; im Dorfe selbst trennten wir dem Bauern Iw. Sredkoff hintereinander Ohren, Hände und Füße vom Leibe und zwangen ihn sodann durch Kolbenstöße laut auszurufen: „Hoch die Zankoffregierung!" In der Erdhütte eines Hirtenknaben, zwischen den Dörfern Widlischt und Zerowene, wurde ein Exemplar der Zeitung „Rabotnitscheski Westnik" (Arbeiternachrichten) aufgefunden. Man rief den Jungen heran und Oberleutnant T. befahl mir, ihn mit dem Bajonett zu erstechen. Ich zauderte einen Moment. Allein der Oberleutnant drohte mit dem Revolver und ich mußte dieses scheußliche Verbrechen vollführen. Im Sterben konnte der Hirt nur noch verständlich machen, daß er weder lesen noch schreiben könne. In Beli Mel töteten wir fünf Mann. Drei von ihnen banden wir an Bäumen fest, begossen sie mit Petroleum und zündeten sie an. In Prewala umringten wir das Dorf, verhafteten 13-jährige Knaben und führten sie hinaus aus dem Dorfe. Unterwegs überkam mich das Mitleid ob der Hinrichtung dieser unschuldigen Kinder, und ich flüsterte ihnen zu, daß sie durch Flucht ins Gebirge ihre Rettung suchen sollten. Die Unglücklichen schenkten mir keinen Glauben: unweit von Gornaia Luka, in der Nähe eines Flusses, schlachteten wir sie gleich Tieren ab. Zwei von ihnen flüchteten, wir schossen nach ihnen. Ich hoffe, daß sie nur verwundet wurden und leben, vielleicht sind sie aber auch tot. Den Denunzianten dieser Knaben kenne ich wohl: er heißt D. P. Nach einer zweimonatlichen Bacchanalie, die von Festen und Gelagen begleitet war, wurden wir von den Bezirken Berkowitza und Ferdinand nach Sofia abberufen. Um meinen wirklichen Dienst vor den Leuten zu verbergen, trug ich die Uniform eines Freiwilligen und erhielt als solcher Gehalt für 15 Tage, je 300 Lewa. Späterhin wurde mir für das Vergießen unschuldigen Blutes ein Monatsgehalt von 2000 Lewa bestimmt!"

Die I. M. R. O. bereitete sich zu einer größeren Aktion in Mazedonien vor und Todor Alexandroff motivierte gewöhnlich seine Teilnahme an der blutigen Unterdrückung des Bauern-Bundes und der Kommunistischen Partei mit dem Hinweis auf „mazedonische Interessen". — „Wir beseitigten diese Regierung" — äußerte er sich anläßlich einer Begegnung mit einem Vertreter der Kommunistischen Partei im August 1923 — „und deshalb werden wir den Sturz derselben weder mit gesetzlichen, noch mit ungesetzlichen Mitteln zulassen." Seither ist die revolutionäre Tätigkeit dieser Organisation in Mazedonien keinesfalls lebhafter geworden, eher wurde diese Bewegung empfindlich geschwächt, wenn nicht ganz lahm gelegt, namentlich infolge der im September 1924 unter den Mitgliedern dieser Partei stattgefundenen Massenmorde. Die „mazedonischen" Interessen sind also verraucht und verschwunden, allein die Führer der I. M. R. O. haben ihre Hilfe zugunsten Zankoffs nur noch mehr verstärkt. Noch mehr, sie wurden endgültig Agenten des bulgarischen Faschismus. Denn was sonst besagt etwa der folgende Brief, den der mazedonische Führer M. Stanitscheff — ein im Dienste Protogeroffs in Philippopel stehender und in derselben Stadt in der Philipp-der-Mazedonier-Straße 32 wohnhafter Henker —, dem ehemaligen bulgarischen Gesandten in Rom, Stoiloff, zukommen ließ?

Der Wortlaut dieses Briefes ist folgender:

Lieber Stolloff!

Herzlichen Dank für den Brief und die Bücher, obgleich Dein Brief schwer verständlich ist. Der Sturm wütet nun Tag und Nacht. Es freut mich ungeheuer, daß einer der Verräter Bulgariens, der Schuft und Schurke Tschauleff (1) beseitigt ist. Ich bin fest überzeugt, daß das gleiche Geschick Dmitroff ereilen wird. Er weilt jetzt in Rom. Ich kann nicht ruhig schlafen, bevor er nicht erschlagen sein wird. Erst dann werde ich ruhig sterben können. Denn mir kommt es vor, daß ich nie der Unglückseligen, die in der Hölle Sowjetrußlands schmachten, vergessen werde. Ich begann mit der Ueberwachung unserer Kommunisten und jetzt darf ich mich wohl dessen rühmen, daß in absehbarer Zeit das ganze Zentralkomitee in meine Hände geraten sein wird. Doktor Maximoff (2) ist von uns ergebenen Leuten bewacht und umringt, wir hoffen aber mit ihm die Abgeordneten, einschließlich Kosturkoff (3) festzunehmen. Gestern besuchte ich Lasaroff in seiner Wohnung und erfuhr dort, daß Wlachoff und Charlakoff (5) nach Sowjetrußland geflüchtet sind. Morgen wollen wir dorthin verläßliche Leute entsenden, um mit den beiden, ebenso auch Kolaroff (6) abzurechnen. Lambreff Kaspar reiste vor zwei Wochen nach London, um das größte Uebel, Christu (7), aus dem Wege zu räumen. Uns soll er kein Leid mehr zufügen. Für alle Fälle wird etwas eingeleitet werden. Ich bin ganz außer Fassung darob, daß Z. (8) mit mir unzufrieden ist. Früher überhäufte er mich mit Vorwürfen, warum ich die Aufräumung der Verräter in die Länge ziehe. Jetzt habe ich Kredit und Erlaubnis erhalten. Tausend Dank für die aus Rom eingesandten Nachrichten über Jureneff (9), Scheffel, Alexeieff, Dobroluboff, Ussurbekoff, Lebedieff, Rubanowitsch und Trubnikoff. Bitte diese Arbeit nach wie vor fortzusetzen. Um des Geldes willen sei unbesorgt! Dir wird alles bezahlt werden. Telegraphiere mir, bitte umgehend, was Du über Außem (10) erfahren. Du kennst ihn noch aus Wien, weilt jetzt in Paris. Wer kennt ihn persönlich? Wenn Du mir eine Freude bereiten willst, dann schicke mir nach Mailand Photos der Agenten der Sowjetmission. Kolin wird nach 8—10 Tagen in Sofia eintreffen. Ersuche Dich, einiges für Neapel zu tun. Dobroluboff ist hier oft zu sehen. Wo wohnt er? Für die Frage hat W. größtes Interesse. Damit du die Arbeit weiterführen kannst, schicke ich Dir 8000 Lire für die Monate Januar und Februar. Der Check lautet auf die Banca di Roma.

Tausend Glückwünsche!

M. Stanischeff.

1. Tschauleff, Mitglied des Zentralkomitees der „Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation", Führer des linken Flügels derselben und Gegner Zankoffs, wurde in Mailand von Agenten der Zankoffregierung ermordet.

2. Dr. Maximoff, kommunistischer Abgeordneter im bulgarischen Parlament, wegen angeblicher Aufwiegelei verhaftet; vor Gericht gestellt, wurde er freigesprochen.

3. Kosturkoff, Führer der bürgerlichen radikal-demokratischen Partei, ausgesprochener Gegner gewalttätiger Kampfmethoden und der von der Zankoffregierung systematisch vollführten politischen Morde.

4. Wlachoff, Vertreter der „Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation" im Auslande und bis unlängst bulgarischer Konsul in Wien. Für sein Auftreten gegen Zankoff wurde er seines Amtes enthoben und von der Mörderregierung zum Tode verurteilt.

5. Charlakoff, bis vor kurzem Redakteur des Journals „Fédération Balcanique", das für die Unabhängigkeit der mazedonischen Bewegung von dem Einfluß der bulgarischen, überhaupt der gesamten balkanischen Bourgeoisie eintritt.

6. Kolaroff W., Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Bulgariens und Mitglied der Exekutive der Kommunistischen Internationale.

7. Cristu Ch. G. Rakowsky, Bevollmächtigter Vertreter des U. S. S. R. in London, trat wiederholt für Mazedoniens Unabhängigkeit ein, enthüllte außerdem das Doppelspiel der bulgarischen Bourgeoisie in Mazedonien.

8. Z. Damit ist der blutrünstige Ministerpräsident von Bulgarien, Zankoff, gemeint.

9. Jureneff, Bevollmächtigter Vertreter der U. S. S. R in Wien.

10. Auffem, Ehemaliger Bevollmächtigter Vertreter der U. S. S. R. in Wien.

Die Echtheit dieses Briefes wurde indirekt von der englischen Regierung bestätigt, indem sie den Londoner Gesandten der Sowjetregierung, Rakowsky, offiziell davon benachrichtigte, daß nach London Leute gekommen wären in der Absicht, ihn zu ermorden. Die Kommunistischen Abgeordneten T. Straschimiroff und Stoianoff sind bereits ermordet. Seit April ist Dr. Maximoff spurlos verschwunden. Allem Anscheine nach wurde die an ihn gerichtete Drohung zur Ausführung gebracht. Besondere Beachtung verdient der Umstand, daß in der Liste der zum Tode Verurteilten der Führer der radikalen Partei angeführt ist. Darin ist eigentlich nichts merkwürdiges zu erblicken, namentlich, wenn man bedenkt, daß Kosturkoff einer der unversöhnlichsten und erbittertsten Gegner der Generals- und Professorenregierung war, die derselben aus kleinbürgerlichem Lager je erstanden waren. Allerdings wagte es bis jetzt die sich wahnsinnig gebärdende Faschistenbande nicht, an ihn Hand anzulegen, wahrscheinlich aus dem Grunde, da einige ausländische diplomatische Vertreter der Sofioter Regierung energische Vorstellungen machten, daß in bezug auf Gegner der Regierung, die der „Konstitutionellen Opposition" angehören, jegliche „Exzesse" unzulässig wären.

Die Abrechnung mit diesen Leuten ist deshalb auf einen geeigneten Zeitpunkt verlegt.

Als im Februar laufenden Jahres Zankoff ein neues Blutbad zu bereiten sich anschickte, wurden die mazedonischen Pseudorevolutionäre wiederum zur Durchführung der „Sache" herangezogen. In Sofia wurde unter Führung des Majors Porkoff eine Bande erfahrener Halsabschneider organisiert, die man in den verschiedenen Polizeiämtern unterbrachte und dem Kommando des Generals Rusjeff unterstellte. Aus dieser Mörderbande gingen die Henker von Woltscho Iwanoff und der kommunistischen Abgeordneten hervor.

Nach dem Attentat in der Sofioter Kathedrale verübte diese Bande — die in der Geheimpolizei das Wort führte und die ganze Polizei in ihrer vollen Gewalt hatte, wahrscheinlich aber auch durch Mitglieder der Militärliga noch verstärkt worden war, vielfache Morde an Führern der Arbeiterschaft und des Bauerntums, die die Regierung selbst als „Exzesse" bezeichnete, an denen „verantwortungslose Faktoren" Schuld tragen. — „Verantwortungslose Faktoren" — sind die sicheren und teuer bezahlten Werkzeuge der Zankoffregierung, die unter dem Deckmantel einer hehren Idee — der Befreiung Mazedoniens — damit betraut sind, die verwerflichsten und grausamsten Mordtaten zu verüben, für die nicht einmal die blutgetränkte Zankoffregierung die Verantwortung auf sich zu nehmen wagte.

2. Die Wrangelisten.

Die in Bulgarien wütenden Monarchisten und Konterrevolutionäre, mit General Wrangel an der Spitze, sympathisierten stets mit den bürgerlichen Parteien und waren jederzeit bereit, ihnen hilfreich zur Seite zu stehen. — Das ist bereits im Jahre 1922 erwiesen worden. Allgemein bekannt ist die sogenannte Wrangelverschwörung, die eigentlich eine gemeinsame Verschwörung Wrangelscher Generale und der bulgarischen bürgerlichen Parteien gewesen ist. Als seinerzeit diese Verschwörung bloßgestellt worden war, erfaßte ein Sturm der Erregung die ganze Bevölkerung Bulgariens.

Trotzdem die Militärorganisation der Wrangelisten innerlich zerfallen und im Gros demoralisiert war, stellten sich diese unversöhnlichen Monarchisten doch wie ein Mann während des Umsturzes vom 9. Juni auf die Seite der Verschwörer. Sie zeichneten sich durch ihre Mißhandlungen und ihre Greueltaten aus, die sie an jenem Teile der Emigranten verübten, die, von Reue erfüllt, nun wieder in ihre Heimat zurückzukehren strebten. Eine spezielle Wrangelkommission beschäftigte sich unter dem Protektorate der bulgarischen Regierung mit der „Ausholung" der „bolschewisierten Russen". Ihre bestialischen Willkür- und Mordtaten brachten es mit sich, daß die Mission des Sowjetrussischen Roten Kreuzes Bulgarien verlassen mußte.

Gleich nach Ausbruch des Septemberaufstandes war die Wrangelorganisation wieder hergestellt und bereit, der Regierung in allem Dienste zu leisten. Sie wurden mit der Bewachung der Bergwerke von Pernik betraut und fast im ganzen Lande nahmen Wrangelisten an der Unterdrückung des Aufstandes teil, wobei sie sich in verruchter Weise über das bulgarische Volk hermachten. Ihre Teilnahme an den blutigen Ereignissen im Stara-Sagora, Nowa-Sagora, Kasanlik, Ferdinand, Belogratschik, Varna und anderen Orten steht zweifellos fest. Der ehemalige Bürgermeister der Stadt Varna, Genosse Kondoff, wurde von Wrangelisten barbarisch hingemordet. — Eine Gruppe von 50 Wrangelisten geriet in der Umgebung von Ferdinand in die Hände der Aufständischen. Die russischen weißgardistischen Zeitungen „Dni", „Posledne Nowosti" und „Rewolutionnaia Rossia" waren gezwungen, die Richtigkeit dieser Tatsache zu bestätigen, so unangenehm es auch ihnen sein mochte. Namentlich erging sich die Zeitung „Dni" in Ausdrücken des tiefsten Bedauerns darüber, daß die russischen Emigranten ihren bulgarischen Gastgebern mit Undank bezahlten und daß das von russischen Offizieren vergossene Bulgarenblut für alle Zeiten die sonst guten Beziehungen zwischen diesen beiden Nationen zerstört habe.

Die Wrangelisten spielten eine bedeutende Rolle in der Polizei. Namentlich kommt ihre polizeiliche Tätigkeit in der Provinz zum Ausdruck. Sie sind die besten Lehrmeister der bulgarischen Weißgardisten auf dem Gebiete der Herstellung falscher Dokumente. Viele von ihnen wurden in Kavallerieregimenter eingereiht. Ihre Militärorganisation ist wiederhergestellt und sie ist unter der Leitung der Generale Ronnaken und Nikolsky zu Diensten Zankoffs stets opferwillig und kampfbereit. In Bulgarien weilen zurzeit nicht weniger als 10—15,000 Wrangelisten.

XI.

Die Entrüstung der Volksmassen und die Kommunisten

Es ist kein Wunder, daß angesichts solch unerhörter Verhältnisse die Volksmassen ihrerseits auch nicht untätig verharrten, und daß sie, als der Kelch ihrer Leiden schon überfloß, die Rächerhand gegen ihre Unterdrücker und Mörder erhoben! Es wäre vielmehr verwunderlich, wenn sie, gleich einer geduldigen Schafherde, alles widerspruchslos ertrügen und ohne Entrüstung die verbrecherischen Willkürakten der Zankoff-Banditen über sich ergehen ließen.

Allein, die bulgarischen Arbeiter und Bauern, geleitet von der Kommunistischen Partei und dem Bauernbund, stellten nicht mehr, wie in alten Zeiten, eine willenlose und undisziplinierte Masse vor: sie verstanden sehr wohl, ihr Recht und ihre Interessen zu schützen und waren bereit, sich dafür voll und ganz einzusetzen.

Am 9. Juni erhoben sie sich, mit der Waffe in der Hand, gegen die Usurpatoren und Abenteurer. Gleich wilden Tieren gehetzt und auf die schändlichste Weise mißhandelt und gefoltert, antworteten sie dieser verräterischen Regierung im September 1923 mit einem Aufstand. Seither vermehrte und verstärkte sich Willkür, Gewalt und Mord, aber gleichzeitig wuchs auch in nicht geringerem Maße die Entrüstung heran.

Die vielfach Verfolgten und Gehetzten getrauten sich lange Zeit nicht, getrennt und vereinzelt zu handeln. Sie waren im Laufe der Zeit von der Kommunistischen Partei im Geiste der Massenkämpfe und nicht im Geiste anarchistischer Einzelaktionen erzogen. Andererseits hatte aber der Terror der Regierung alle Grenzen überschritten und das mußte zuletzt den Terror von unten herauf beschwören. Einzelne Racheakte gegen die zur Bestie gewordenen Machthaber gaben beredtes Zeugnis davon, daß die Geduld der schwergeprüften Volksmassen erschöpft war. In einer Rede, die Zankoff im Februar 1925 in Philippopel hielt, teilte er unter anderem mit, daß 140 Regierungsagenten von der Hand der „Verschwörer" gefallen waren. Er erwähnte aber nicht, wie viele Tausende Arbeiter und Bauern auf Geheiß der Regierung hingemordet wurden: In Stadt und Land, in Polizeigefängnissen und hinter Kerkermauern, bei „Fluchtversuchen" — oder aber aus purer Kurzweil der Mächtigen von heute. Er erwähnte auch nicht, wie viele unschuldig Gefangene die brutalsten Folterqualen ertragen mußten, wie viele dadurch zu Krüppeln und Wahnsinnigen wurden, wie viele in den Verließen der Geheimpolizei „Selbstmord" begingen.

Die Ermordungen von Regierungsagenten waren Akte der Notwehr der bis aufs Blut gepeinigten, verzweifelten Masse. So wurde zu Beginn des Jahres 1925 in Sofia der Staatsanwalt des Kreisgerichts, Dimtschef, getötet. Dem faschistischen Regime rückhaltlos ergeben, hielt dieser „Hüter des Gesetzes" die politischen Gefangenen in Ketten gebunden und unterzog sie schweren Mißhandlungen. So fanden sich schließlich Leute, die es auf sich nahmen, diesen verhaßten Menschen zu beseitigen. So verhielt es sich auch mit dem Attentat auf den Chef der Geheim-

polizei, Likomanoff. Dieser Polizeischerge organisierte die Ermordungen der Philippopeler Arbeiterführer, die im September 1923 stattfanden. Rücksichtslos, ohne Besinnen terrorisierte er die Bevölkerung der Stadt. Es ist nur zu verständlich, daß die Kugel eines Verzweifelten die Massen von dieser Bestie befreite. Am 13. Februar 1925 wurde in Sofia der Professor Maleff getötet: Er war der geistige Urheber der mazedonischen Organisation des Generals Protegeroff und Redakteur der erzreaktionären Regierungszeitung „Slowo". Die erbärmliche Rolle, die dieser Gelehrte in der mazedonischen Bewegung spielte, ebenso seine Mitschuld an den Mordtaten, die an Mazedoniern, Kommunisten und Bauernbündlern nicht allein im September 1924, sondern auch vor und nach dieser Zeit verübt worden waren, schufen die Atmosphäre zu seiner Ermordung.

Massenverfolgungen und Massenmorde zwangen viele, in den gebirgigen Einöden Zuflucht zu suchen. So entstand die Aufstandsbewegung. Vergebens bemühte sich die Regierung, diese Bewegung als eine banditische, ihre Teilnehmer als Räuber und Mörder darzustellen. Diese bulgarische Aufruhrbewegung erinnert in vielen Zügen an die Haiduken-Bewegung im Zeitalter der türkischen Sultane. Das war im gewissen Sinne eine Protestäußerung gegen die bestialischen Ausfälle der überaus volksfeindlichen Regierung, die das Leben der werktätigen Massen geradezu unerträglich machte. Die terroristischen Aktionen der Aufständischen sind ausschließlich Racheakte und Warnungszeichen, die den Machthabern galten, nachdem sie sich schon allzusehr an dem Volke vergriffen hatten. Deshalb brachten die breitesten Volksschichten den Aufständischen soviel Sympathien entgegen, waren ihnen behilflich und lieferten sie nicht aus an die sie verfolgenden Organe. Als Beweis hiefür kann folgender Umstand dienen:

Die Regierung, die gegen eine Partisanengruppe von 50—60 Mann, an deren Spitze Georgi Jantscheff und Todor Gruboff standen, zirka 1000 Soldaten ausschickte konnte mit derselben nicht fertig werden und mußte die Winterfröste abwarten, die die Aufständischen schließlich zwangen, ihre Zufluchtsstätten im Gebirge zu verlassen.

Auch folgender Fall legt ein beredtes Zeugnis ab von der Stimmung der Masse: Eine zehn Mann starke, von Mitia Goneff angeführte Partisanengruppe, konnte sich 1½ Jahre lang im Chaskower Bezirke halten, obgleich zum Kampfe gegen sie bedeutende Militärkräfte aufgeboten und außerordentliche Maßregeln zu ihrer Vernichtung eingeleitet wurden. — Als symptomatisch ist auch der Umstand zu bezeichnen, daß sogar Soldaten wiederholt die Aufständischen zu verfolgen sich weigerten und in sehr vielen Fällen auf ihre Seite übergingen. Sind etwa solche Beziehungen der Soldaten zu den breiten Volksschichten Räuberbanden gegenüber denkbar?

Die Regierung wirft den Aufständischen die Ausführung der gemeinsten Verbrechen, Räubereien und dergleichen vor. Damit versuchen die Machtorgane ihre eigenen Missetaten, die sie an der Bevölkerung verübt haben, auf die Rebellen abzuwälzen. Ueber diese Verleumdungen entrüstet, schickte Georgi Jantscheff der Redaktion der Zeitung „Burgaßky Far" am 21. Juni 1924 eine Berichtigung, die mit folgenden Worten endigt:

„Meine Herren Machthaber! Hören Sie doch einmal auf, sich solcher Mittel zu bedienen; schickt keine Räuber aus zu unserer Verfolgung, denen ihr freie Hand gebt, damit sie die Bevölkerung um so leichter berauben und mißhandeln können. Wir raten euch davon ab, zumal wir zwei entgegengesetzten Lagern angehören; wir warnen euch und gleichzeitig erheben wir entschiedenen Protest dagegen, daß uns diese Räubertaten zugeschrieben werden. Man soll endlich begreifen, daß wir keine Banditen sind, sondern daß wir von Raubmördern und Blutsaugern von der heimatlichen Scholle vertrieben wurden."

Die verſchiedenen Aktionen der zahlreichen Gruppen der Aufſtändiſchen beweiſen, daß es ſich hier keineswegs um Räuberbanden handelt, ſondern um Gruppen vertriebener, geächteter, ihrer Taten bewußter Bürger und Revolutionäre, die in dem Kampfe gegen das beſtehende politiſche Regime ſich zuſammenfanden. Nirgends ließen ſich die Aufſtändiſchen auch nur das geringſte gegen die friedliche werktätige Maſſe zu ſchulden kommen; im Gegenteil, ſie halfen ihnen und verteidigten ſie, wo und wann ſie nur konnten. Sie verübten Morde ausſchließlich nur an den Vertretern der Regierungsbehörden und jener Agenten, die durch beſondere Grauſamkeit dem Volke gegenüber ſich auszeichneten. Es wurden allerdings Staatskaſſen expropriiert, jedoch nur in der Abſicht, dem Volke die ſo notwendige und dringende Hilfe zu erweiſen. In dieſer Hinſicht ging die Regierung den Rebellen ſelbſt mit Beiſpielen voran: Nachdem ſie das Vermögen von 70 Aktionären geraubt und das Hab und Gut der Kooperativ-Geſellſchaft „Oswoboſchdenie", deren Geſamtvermögen auf 50 Millionen Lewa geſchätzt wurde, beſchlagnahmt hatte, verlor ſie jedes moraliſche Recht, die Aufſtändiſchen des Raubes von Staatsgut zu beſchuldigen.

So hatte denn der vom Volk ausgehende Terror ſeine Berechtigung gefunden. Er war die natürlichſte Antwort auf die zahlreichen Opfer, die der ſyſtematiſche und rückſichtsloſe Terror der Regierung erheiſchte. Die durch den Umſturz vom 9. Juni an die Macht gelangte Regierung, ſtützte ſich auf eine nur unbedeutende Minderheit und ſtand im Widerſpruch, von dem erſten Tage ihres Beſtehens an, zu der offenen Oppoſition einer großen Volksmehrheit. Durch ihre raub- und habſüchtige Politik, die von Bankiers und Schiebern geleitet wurde, ebenſo durch das faſchiſtiſche Kaſernenregime, das ſchwachſinnige und kurzſichtige Generale und Feldwebel über das Land verhängt hatten, mußte die Regierung in der Folge nur Haß und Mißtrauen erwecken. Vom erſten Tage an geriet ſie auf die „ſchiefe Ebene" und bewegt ſich ſeitdem unbekümmert in derſelben Richtung weiter. Außerſtande, durch eine volksfreundliche Politik Ruhe und Ordnung im Lande herzuſtellen, wollte und will ſie das Volk mit Gewalt zur Ruhe zwingen. Je mehr und je öfter das Volk gegen die Machthaber proteſtierte, deſto unſinniger und grauſamer geſtalteten ſich die Verfolgungen ſeitens der Polizei; dadurch wuchs die Unzufriedenheit noch mehr und ſteigerte ſich von Tag zu Tag. Die tiefſten Widerſprüche zwiſchen der Regierungspolitik und den Intereſſen der breiten Volksſchichten entwickelten, noch verſchärft durch den daraus ſich ergebenden hartnäckigen Kampf, das Zankoff-Ruſſeff-Regime, das die ohnehin geſpannte politiſche Atmoſphäre bis zur Gluthitze entfachte und dem Lande den verheerenden Bürgerkrieg brachte.

Die der Oppoſition angehörenden Parteien ſahen ſehr gut die Verderblichkeit des von der Regierung eingeſchlagenen politiſchen Kurſes und warnten ſie vor den Folgen. Oefter kann man in ihrer Preſſe auf Hinweiſe ſtoßen, daß die Regierung das beſtehende Regime von Grund auf ändern müſſe und vermittelſt weitgehender ökonomiſcher und ſozialer Maßnahmen das Vertrauen der Maſſe zu erlangen. So ſchreibt die ſozialdemokratiſche Zeitung „Narod" am 26. Februar:

„Die jetzige Regierung möchte nicht das gleiche Schickſal erleben, wie die des Bauernbundes. Denn es gibt keine Regierung in der Welt, die das Los der Regierung des Bauernbundes ſich erwünſchen dürfte. Allein die von der jetzigen Regierung geführte Politik führt geradezu zu einer ſolchen, wenn nicht noch größeren Kataſtrophe. Mögen dieſe Worte entſprechende Beachtung finden!"

Das Organ des Bauernbundes, „Semledielska Otbrana", bringt am gleichen Tage folgende Zeilen:

„Der Ausweg, auf den die jetzige Regierung hinweiſt, iſt äußerſt fatal. Das Blut und die Grabſtätten unſchuldiger Bulgaren kennzeichnen den Weg. Das Geſetz zum Schutze der Staatsordnung mag noch ſo drakoniſch abgefaßt ſein, es

wird aber zu keinem realen und vor allem nicht zu dem gewünschten Ergebnis führen. Die Bazillen werden vernichtet, aber die Atmosphäre, die sie speist und vermehrt, wird weiterhin bestehen. Nur eine solche Regierung kann auf die Sympathie der Stadt- und Landbevölkerung rechnen, die auf Grund der Konstitution die Geschicke des Reiches lenken wird."

Die Zeitung „Nesawisimost" (Unabhängigkeit) — Organ der Nationalliberalen — führte am 27. Februar unter anderem aus:

„Die Staatskrise, die wir jetzt erleben, ist ausschließlich dem Kabinett Zankoff zu verdanken. Sie brachte Verwirrung in die Herzen der bulgarischen Bürger und Entsetzen sogar in die Reihen der Regierung ..."

„Das Volk ... fordert entschieden die Ablösung des Kabinetts Zankoff und ist um der bedenklichen Lage des Staates willen, äußerst besorgt. Professor Zankoff will die Forderungen, die nur allzu berechtigten, nicht anerkennen; allein die Geschichte kennt viele Beispiele, da Völker mit Regierungen fertig wurden, die ihrem Willen kein Gehör schenkten."

Die sozialdemokratische Zeitung „Epocha" schreibt am 27. Februar folgendes:

„Wir sind fest überzeugt, daß die Regierung Zankoff ihre letzten Tage zählt. Wenn man jedoch ihr Leben durch Injektionen künstlich verlängern will, dann kann dieselbe in eine Diktatur ausarten, die für Bulgarien den Untergang bedeutet."

Die demokratische Zeitung „Snamja" vom 25. Februar 1925 veröffentlicht folgendes:

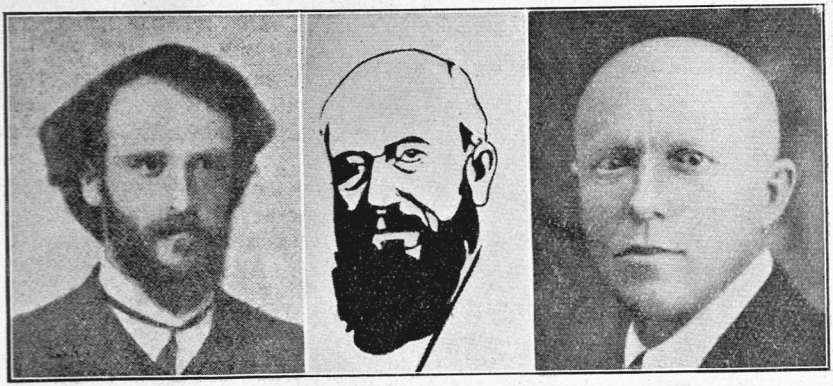
„Nicht die Handlungen der Banditen und Verschwörer geben uns Anlaß zur Besorgnis, vielmehr der Umstand, daß die Bevölkerung auf die Handlungen dieser Banden nicht so reagiert, um sie unmöglich zu machen. Das Hauptproblem besteht wohl darin, wie man die breiten Volksschichten zum Kampfe gegen Banditen und Verschwörer heranziehen kann. Aber dieses Problem kümmert die gegenwärtige Regierung überhaupt nicht. Sie verharrt in ihrem Glauben an Repressalien ..."

In der parteilosen Zeitung „Ek" vom 27. Februar 1925 stand folgendes:

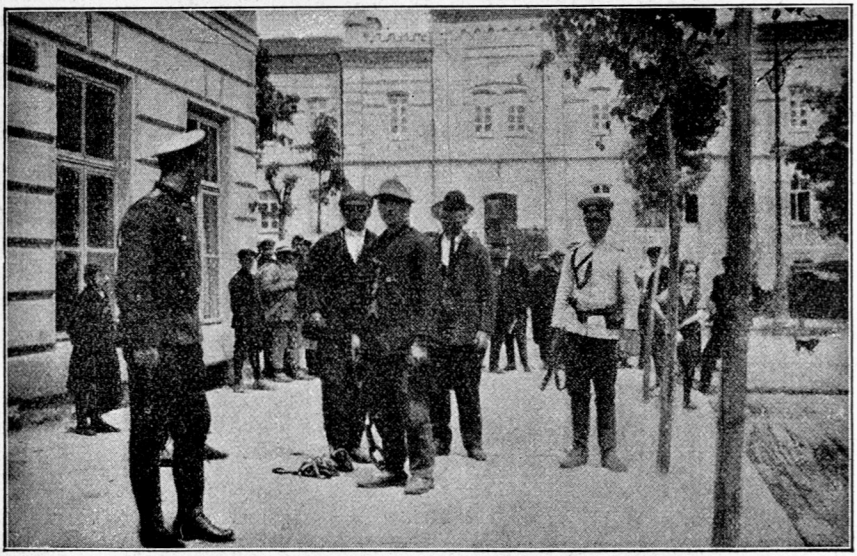
„Die Welt kennt kein unmenschlicheres und barbarischeres Gesetz, als das zum Schutze eines despotischen Staates. An Hand dieses Gesetzes ist man nun dabei, die Rede- und Preßfreiheit gänzlich zu ersticken, sogar politische Gedanken in Ketten zu legen, indem die gepanzerte Faust der Polizei Schiedsrichter in politischen Fragen und politischen Kämpfen werden soll.

Es ist undenkbar und unmöglich, für lebende Menschen, die nach Wohlstand und Freiheit streben, ein Friedhofsregime einzusetzen."

Aber die bürgerliche Opposition, einbegriffen die sozialdemokratische Partei, sitzt so recht, wie das Volk sagt, zwischen zwei Stühlen. Sie hat eben keinen eigenen Stuhl und muß deshalb stets zwischen beiden, gegeneinander Krieg führenden Lagern lavieren. Sie erlaubt sich zuweilen die „Kühnheit", das Zankoff-Regime in Worten zu kritisieren, in der Tat aber, und das ist das entscheidende, unterstützt sie letztere stets „gegen die Einheitsfront", „gegen die zersetzend wirkenden Elemente", das heißt gegen die erdrückende Mehrheit des bulgarischen Volks. Da in ihrer Gefolgschaft keine Massen sind, geht sie im Falle einer Krise



Aus der endlosen Reihe der ermordeten führenden Revolutionäre:
Oben: D. Atzew, Ch. Milew, Waltscho Iwanow.
Mitte: D. Blijew, Elena Gitschewa, S. Welinow.
Unten: St. Schachbasjan, St. Kiradschiew, A. Lissitschew.



Stämmige Arbeiter werden aufgehängt

.... aber auch auf Krücken geht es in Bulgarien unter den Galgen

ohne Bedenken auf die Seite der Regierung; deshalb legt auch die Regierung ihrer „Kritik" keine Bedeutung bei, zumal sie die Opposition in jedem beliebigen Momente zum Schweigen bringen kann, indem sie die allgemeine Lage durch Steigerung der terroristischen Maßregeln verschärft.

So war es zur Zeit der blutigen Ereignisse im September 1923, dasselbe geschah auch nach dem Attentat in der Kathedrale zu Sofia.

Die Geschlossenheit der Bourgeoisie gegen die Einheitsfront der Bauernbündler und der Kommunisten ist auf die Erkenntnis ersterer zurückzuführen, daß hinter den beiden Organisationen die bedeutende Mehrheit des bulgarischen Volkes steht. Bei dem Gedanken, daß man die Macht ihren Händen entreißen könnte, vergißt sie sogar ihre Ammenmärchen über „Demokratie, Freiheit und Recht" und ist bereit, ihre Errungenschaften um jeden Preis zu verteidigen, ja, sie schreckt sogar davor nicht zurück, die Verteidigung unter Zankoffs Führung zu leisten. Sie ist einmütig von dem Gedanken beseelt, daß die Kommunistische Partei und der Bauernbund gänzlich vernichtet werden müsse, und daß dann deren Führer kniefällig vor ihr erscheinen und um Gnade und Verzeihung bitten.

Genau so einmütig war sie im Kampfe gegen den Bauernbund im Juni des Jahres 1923. Ebenso einmütig bekämpfte sie im September desselben Jahres die Kommunistische Partei und die verschiedenen Arbeiterorganisationen; genau so einmütig erklärte sie die Kommunistische Partei als außerhalb der Gesetze stehend. Trotz der in den Reihen der Opposition im Februar und März 1925 Platz gegriffenen Ungeduld und Reizbarkeit, fand sich die Bourgeoisie zu einem letzten Feldzuge gegen die Einheitsfront zusammen. In dem kritischen Momente der für die Zankoff-Regierung eingetreten war, gelang es ihm, den oppositionellen Schreihälsen das Maul zu stopfen und sie unter seinem bluldurchtränkten Banner zu sammeln, nicht ohne sie noch einmal bedeutungsvoll vor dem Gespenst des Bolschewismus zu warnen.

Er erzählte von dem Plane Moskaus und der Kommunistischen Partei, Bulgarien zu vernichten. Als Beweis wurde eine Reihe von Dokumenten der Kommunistischen Internationale, wie auch anderer Organisationen, „kunstvoll" hergestellt. Die legale Opposition schenkte diesen offensichtlich gefälschten Dokumenten vollen Glauben — sie liebt es zu narren, wird aber ebenso oft auch von anderen genarrt. Um diesem Dokumentenschwindel entgegenzutreten, veröffentlichte die ausländische Vertretung der Kommunistischen Partei Bulgariens folgende Erklärung:

Erklärung der Kommunistischen Partei Bulgariens anläßlich der Ereignisse in Bulgarien.

Die ausländische Vertretung der Kommunistischen Partei Bulgariens erklärt im Namen des Zentralkomitees der Partei anläßlich der letzten Ereignisse in Bulgarien folgendes:

Die Kommunistische Partei hat keinen bewaffneten Aufstand in Bulgarien vorbereitet, weder für den 15. April, noch für ein anderes Datum. Die Behauptung der Bulgarischen Regierung, wonach am genannten Termin der Ausbruch eines Aufstandes stattfinden sollte, ist eine bewußte Lüge, die sich auf falsche Dokumente stützt, die, wie jetzt endgültig festgestellt wurde, von russischen Monarchisten und internationalen Betrügern, namens Gumanski und Druschelowski, in Berlin hergestellt worden sind. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei steht weder mit den Attentätern, die auf den König Boris einen Anschlag verübten, noch mit denen, die die Explosion in der Sofioter Kathedrale herbeiführten, in Verbindung. Die Verleumdungskampagne der Regierung, welche diese Taten der Kommunisti-

ſchen Partei und dem Bauernbunde zuſchreiben will, erklärt ſich einzig und allein durch die Notwendigkeit, die von der Regierung angeſtifteten Maſſenmorde an Mitgliedern der Kommuniſtiſchen Partei und des Bauernbundes zu rechtfertigen.

Angeſichts der inneren und äußeren Lage des Landes, betrachtete die bulgariſche Kommuniſtiſche Partei den Kampf für die Schaffung einer Rätemacht in Bulgarien nicht als das unmittelbare Ziel des gegebenen Momentes. In der vor kaum zwei Monaten in faſt allen bürgerlichen Zeitungen veröffentlichten Erklärung, hat das Zentralkomitee die ſeinerzeitigen politiſchen Forderungen der Partei wie folgt formuliert:

1. Die Ablöſung der Uſurpatoren-Regierung.

2. Aufhebung der von dieſer Regierung dekretierten Ausnahmegeſetze, in erſter Linie aber des „Geſetzes zum Schutze der Staatsordnung".

3. Wiederherſtellung aller Möglichkeiten legaler geſellſchaftlicher und politiſcher Tätigkeit.

4. Volle und uneingeſchränkte Amneſtie für alle Opfer des Regierungsterrors, die zurzeit in Gefängniſſen ſchmachten, die ins Ausland geflüchtet ſind und die aus Angſt vor der Rachewillkür der Regierung in die Wälder und Gebirge Geflüchteten.

Der Kampf der Kommuniſtiſchen Partei, die als außerhalb des Geſetzes ſtehend erklärt worden war, der Kampf der Arbeiterklaſſe, deren Verſammlungs- und Koalitionsrecht, deren Preſſe- und Redefreiheit aufgehoben worden war, ebenſo der Kampf der entrechteten Bauernmaſſe, konnte nur illegal geführt werden. Die Partei ſuchte jedoch ſtets, legale Arbeitsmöglichkeiten der Arbeiterorganiſationen zu erringen und erklärte zu wiederholten Malen, daß ſie bereit wäre, zu legalen Kampfmethoden überzugehen, ſobald die mit Füßen getretenen Rechte und Freiheiten der werktätigen Maſſe wieder hergeſtellt ſein werden. Die diesbezügliche Stelle in obenerwähnter Erklärung lautet:

„Die Kommuniſtiſche Partei, die ſeit dreißig Jahren exiſtiert, unter den breiteſten Volksmaſſen tätig iſt und ein Viertel der geſamten Wählerſchaft unter ihrem Banner vereinigt, kann auf die Forderung verſchiedener Abenteurer, wie Slavaiko, Waſſiljeff, Kolſoff, Ruſeff und deren Gönner, die Bankiers Petrowitſch, Miluſcheff und andere, hin, ſich nicht als aufgelöſt betrachten.

Es hängt lediglich von ihren Gegnern ab, ob ſie zum legalen Kampfe übergeht, den ſie für Verwirklichung ihrer Ideale ſeit mehr als dreißig Jahren führt."

In bezug auf ihre Kampfmethode war die Kommuniſtiſche Partei ſtets gegen den individuellen Terror; ſie anerkannte, unterſtützte und erzog ihre Mitglieder zu einer Form des Kampfes — der Maſſenaktion der Arbeiter und Bauern. Vor zwei Monaten erklärte das Zentralkomitee in der dritten Nummer ihres illegalen Organs „Rabotnitſcheski Weſtnik", anläßlich einer Polemik mit verſchiedenen „Auch-Kommuniſten" und „exaltrierten Schwätzern", — die „den Kampf gegen die Teuerung, gegen hohe Steuern, gegen niedrigen Arbeitslohn, gegen die Verlängerung der Arbeitszeit uſw. als minderwichtig betrachten" — folgendes:

„...Die Mitglieder der Kommuniſtiſchen Partei müſſen in den Betrieben und Werkſtätten, auf dem Lande uſw. die Führung der Maſſen in dem Kampfe um Brot und beſſere Arbeits- und Lebensbedingungen übernehmen, müſſen die breiteſten Kreiſe an dieſem Kampfe intereſſieren, andernfalls die Partei zu einer Sekte werden muß..."

In dem gleichen Artikel tritt das Zentralkomitee der Partei ebenso entschieden gegen die Bildung von Partisanengruppen auf:

„Einen schweren Irrtum begeht, wer glaubt, daß Zankoff vor den Partisanengruppen Angst hat. Die Regierungsklique zieht 50 Partisanengruppen im Gebirge, einer einzigen kampffähigen gewerkschaftlichen Massenorganisation vor.

Unser Weg ist der Weg des siegreichen Bolschewismus. Alles andere ist wirres „revolutionäres Getue", Anarchismus, Fahnenflucht — ja, vielleicht ist es dem offenen Verrate gleichzuwerten.

So versteht das Zentralkomitee der Partei und das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale die uns vorstehenden Aufgaben. Und die Partei muß energisch an die Verwirklichung dieser Politik herangehen."

Die Kommunistische Partei nahm auch stets gegen Einfälle der von Emigranten gebildeten Partisanengruppen Stellung. Noch im Februar vorigen Jahres schrieb das Parteiorgan darüber folgendes:

„Eine niederträchtige Lüge ist die von der Bourgeoisie verbreitete Nachricht, daß die kommunistischen Emigranten die Absicht haben, einen Einfall in Bulgarien zu verüben und die Regierung mit Jugoslaviens Hilfe zu stürzen."

Im Februar dieses Jahres erklärte die ausländische Vertretung der Partei aufs allerentschiedenste, daß die Kommunistische Partei keine Beziehungen zu den seitens der jugoslavischen Grenze verübten Partisanenüberfällen hat.

Die Kommunistische Partei erklärt jedoch, daß der unerhörte Terror der Militärliga, der wirklichen Regierung Bulgariens, die entrüsteten Volksmassen unvermeidlich zu einem neuen Aufruhr drängt und daß in diesem Falle, genau wie im September 1923, die Partei in den vordersten Kampfreihen stehen wird.

Die spontane Partisanenbewegung, das Attentat in der Sofioter Kathedrale, ebenso andere terroristische Akte sind insgesamt die unvermeidliche Folge des unerhörten Regierungsterrors. Die Gefängnisse sind von tausenden Gefangenen, Männern, Frauen und Jünglingen, überfüllt, die man der Zugehörigkeit zu illegalen Organisationen beschuldigt. Man unterzog sie schrecklichen Martern und Folterungen; viele wurden ohne Gerichtsurteil erschossen; andere begingen Selbstmord, um den unerträglichen Mißhandlungen zu entrinnen; Tausende Verfolgter retteten sich durch Flucht in die Berge oder ins Ausland. Die als außerhalb der Gesetze stehend erklärten Arbeiter- und Bauern, die auf offener Straße gemordet wurden, hatten keinen anderen Ausweg als den, den ihnen der Selbsterhaltungstrieb diktierte. Die Kommunistische Partei erklärte schon damals, daß es unrichtig ist, zu glauben, das Land durch Partisanengruppen und individuellen Terror von dem Drucke der Zankoff-Regierung befreien zu können und warnte die verzweifelten Arbeiter und Bauern davor, sich zu solchen Kampfmitteln hinreißen zu lassen. Trotzdem aber erklärte die Partei, daß sie von dem guten Willen derjenigen überzeugt ist, die, unter Nichtachtung des eigenen Lebens, ihre Hand gegen die unmenschlichen Terroristen erhoben, in der festen Ueberzeugung, daß sie damit der Sache des Volkes einen Dienst erweisen. Die ausschließliche Verantwortung für ihre Handlungen fällt einzig und allein auf die Träger des im Lande wütenden barbarischen Regimes.

Nur die Ablösung der sich wie toll gebärdenden Regierung, die Aufhebung der Ausnahmegesetze, die Wiederherstellung der niedergetretenen Rechte, die allgemeine Amnestie sämtlicher Opfer des weißen Terrors — können das Land von der drohend sich erhebenden und immer mehr sich verstärkenden blutigen Anarchie befreien. Die Kommunistische Partei schreibt, genau wie früher, die gleichen Forderungen auf ihr Banner und ruft die Arbeiter und Bauern zum Massenkampf für die Verwirklichung dieser Forderungen auf. Allein, um ihre stark erschütterte Macht

irgendwie zu festigen, begann die Generals- und Wuchererklique neuerdings, Massenarrestierungen und unmenschliche Folterqualen über die Arbeiter und Bauern zu verhängen. Täglich werden die Besten des Volkes in meuchlerischer Weise gemordet. In diesen, für die gesamte bulgarische Bevölkerung schreckerfüllten Tagen, rechnet die Kommunistische Partei nur noch auf die Unterstützung und Hilfe des Proletariats der anderen Länder. Namentlich kann die Arbeiterklasse Englands, Frankreichs, Amerikas und Italiens, deren Regierungen die Sofioter Henker direkt oder indirekt unterstützten, durch energische, machtvolle Proteste — Tausenden von Arbeitern und Bauern das Leben retten und ihnen im Kampfe um die Befreiung vom Zankoff'schen Blutregime behilflich sein."

Die Ausländische Vertretung der Kommunistischen Partei Bulgariens:

gez.: W. Kolaroff. D. Dimitroff.

Obgleich die in der Erklärung angegebenen Tatsachen zweifellos auf Wahrheit beruhen, könnte man doch die Glaubwürdigkeit derselben in Frage stellen. Der Inhalt derselben wurde jedoch von, aus verschiedenen, durchaus nicht kommunistischen Ländern herrührenden Quellen bestätigt.

So schrieb der belgische sozialdemokratische Führer de Brouckere in der Zeitung „Le Peuple" am 24. April 1925 folgendes:

„Die gesamte Presse verurteilt die „Kommunistischen Attentate", die dieser Tage in Sofia verübt worden sind. Aber ist es denn wirklich wahr, daß diese schreckliche Reihe von Verbrechen das Werk der Kommunisten ist? Ich weiß wohl, daß die Sofioter Polizei auf diese Frage bejahend antwortet und daß sie sogar die Namen jener Kommunistenführer nennt, die sie der Ausführung dieser Verbrechen beschuldigt. Aber welcher einigermaßen erfahrene Mensch mißt solchen Versicherungen irgendwelche Bedeutung bei? Einer meiner russischen Freunde, der die Möglichkeit hatte, die Arbeit der Bolschewisten in Rußland vor und nach der Revolution näher kennen zu lernen und der über ihre Propagandaarbeit in den Rußland angrenzenden Ländern vorzüglich informiert ist, erklärte mir, daß die Kommunisten sich nie solcher und ähnlicher Attentate bedienten. Wenn sie auch das Prinzip verteidigen, daß man den roten Terror nach der Revolution einführen muß, um den Widerstand des Gegners endgültig zu brechen, so sind sie stets gegen den „Terror zu Propagandazwecken" aufgetreten. Es ist nun gar kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß sie jetzt eine solche Taktik befolgen, die der Praxis ihrer ganzen Vergangenheit grundsätzlich widerspricht."

Der Spezialberichterstatter des „Manchester Guardian" behandelt in einer Reihe von Korrespondenzen ausführlich die Lage in Bulgarien, die nach dem Attentat in der Sofioter Kathedrale, die er Gelegenheit hatte, sich genau anzusehen, geschaffen worden ist. Im Folgenden bringen wir seine Ansicht über die Verantwortlichen für diese Tat, wie er sie in der Nummer des „Manchester Guardian" vom 28. Mai 1925 dargelegt hat:

„Es ist sehr zu bezweifeln, ob es je gelingen wird, festzustellen, wer an diesem Verbrechen die Schuld trägt. Der Prozeß gegen die mutmaßlichen Attentäter förderte nichts genaues ans Tageslicht. Einige, vielleicht auch die wirklichen Verbrecher wurden hingerichtet, anderen wieder gelang es zu fliehen. Der einzig erfaßte Teilnehmer ist der Glöckner Sadgorski, ein halber Idiot, der wahrscheinlich nicht wußte, was er getan. Man kann zweifellos behaupten, daß von den zahllos Verhafteten, die nicht allein in Sofia, sondern auch in Provinzstädten Bulgariens zum Tode verurteilt wurden, keiner irgendwelche Beziehungen zu diesem Attentat hatte.

Dadurch, daß die bulgarische Regierung so viele Führer der oppositionellen Parteien hinrichtete, nahm sie sich selbst die Möglichkeit, die Wahrheit zu erfahren."

Im weiteren deckt der Korrespondent die Versuche der bulgarischen Regierung auf, sich gefälschter Komintern-Dokumente zu bedienen und fährt fort:

„Wenn diese Dokumente auch wirklich echt sind, dann beweist dies auf keinen Fall mehr, als daß, was ohnehin bekannt ist, die Kommunistische Partei Bulgariens, gleich den Parteien der anderen Länder, moralische und materielle Unterstützung von Rußland erhält. Die Behauptung, daß die Kommunistische Internationale für das Verbrechen in der Osterwoche als Urheberin verantwortlich zu machen ist oder auch nur in Beziehungen zu den Attentätern steht, ist eine willkürliche Annahme und durch keine Tatsachen bewiesen. Und ebensowenig ist die Teilhaberschaft der Kommunistischen Partei Bulgariens an diesem Attentat erwiesen. Angesichts dessen, daß fast alle angesehenen Parteimitglieder verhaftet und vielfachen Kreuzverhören unterzogen wurden, erhält das Fehlen von Beweisen geradezu den Charakter eines Alibi. Dasselbe gilt auch in bezug auf den Bauernbund, der mit den Kommunisten eine Einheitsfront gebildet hatte, zwecks Festigung der Opposition der Zankoff-Regierung gegenüber."

Trotz der Behauptungen der bulgarischen Regierung, daß der Ausbruch eines „Kommunistischen Aufstandes" für den 15. April bestimmt worden war, konnte der Korrespondent keine Spur zur Vorbereitung des Aufruhrs entdecken.

„Erst in dem Moment, als das Attentat geschehen war, begann man ernstlich an die Gefahr eines kommunistischen Aufstandes zu denken. Die Tatsache, daß der Versuch zu einem solchen Aufstande in Wirklichkeit überhaupt nicht vorlag und daß man trotz der angestellten Nachforschungen keinerlei ernste Vorbereitungen zur Vollführung eines solchen entdeckt hat, spricht unbedingt dafür, daß größere Ausschreitungen überhaupt nicht beabsichtigt worden sind.

Wohl fanden Polizei und Militär einige Waffen und Sprengstoffe, aber auf keinen Fall in größerer Menge, wie man sie deren stets in Bulgarien bei genauer Durchsuchung finden kann."

Die englischen Parlamentarier Wedgewood, Mac Kinder und Oberst Malone, von einer Gruppe von Abgeordneten der Arbeiterpartei nach Bulgarien entsandt, beschreiben ihre Eindrücke, die sie in Bulgarien empfingen, im „Daily Herald" vom 30. Mai 1925 wie folgt:

„Ueber ganz Bulgarien wurde der Belagerungszustand verhängt und der Sofioter Garnisonskommandant, General Lasareff, wurde faktisch der Diktator Bulgariens.

Man teilte uns mit, daß nach dem Attentat, in der darauffolgenden Nacht, viele Wagen und Autos mit Verhafteten beladen wurden, die man aus der Stadt führte und draußen erschoß. Jemand des Verbrechens beschuldigen, bedeutet soviel, als den sinnlosen Gerüchten Gehör schenken. Die unlängst stattgefundenen blutigen Ausschreitungen, stehen nicht vereinzelt da. Eine Regierung, die dank einer großen Reihe von Mordtaten, die mit der Ermordung des Ministerpräsidenten Stambuliski im Jahre 1923 begann, zur Herrschaft gelangt war; eine Regierung, die unwiderlegbar überführt wurde, daß sie im Laufe zweier Jahre das Volk grausam terrorisierte, ihre politischen Gegner mißhandelte und folterte und Tausende von bulgarischen Bürgern ermordete; eine solche Regierung muß früher oder später den Ausbruch eines ungeheuren Aufstandes der verzweifelten Massen gewärtigen.

In Bulgarien iſt ein Menſchenleben billig. Ein angeſehener Ausländer erklärte uns: „Ein Mord auf offener Straße erregt ſo wenig Aufſehen, wie ein unbedeutender Vorfall in einer Londoner Straße."

Die eigentliche Regierung iſt die Militärkamarilla, die als Werkzeug und Aushängeſchild die Politiker vorſchiebt, die über keine reale Macht verfügen. Im ganzen Lande liegt die Macht in den Händen der Offiziersliga.

Die bulgariſchen offiziellen Meldungen ſind durchaus unzuverläſſig. Maſſenverhaftungen kommen täglich vor, ſcheinen zum Alltagsleben Bulgariens zu gehören. Wir haben aus mehreren glaubwürdigen Quellen erfahren daß wenigſtens 4000 Menſchen in den Gefängniſſen eingekerkert und daß viele Hunderte Perſonen ohne Gerichtsverfahren oder nach Inſzenierung eines unzulänglichen Prozeſſes hingerichtet worden ſind."

Sogar Vandervelde, der die allerklarſten Dinge in diplomatiſchen Nebel verhüllen kann, ſobald er nur irgendwelche Gefahr für ſich wittert, hat zum großen Leidweſen der bulgariſchen Sozialdemokraten in deutlicher Form das Zankoffregime gebrandmarkt. Das beweiſt folgender Auszug aus ſeinem Artikel im „Le Quotidien" vom 15. Mai 1925:

„Während meiner Anweſenheit in Bulgarien hatte ich Gelegenheit, perſönliche Beobachtungen zu machen, die, offen geſprochen, alle Zweifel in mir erſtickten, darob, daß die Zankoff-Regierung in eine Regierung der Diktatur und der politiſchen und ökonomiſchen Reaktion ausgeartet iſt."

Während der drei Wochen, die ich dort zubrachte, fanden nicht weniger als neun politiſche Morde ſtatt. In letzter Zeit beſchuldigt ſogar die „Times" — die ſonſt den faſchiſtiſchen Ausſchreitungen im Auslande gegenüber ſich ſehr nachſichtig verhält — die Polizei der Verübung vieler dieſer zur Alltäglichkeit gewordenen Ermordungen politiſcher Gegner. Die verfolgten „Verbrecher" — erklärte mir ein Korreſpondent — verſchwinden auf geheimnisvolle Art und die Eingekerkerten „verüben Selbſtmord in den Gefängniſſen". — Nach dem Attentat vom 16. April wurde über das ganze Land der Belagerungszuſtand verhängt. Eine diplomatiſche Konferenz bewilligte der Regierung die Verſtärkung der Armee. — Die Regierung ordnete Verhaftungen von Mitgliedern des Bauernbundes und der Kommuniſtiſchen Partei an. Der Vorſitzende der ausländiſchen Vertretung des Bauernbundes, Oboff, teilte mit, daß einige Tauſend Perſonen verhaftet wurden. Das Kriegsgericht arbeitet ununterbrochen. „Die Kommuniſtiſche Partei erklärt, daß ſie mit dem Attentat vom 16. April nichts gemein hat und es iſt bis jetzt noch nicht erwieſen, daß dieſes Verbrechen nicht von Perſonen, die keine Verbindung mit irgend einer Organiſation haben, verübt wurde. Andererſeits verwahrt ſich der Bauernverband energiſch gegen jede Beſchuldigung, direkt oder indirekt an dem Attentat beteiligt zu ſein. Nur die Sozialdemokraten entrüſteten ſich über das Verbrechen und ſtellten die Identität der Verbrecher feſt, die mir, offen geſagt, mehr als Zweifel einflößten..."

Im „Berliner Tageblatt" vom 5. Juni 1925 erſchien ein Artikel „Die Geſchäfte des Herrn Druſchelowski", in dem die bulgariſche Regierung öffentlich des Betruges beſchuldigt wird, wie aus folgendem Auszug zu erſehen iſt:

„Ein großer Coup iſt ihm gelungen. Als das Attentat in der Kathedrale zu Sofia geſchehen war, fabrizierte er Dokumente, die zu erweiſen ſchienen, daß die bulgariſche Aufſtandsbewegung unmittelbar vom ruſſiſchen Außenminiſter, alſo von amtlicher Stelle, eingeleitet und durchgeführt worden war. Dieſe Dokumente gingen

in bulgarischen Besitz über und haben sogar auf deutsche amtliche Persönlichkeiten tiefen Eindruck gemacht. Die Bulgaren veröffentlichten diese „Befehle", aber dabei konnte festgestellt werden, daß die Schriftzüge auf den Dokumenten Druschelowskis unverkennbare Handschrift zeigten."

So ist denn das Ansehen der Zankoff-Regierung im Auslande völlig herabgewürdigt. Nicht allein das kommunistische, sondern auch das „demokratische" Europa, an das sich die bulgarische Bourgeoisie oft genug um Hilfe „gegen die bolschewistische Gefahr" wandte, ist zur Genüge über die Ereignisse und Zustände in Bulgarien informiert. Das wird vielleicht in Zukunft den Zankoff-Lakaien, den bulgarischen Sozialdemokraten, gebieten, ihrem niederträchtigen Doppelspiel Einhalt zu tun: Einerseits die Missetaten der bulgarischen Faschisten zu verschleiern oder gar zu begünstigen, andererseits sich in wohltönenden Phrasen als „Kämpfer für die Sache der Demokratie" zu brüsten.

XII.

Schlußwort

Der weiße Terror in Bulgarien wütet ununterbrochen. Die Gefängniſſe ſind überfüllt mit „Verſchwörern“: Arbeitern und Bauern, Intellektuellen und Analphabeten, Männern und Frauen, Greiſen und Jünglingen. — Die Gefangenen „verſchwinden ſpurlos“, „begehen Selbſtmord“ — Meuchelmorde auf offener Straße dauern ſowohl in Bulgarien, als auch im Auslande fort. Die Kriegsgerichte arbeiten in einem fieberhaften Tempo. Todesurteile verſetzen das Land jeden Tag in neue Schrecken; keiner weiß für welche Verbrechen. Unaufhörlich werden neue Galgen errichtet und die Behörden veranſtalten durch Schauſtellungen ihrer hingerichteten Opfer förmliche „Volksfeſte“. Gleichzeitig verordnet Profeſſor Zankoff in ſeiner Eigenſchaft als Kultus- und Bildungsminiſter die Vernichtung der geſamten Literatur, die in ihrer Tendenz gegen die beſtehende „Geſellſchaftsordnung“ gerichtet iſt...

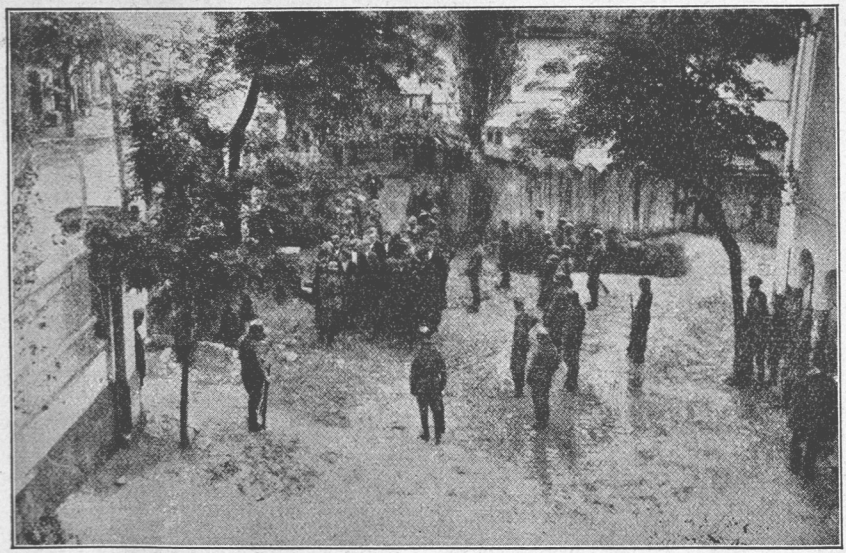
Die Ergebniſſe der neuen Welle des weißen Terrors in Bulgarien behandelten wir bereits in einer anderen Broſchüre. Mögen die an anderer Stelle angeführten Zeilen dieſer Broſchüre als Schlußwort dienen:

„Die Bourgeoiſie war ſtets beſtrebt, die Arbeiter und Bauern in Unwiſſenheit zu erhalten: Den Intereſſen ihrer Herrſchaft und der Ausbeutung entſprechend, benötigte ſie keine aufgeklärten Bürger, ſondern in Dumpfheit lebende Sklaven. Ihr Erfolg ſchien geſichert. — Aber aus den Reihen des Proletariats ging eine zahlreiche Intelligenz hervor, die Aufklärung und Klaſſenbewußtſein in die Arbeiter- und Bauernmaſſen hineintrug. Eine neue Kultur entſtand, die des Proletariats. Dieſe neue Kultur rief den unverſöhnlichen Haß der Bourgeoiſie hervor. Aber ſie erwies ſich zu ſchwach, um ſie mit ihren Kulturwaffen zu bekämpfen. Deshalb richtete ſich der Haß gegen die Arbeiterintelligenz. Ein einflußreicher, führender bürgerlicher Politiker ſagte: „Das bulgariſche Volk hat im Kriege 2000 Menſchenleben für das Vaterland geopfert. Es iſt kein Unglück, wenn für das „Heil“ des Landes noch weitere 20,000 Kommuniſten getötet werden!“ — Darin beſteht die ganze Philoſophie des Weißgardiſtentums. In dieſem Geiſte hat die Bourgeoiſie ihre Söhne erzogen, dieſen Geiſt verpflanzte ſie in Schulen und Kaſernen, dieſen Geiſt erhob ſie zum Dogma aller Patrioten und ihrer Organiſationen. Im Juni und September des Jahres 1923 ſetzte ſie dieſe „philoſophiſche Idee“ in die Tat um. Die Arbeiter- und Bauernintelligenz wurde buchſtäblich ausgerottet!

Das Zankoff-Regime iſt das Symptom einer abſterbenden Kultur. Das Weißgardiſtentum iſt ihre letzte Phraſe. Die bürgerliche Geſellſchaft verwandelt ſich in die Herrſchaft der Weißgardiſten. So war es vor Ausbruch der ruſſiſchen Revolution, ſo wird es ſich in allen Ländern der Welt wiederholen. Das heutige Jubelfeſt des Faſchiſtentums in Bulgarien bedeutet den morgigen Untergang der Herrſchaft der Bourgeoiſie. — Die hiſtoriſche Rolle des Proletariats beſteht darin, der bürgerlichen Geſellſchaft das Grab zu ſchaufeln, aber die Taten der Weißgardiſten weiſen ihm noch eine andere Aufgabe:

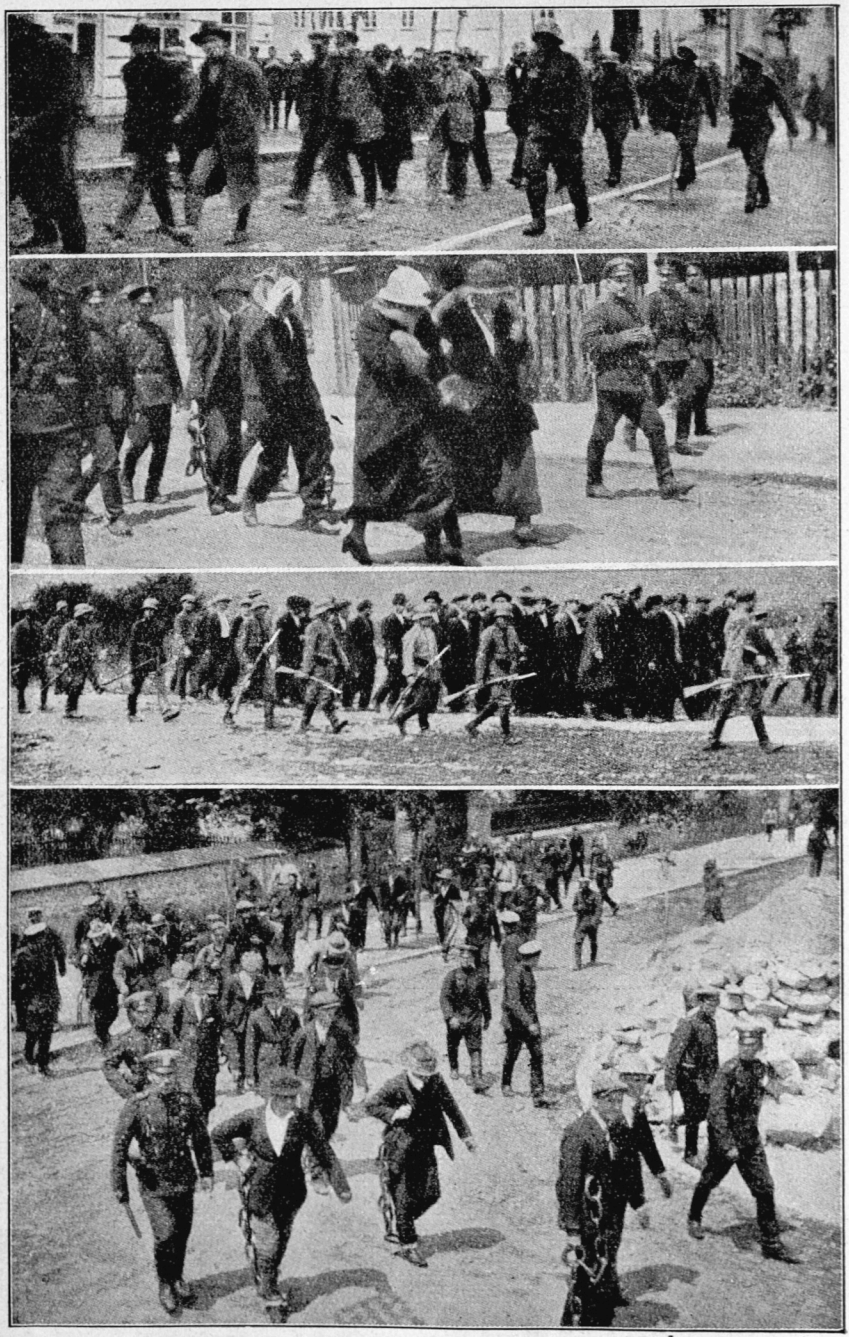
Zu richten über die Henker des Volkes.

W. Kolaroff.



Aus der endlosen Reihe: Eine Gruppe der zu Tode Verurteilten.

Aus der endlosen Reihe: Eine andere Gruppe von zum Tode Verurteilten.



Nach dem Attentat in Sofia: Mann und Frau, Alt und Jung, in Ketten unter den Galgen getrieben.
(Straßen- und Landschaftsbilder aus Bulgarien.)

Helft!